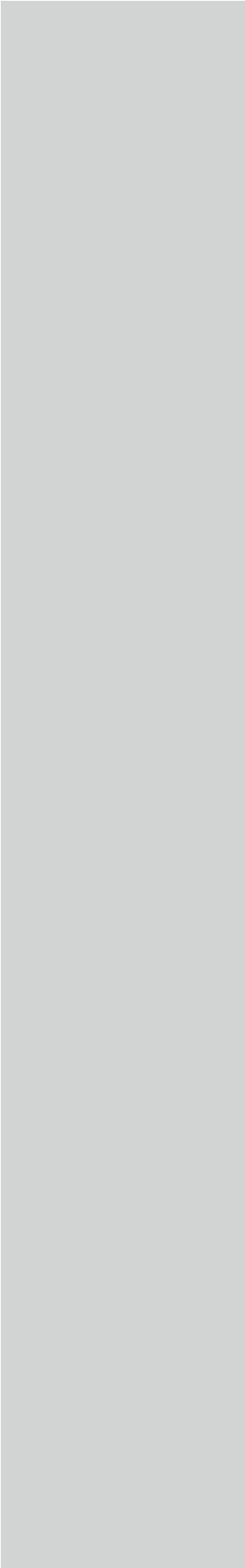


Politikplan des Gemeinderats

**2009
- 2012**





Titelbild: „Primarschule in Sicht“ (Luftaufnahme des Schulhauses Erlensträsschen)
2009 im Zentrum des Geschehens: Die Verantwortung für die Primarschule wird von der
Gemeinde übernommen.

Inhalt

I. Einleitung	4
II. Fokus der Gemeindepolitik	4
III. Generelle Bemerkungen zum aktuellen Stand der Planungen 2009/12	8
IV. Finanzwirtschaftliche Eckdaten	10
V. Übersicht über die 10 Politikbereiche	11
VI. Planzahlen mit Kurzkomentaren zu den einzelnen Politikbereichen	13
VII. Nachweis der relevanten Veränderungen zwischen dem letzten IST-Jahr 2007 und dem Budget 2009	34
VIII. Ressourcen und interne Querleistungen	36
IX. Planinvestitionsrechnung und Liste der Verpflichtungskredite und Anlagen	40
X. Neutrale Erlöse und Kosten sowie Steuerfuss	51
XI. Produktsummenbudget	54
XII. Antrag und Beschlussesentwürfe	55

Anhang: Glossar der Fachbegriffe

I. Einleitung

Für die *Dezember-Sitzung* erhält der Einwohnerrat jeweils den Politikplan der vier nachfolgenden Jahre zur förmlichen Kenntnisnahme. Der Politikplan verschafft dem Gemeinderat und der Verwaltung jährlich aktualisierte Planungsgrundlagen. Er vermittelt aber auch dem Einwohnerrat die nötige Gesamtübersicht über die vom Gemeinderat geplanten Entwicklungen über alle Politikbereiche hinweg. Das erste Planjahr beinhaltet zugleich das *Produktsummenbudget für das nächste Jahr*. Das Produktsummenbudget unterliegt der Genehmigung durch den Einwohnerrat.

Das Produktsummenbudget ist Grundlage für die Festlegung des Steuerfusses durch den Einwohnerrat. In diesem Jahr sind aufgrund eines *Systemwechsels* als Besonderheit die Steuerfüsse sowohl für die *Steuerperiode 2008* als auch für die *Steuerperiode 2009* festzulegen. Zum ersten Mal gilt es zudem aufgrund des *neuen kantonsinternen Finanz- und Lastenausgleichs* (Stichwort NOKE) nicht nur den Steuerfuss für die Einkommenssteuer, sondern auch für die *Vermögenssteuer* festzulegen.

Der Politikplan enthält wie gewohnt Ausführungen zu den Schwerpunkten der Gemeindepolitik, ferner alle wichtigen Planungsgrössen mit kurzen, v.a. auch auf Änderungen und Neuerungen bezogenen Erläuterungen: Auf jeweils einer Doppelseite finden sich die Planzahlen der zehn Politikbereiche für die kommenden vier Jahre, ergänzt durch eine Übersicht über den aktuellen Stand des Globalkredits. Enthalten sind ferner Aussagen zur Entwicklung der Ressourcen. Die finanzwirtschaftlichen Eckdaten werden aufgezeigt und kommentiert. Schliesslich findet sich eine Übersicht über die geplanten Investitionen und Anlagen. Ein aktualisiertes Glossar am Schluss des Berichts dient dem besseren Verständnis der Fachbegriffe.

Wichtig: Bei der Betrachtung der Planungen gilt es, immer *zwei Dimensionen* im Auge zu behalten. Zum einen ist es der „*Längsschnitt*“ durch die einzelnen Politikbereiche; hier interessiert v.a. die Frage, ob der vom Einwohnerrat für eine bestimmte Dauer bewilligte Globalkredit stimmt oder ob allenfalls Änderungen des Leistungsauftrags angesagt sind und ob ein Nachkredit gesprochen werden muss. Zum andern ist es der „*Querschnitt*“ für jeweils ein Planjahr - über alle Politikbereiche hinweg. Hier interessiert v.a. das Ergebnis des Produktsummenbudgets 2009 und dessen Entwicklung in den kommenden Jahren, ferner der Cash Flow und damit der für die Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehende *Selbstfinanzierungsspielraum*.

II. Fokus der Gemeindepolitik

1. Vorbemerkungen

Global denken, lokal handeln: Angesichts der gegenwärtigen Lage der Weltwirtschaft kommt keine politische Behörde umhin, dieser Maxime Beachtung zu schenken. Die globale Finanzkrise und deren mögliche Auswirkungen auf das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben „vor Ort“ beherrschen die öffentliche Diskussion. Die dabei vertretenen Interpretationen und Prognosen sind etwa gleich schwankend und unberechenbar wie die derzeitigen Bewegungen an der Börse. Indessen: Die Augen vor den Zeichen einer wirtschaftlichen Rezession zu verschliessen und ‚courant normal‘ zu pflegen, wäre in dieser Situation genauso verfehlt wie in panische Reaktionen zu verfallen und auf Fortschritt und Entwicklung zu verzichten. Gefordert ist Wachsamkeit und Besonnenheit. Welches aber sind die Konsequenzen einer solchen Haltung für die Planungen einer kommunalpolitischen Behörde?

Der Gemeinderat legt seinen Planungen folgende Überlegungen zugrunde:

- Qualitativ hochstehende Dienstleistungen der öffentlichen Hand zugunsten der Bevölkerung sind gerade in der aktuellen Situation von grosser Wichtigkeit. Sie vermitteln Sicherheit und Vertrauen.
- Investitionen in nachhaltige Güter, also beispielsweise in Bildung, Gesundheit, Umwelt oder Energieeffizienz, schaffen beständige Werte und stützen die Volkswirtschaft. Solche Investitionen sind jetzt besonders gefragt.
- Eine ausgewogene Steuerpolitik ist ein Gebot der Stunde: An sich erwünschte steuerliche Entlastungen der Privathaushalte finden ihre Grenzen am Erfordernis eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes und eines gesunden Gemeindehaushalts. Diese Gratwanderung gilt es mit aller Umsicht zu begehen.
- Die Attraktivität des Wohnortes und die Identifikation der Wohnbevölkerung mit der eigenen Gemeinde sind Schlüsselgrössen, um das kulturelle und wirtschaftliche „Substrat“ unseres Gemeinwesens sichern und lebendig halten zu können.

2. Handlungsschwerpunkte für die kommenden Jahre

Die Handlungsschwerpunkte des Gemeinderats für die kommenden Jahre stehen im Einklang mit den vorgenannten Überlegungen. Die Gemeinde Riehen hat die grosse Chance und Herausforderung zugleich, in gewichtigen Sachfragen *Weichen zu stellen und Entscheide zu treffen, welche weit über die Tagesaktualität hinausgehen*: Im Bereich der **Bildung** übernimmt die Gemeinde neu Verantwortung für die Primarschulen. Im Bereich der **räumlichen Entwicklung und Gestaltung** der Gemeinde harren wichtige Projekte und Planungen der Entscheidung. Das **Spital Riehen** benötigt eine zügige Zukunftsstrategie, wenn es in einer sich grundlegend verändernden Spitallandschaft Bestand haben soll. Im Bereich der **Energieeffizienz** bieten sich mit dem geplanten *Modellquartier Stettenfeld* sowie durch die verstärkte Nutzung der *Geothermie* hervorragende Gelegenheiten für nachhaltige Investitionen. Mit weiteren Akzenten in der **Familienpolitik**, im Bereich des **Landschafts- und Umweltschutzes**, in der **Verkehrs- und Mobilitätspolitik** oder bei den **kulturellen Angeboten** kann der Marke „**Riehen - Lebenskultur**“ Nachachtung verliehen werden. Im Zuge der Erneuerung des entsprechenden Leistungsauftrags will der Gemeinderat, gestützt auf das Wirtschaftsleitbild, die *Rolle der Gemeinde* in Bezug auf die **Förderung der lokalen Wirtschaft** näher definieren.

Der Gemeinderat fokussiert seine Handlungsschwerpunkte nachstehend auf **vier Themenbereiche**. Dies bedeutet keineswegs, dass in den hier nicht angesprochenen Politikbereichen keine wichtigen Aufgaben zu erfüllen wären; die entsprechenden Aussagen finden sich hinten in Kapitel VI. Die Handlungsschwerpunkte betreffen jene Zukunftsthemen, welche in besonderem Mass eine politikbereichübergreifende Sichtweise bedingen und breites Zusammenwirken innerhalb der Verwaltung und zwischen den politisch Verantwortlichen erfordern.

Gemeindeschulen als neue Aufgabe

Im Rahmen der Neuordnung des Verhältnisses Kanton / Einwohnergemeinden (NOKE) übernehmen die Gemeinden Bettingen und Riehen die kommunale Trägerschaft der Primarschulen ab dem Schuljahr 2009/10. Das Prinzip *der Volksschule als Schule für alle* gilt auch für die Primarschule in kommunaler Trägerschaft. Die Gemeinden werden daher künftig auch für die heilpädagogisch geführten Kleinklassen, die integrativen Schulungsformen auf den Stufen Kindergarten und Primarschule sowie für die Schulung der Kinder mit besonderem Bildungsbedarf verantwortlich sein. Auch die *Tagesstruktur-Angebote* (Tagesschule, Mittagstische, Tagesferien) werden von den Gemeinden übernommen und in ihrer Verantwortung weiter entwickelt. Das Schulwesen im Kanton bleibt auch bei Weiterführung der Primarschule in kommunaler Trägerschaft einheitlich und für alle Kinder gleich. Während die *Gemeinden* die *organisatorisch-administrative Verantwortung* übernehmen, verbleibt die Verantwortung für die *strategische Ausrichtung der Primar- bzw. Volksschule* weiterhin beim *Kanton*. Auf der strategischen Ebene werden die künftige Struktur und pädagogische Ausrichtung der Volksschule im Rahmen der Bestrebungen zur gesamtschweizerischen Harmonisierung der Schulsysteme diskutiert und festgelegt. So gelten in Bettingen und Riehen auch künftig die *gleichen pädagogischen Inhalte und Ziele* wie in Basel. Der Kanton bestimmt weiterhin Stundentafeln und Lehrpläne; die im ganzen Kanton geltenden Bestimmungen von Schulgesetz und ergänzenden fachlichen Regelungen im Schulbereich sowie die Leitsätze des Leitbilds für die Schulen des Kantons Basel-Stadt sind für die kommunalen Schulen ebenfalls gültig.

Welche *Aufgaben* kommen auf die Gemeinden zu?

- Die Primarschulen unterstehen künftig der gesetzlichen Aufsicht der Gemeinden. Die Gemeinden sind in der Organisation der Aufsicht frei; die Oberaufsicht liegt weiterhin bei den kantonalen Behörden.
- Organisatorisch wird die Primarschule der Gemeindeverwaltung Riehen angegliedert.
- Alle Lehrpersonen und weiteren Schulmitarbeitenden der Primarschulen von Bettingen und Riehen werden künftig gemäss dem Personalrecht der Gemeinde Riehen unter Wahrung des Besitzstandes angestellt.
- Das bisherige Rektorat der Primarschule von Bettingen und Riehen wird künftig unter Einbezug der Leitung der Kindergärten als «Leitung Gemeindeschulen» ein Teil der Gemeindeverwaltung sein.
- Die Gemeinden gestalten die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der kommunalen Öffentlichkeit.

- Die Gemeinden können im Rahmen der kantonalen Richtlinien und unter Berücksichtigung der Teilautonomie der Schulen besondere pädagogische Akzente setzen und eigene Projekte führen.
- Die Gemeinden sind für die Bereitstellung und Steuerung der finanziellen Mittel für die kommunale Schule zuständig.
- Die Gemeinden sind für die Bereitstellung und Bewirtschaftung des erforderlichen Schulraums zuständig.
- Die Zusammenarbeit der Gemeinden Bettingen und Riehen bezüglich des Betriebs und der Finanzierung der Primarschule wird vertraglich geregelt.

Mit der Übernahme der kommunalen Trägerschaft für die Primarschule sind die Gemeinden Bettingen und Riehen für alle *Kinder im Kindergarten- und Primarschulalter* verantwortlich. Dass das Grundschulwesen künftig aus einer Hand geführt werden kann, macht auch deshalb Sinn, weil Kindergarten und Primarschule im pädagogischen Kontext ohnehin immer enger zusammenrücken werden. So soll an den verschiedenen Schulstandorten die Zusammenlegung von Kindergarten- und Primarschulleitungen zu jeweils einer Leitung wie im Kanton spätestens bis zum Schuljahr 2011/12 vollzogen werden.

Oberstes Ziel der Gemeinderäte Riehen und Bettingen bleibt es, den Kindern und den Lehrpersonen gute Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Schulbildung zu schaffen. Damit in Zusammenhang stehen auch die Bestrebungen nach einer sprachlichen Frühförderung von fremdsprachigen Kindern noch vor dem Kindergarten Eintritt, dies in enger Zusammenarbeit mit den Eltern.

Familien- und Jugendpolitik

Kinder und Jugendliche beleben und bereichern das von Erwachsenen dominierte öffentliche Leben. Ihr wertvolles *Potenzial gilt es zu fördern und im Interesse einer kontinuierlichen gesellschaftlichen Erneuerung und altersmässigen Durchmischung der Bevölkerung zu nutzen*. Die *Mitwirkung* der Jugendlichen bei kommunalen Meinungsbildungsprozessen ist in Riehen eher wenig ausgeprägt. Die Frage, ob eine Senkung des aktiven Stimmrechts auf Alter 16 hier den richtigen Zugang darstellt, wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Nachgang zur Regelung auf Kantonsebene unterbreiten. Auch die erfolgreiche Kampagne „Stark durch Erziehung“ setzt auf Förderung vorhandenen Potenzials. Sie soll in enger Zusammenarbeit mit Spielgruppen, Tagesheimen, Tagesfamilien, Kindergärten, Schulen, Sozialberatungsstellen und privaten Anbietenden von Elternbildungskursen weitergeführt werden.

Unverändert stark ist die Nachfrage nach *familienergänzender Tagesbetreuung*. Erforderlich ist ein schrittweiser, weiterer Ausbau des Angebots.

Familienpolitik beinhaltet ferner auch eine *familienfreundliche Wohnumfeldgestaltung* und eine *familienfreundliche Siedlungspolitik* (s. dazu auch den nachstehenden Abschnitt). Bei gemeindeeigenen Liegenschaften hat die Gemeinde direkte Einflussmöglichkeiten. Wenig Einfluss hat die Gemeinde auf private Liegenschaften, ausser es wird eine Bebauungsplanung durchgeführt, in welcher entsprechende Vorgaben gemacht werden. Um die Standortattraktivität für Familien mit Kindern zu erhöhen, will der Gemeinderat einen Schwerpunkt beim familienfreundlichen Wohnungsbau setzen. So sollen im *Gebiet Stettenfeld* familienfreundliche Einrichtungen wie etwa ein Freizeitzentrum eingeplant werden. Weiter will die Gemeinde den *Wohngenossenschaften* für familienfreundliche Sanierungsprogramme bzw. Bauerweiterungen zinsgünstige Darlehen offerieren.

Wichtig für die gesunde Entwicklung und die Standortattraktivität der Gemeinde sowie für die emotionale Bindung der Familien zur Gemeinde ist, dass Kinder und Jugendliche und ihre Familien *Freizeitangebote in Riehen* vorfinden. Aus diesem Grund soll das qualitativ hoch stehende kulturelle Angebot aufrechterhalten und die Sport- und Freizeitanlagen sollen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ausgebaut bzw. den sich wandelnden Bedürfnissen angepasst werden. Beispiele sind das Projekt „Midnight Sports“ für Jugendliche, aber auch das geplante Naturbad am Schlipf sowie die gezielte Erneuerung bzw. Neugestaltung von Spiel- und Sportflächen.

Siedlungspolitik

Die Statistik der letzten 25 Jahre weist für Riehen eine *konstante Einwohnerzahl von 20'000 bis 21'000* aus. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der *Wohneinheiten um 25%* von rund 8'000 auf rund 9'900 *gestiegen*. Entsprechend gesunken ist die durchschnittliche Wohnungsbelegung. Sie hat sich auf 2.5 bis 2.1 Personen pro Wohnung eingependelt. Der *Wohnraumbedarf pro Person ist folglich markant gestiegen*. Wird dieser Trend weiter anhalten? Die aktuellen Planungsannahmen gehen davon aus, dass in den nächsten 20 Jahren rund 1'000 zusätzliche Wohnungen gebaut werden müssen, um die Bevölkerungszahl Riehens in etwa *halten* zu können. Soll die Attraktivität und das „Substrat“ der Gemeinde Riehen gewahrt bleiben, bedarf es der kon-

tinuierlichen, *sorgfältigen Erweiterung des Wohnungsbestands* sowie der *laufenden Erneuerung der Bausubstanz*. Dabei strebt der Gemeinderat eine bezüglich Alter, Familien und Einkommensstärke durchmischte Bevölkerungsstruktur an. Die Förderung *familienfreundlicher neuer Wohnangebote* macht deshalb ebenso Sinn wie die Schaffung zusätzlicher Angebote für *attraktives Wohnen im Alter*, nicht zuletzt um den Wechsel der älteren Generation vom zu gross gewordenen Einfamilienhaus in eine seniorengerechte Wohnung zu erleichtern.

Um diese siedlungspolitischen Ziele zu erreichen, wird der Gemeinderat in Übereinstimmung mit dem kommunalen Richtplan weiterhin die Strategie verfolgen, die *bestehende Bauzone massvoll und differenziert zu verdichten* - in der Ebene eher mehr, am Hang eher weniger bis gar nicht. An Hanglagen soll die anstehende Zonenplanrevision verhindern, dass sich die stark durchgrünten Wohnbereiche zu sehr verdichten und sich der Siedlungscharakter wesentlich verändert. Dies könnte sonst zu einem Verlust an einkommens- oder vermögensstarken Einwohnerinnen und Einwohnern führen. Auch die Schaffung einer Einfamilienhaus-Zone soll geprüft werden. Eine *hohe Wohnqualität* soll aber auch bei grösseren Arealen sichergestellt werden, hier möglichst über Bebauungspläne.

Grundsätzlich ist *auf Erweiterungen der Baugebiete zu verzichten*, wenn landschaftlich reizvolle Gebiete betroffen sind. Diese dienen der Naherholung und somit der Wohnqualität der bestehenden Bauzone. Auf der Grundlage der Volksabstimmungen sowie der rechtlichen Leitplanken, welche das Appellationsgericht gesetzt hat, sucht der Gemeinderat für die Entlassung des Moostals aus der Bauzone vertretbare Kompromisslösungen mit den Grundeigentümern.

Als wichtigstes Entwicklungsgebiet zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum steht bekanntlich das *Stettenfeld* im Vordergrund. Der Gemeinderat will hier in einem breit angelegten Planungsprozess gemeinsam mit den Landeigentümern und in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton und der Stadt Lörrach ein zukunftsweisendes, „Länder“ verbindendes Quartier gestalten. Das Stettenfeld eignet sich durch seine Lage und Grösse hervorragend für die Umsetzung einer Vision nach den Grundsätzen der „2000-Watt-Gesellschaft“, mit angepasster Architektur, Niedrigenergie-Bauweise und Einsatz erneuerbarer Energieträger, ökologischer Quartiergestaltung und -erschliessung, innovativen Wohn- und Lebensformen etc., verbunden mit der Ansiedlung von passenden Firmen und Arbeitsplätzen z.B. im Umfeld der geplanten zusätzlichen S-Bahnstation im Grenzraum. Als bedeutendes Projekt der im Schoss des trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) lancierten „IBA Basel 2020“ - einem Programm für raumplanerische und städtebauliche Innovation im Raum Basel - soll eine energieautarke Siedlung geschaffen werden. Parallel zu den Planungen werden für jene Gewerbebetriebe und Freizeitnutzungen, welche sich nicht in die künftige Quartiergestaltung des Stettenfelds integrieren lassen oder die sich ohnehin einen geeigneteren Standort wünschen, Ersatzstandorte gesucht.

Mit hoher Priorität werden im Hinblick auf die *Zonenplanrevision* ferner die *Entwicklungspläne* für den *Dorfkern*, für das *Niederholz* und für das Gebiet an der *Lörracherstrasse* weiterbearbeitet. Punktuelle, zeitlich vorgezogene Zonenänderungen erfordern die geplante *Zentrumsbebauung bei der S-Bahnhaltestelle Niederholz* sowie das geplante *Naturbad am Schlipf*.

Mobilität und Energie

Die Förderung eines *umweltfreundlichen, Ressourcen schonenden Mobilitätsverhaltens* ist eines der wichtigen Ziele der Energiestadt Riehen. Ein nächster Meilenstein kann mit der Inbetriebnahme der S-Bahnstation Niederholz und den damit verbundenen Optimierungen der ÖV-Verbindungen gesetzt werden. Ganz im Sinne des Velokonzepts soll auch das Velofahren durch gezielte Verbesserungen der Infrastruktur (z.B. neue Velowegverbindungen), Neuschaffung von Dienstleistungsangeboten (z.B. gedeckte Veloabstellplätze an Bahnhöfen und Tramhaltestellen) und periodische Kommunikations- und Motivationskampagnen (z.B. bike to work oder fit zum Sport) noch stärkere Verbreitung finden.

2009 wird der Einwohnerrat über die *Parkraumbewirtschaftung* zu befinden haben - ein wichtiges und kontrovers diskutiertes Element im Bereich Mobilität: Vorgesehen ist eine Bewirtschaftung der begehrten Parkplätze in den Zentrumsgebieten und die Einführung der Anwohnerparkkarte in Riehen. Das „wilde“ Park and Ride wird damit eliminiert. Im Dorfzentrum sollen die Parkplätze in der Wettsteinstrasse (Gemeindehausparkplatz) und beim Postgebäude durch *Abstellplätze in einem unterirdischen Parking* ersetzt werden, welches auch Raum bietet für Park an Ride zur S-Bahnstation. Die oberirdischen Allmendflächen an bester Lage können damit im Interesse einer Attraktivitätssteigerung des Dorfkerns einer anderen Nutzung zugeführt werden. Interessante Perspektiven zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energiequellen bietet das *Projekt „Wärmeverbund Riehen Plus“*: Der geplante Zusammenschluss

der drei bestehenden Wärmeverbunde (Dorf, Niederholz und Wasserstelzen) sowie eine Erweiterung des Wärmeverbundgebiets werden sich in ökologischer wie ökonomischer Hinsicht sehr positiv auswirken. Die Nutzung der *Geothermie* kann beinahe verdoppelt werden. Der Einwohnerrat wird sich 2009 auch mit diesem Vorhaben zu befassen haben.

III. Generelle Bemerkungen zum aktuellen Stand der Planungen 2009/12

Jahresergebnisse der Planperiode 2009 bis 2012

Die Jahresergebnisse (vgl. Kapitel IV, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, Zeile T) zeigen ein durchzogenes Bild. Für das Jahr 2009 wird ein Verlust von 1,55 Mio. CHF erwartet und für das Jahr 2010 geht die Planung von einem Verlust von 2,7 Mio. CHF aus. Das Jahresergebnis 2010 könnte allerdings ausgeglichen abschliessen, würde nicht eine *ausserordentliche Abschreibung* von 2,8 Mio. CHF das Planergebnis verschlechtern (vgl. Kapitel X, Neutrale Erlöse und Kosten sowie Steuerfuss). Für die beiden letzten Planjahre 2011 und 2012 wird jeweils ein Überschuss von je 0,3 Mio. CHF erwartet.

Abfederung gemäss § 52 FhO

Die Finanzhaushaltordnung erlaubt zur Abfederung der Umstellung auf das neue Rechnungsmodell während maximal 10 Jahren (2003 bis 2012) eine moderate, sich jährlich verringernde Glättung des Rechnungsergebnisses. In den Rechnungsjahren 2003 bis 2007 musste bisher lediglich im IST-Jahr 2006 der geplante Betrag eingesetzt werden. Für die Planjahre 2009 bis 2012 ist dieser Korrekturposten (vgl. auch Seite 10, Kapitel IV, Finanzwirtschaftliche Eckdaten, Zeile R) im Bereich Neutrales berücksichtigt worden.

Folgen von NOKE und NFA allgemein

Der markante Kostensprung bei den Nettokosten der Produktgruppen von 70,8 Mio. CHF (IST 2007) zu 91,8 Mio. CHF (Budget 2009) wird mehrheitlich durch NOKE-NFA-Zusatzkosten im Betrag von rund 20 Mio. CHF verursacht (vgl. auch Kapitel IV, Finanzwirtschaftliche Eckdaten und Kapitel VII, Nachweis der relevanten Veränderungen zwischen dem letzten IST-Jahr 2007 und dem Budget 2009):

- Im Zusammenhang mit NOKE (*Neuordnung des Verhältnisses Kanton / Einwohnergemeinden*) hat die Gemeinde Riehen - ab dem Jahr 2008 - vom Kanton neue Aufgaben übernommen. Die Übernahme der Primarschule (ab 2009) und die übrigen Aufgabentransfers (ausserschulische Tagesbetreuung, Grünpflege und Strassenunterhalt) führen zu veränderten Kosten in den entsprechenden Produktgruppen. Die Kosten (Anteil Riehen) wurden im NOKE-Ratschlag an den Grossen Rat mit 17,4 Mio. CHF für die Primarschule und mit 1,389 Mio. CHF für die übrigen Aufgabentransfers veranschlagt.
- Im Zusammenhang mit der NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen) wurden vom Bund Subventionen an die Gemeinde im Betrag von 1,09 Mio. CHF gestrichen. Dies erhöht die Nettokosten der betroffenen Produkte.

Die resultierenden *Mehrkosten*, auch jene die aus dem Wegfall der Bundessubventionen entstehen, werden aber vom Kanton im Rahmen des NOKE-Pakets kompensiert: Im Jahr 2008 erfolgen als Übergangsregelung Direktzahlungen des Kantons im Betrag von 2,479 Mio. CHF. Ab dem Jahr 2009 werden die Mehrausgaben durch *Mehreinnahmen* aufgrund des *geänderten Steuerschlüssels* zwischen Kanton und Gemeinde (bisher 60/40, neu 55/45) und der neu gewährten Beteiligung an den *Vermögenssteuern* ausgeglichen.

Entwicklung des Steueraufkommens

Die neuesten Hochrechnungen der Einkommenssteuern für die Steuerperiode 2006 zeigen, dass sich die *gute Konjunkturlage der vergangenen Jahre* nun auch bei den Einkommen der Riehener Steuerpflichtigen auswirken. Bei den geplanten Steuereinnahmen für die Jahre 2009 ff wurde erstmals auch das *Steuersenkungspaket des Kantons* sowie der vom Gemeinderat provisorisch festgelegte Steuerfuss für die Einkommenssteuern von 38,4 %, bei der Vermögenssteuer von 45 % der vollen Kantonssteuer berücksichtigt. Da die Gemeinde Riehen kaum an den Steuern der juristischen Person partizipiert, dürfte sich die gegenwärtige Finanzkrise nicht im gleichen Umfang

wie beim Kanton oder anderen Gemeinden auf die Entwicklung des Steuerertrags auswirken. Für die Planjahre wurde jedoch vorsichtshalber mit defensiven Wachstumsraten bei den Einkommenssteuern gerechnet, wobei keine lang andauernde Rezession vorweggenommen wurde. Weitere Erläuterungen finden sich in Kapitel X.

Zuordnung der Kosten, Erlöse und Strukturkostenumlagen

Die Bemessung und der Einsatz der Ressourcen (Sachmittel, Personal- und Kapitalkosten) können in *zwei Hauptbestandteile* aufgeteilt werden:

- Einerseits sind es die Kosten für die Produkterstellung, d.h. Ressourcen, die unmittelbar für die Erstellung der von der Bevölkerung wahrnehmbaren Produkte bereitgestellt werden müssen. Dabei kann es sich um Sachmittel (z.B. Materialien, Mobilien, Maschinen, Liegenschaften), Dienstleistungen von Dritten oder um Arbeitsleistung des eigenen Personals sowie um Kapitalkosten für die Produkte handeln. Bei handwerklichen Stundenleistungen des eigenen Personals wird - zusätzlich zu den reinen Stundenleistungen - ein *Gemeinkostenzuschlag* (15% des Stundenlohns) verrechnet (für Fahrzeuge, Kleinteile/-material, Arbeitsvorbereitung in der Werkstatt, administrative Arbeiten der Vorgesetzten usw.).
- Andererseits braucht es Dienstleistungen und Sachmittel für das Funktionieren und Managen des Gesamtbetriebs (z.B. Verwaltungsleitung, Stabsdienste, Sekretariat, Rechnungswesen, Informatikdienste, Dokumentationsstelle, Weibel-/Hausdienst, Telefonzentrale, Materiallager). Dies sind so genannte *Strukturkosten*. Zu den Strukturkosten gehören auch die Vorhaltekosten (Bereitstellen von Personalressourcen und Sachmitteln) zur Erhaltung von gemeindeeigenen Kapazitäten zur Versorgungssicherheit. Eine direkte Zuordnung dieser Strukturkosten auf einzelne Produkte ist weder möglich noch sinnvoll, da die *Produkte* diese Kosten nicht *direkt* verursacht haben.

Die gesamten Strukturkosten werden den Produktgruppen als *pauschale Strukturkostenumlagen* - mehrheitlich - zu gleichen Teilen belastet. Der Anteil jeder Produktgruppe an diesen Kosten wird bei den Produktgruppenkosten (vgl. in den Zahlenteilen der Produktgruppen im Kapitel VI, Planzahlen mit Kurzkomentaren zu den einzelnen Politikbereichen) als *separate Zeile* „Anteil an den Strukturkostenumlagen“ *ausgewiesen*.

Grundsätzliche Erläuterungen der finanzwirtschaftlichen Eckdaten

(vgl. *Tabelle auf der nächsten Seite*)

Obwohl von der degressiv ausgestalteten Abfederung gemäss § 52 der Finanzhaushaltsordnung Gebrauch gemacht wird, muss *für das Jahr 2009 mit einem Plandefizit von 1,55 Mio. CHF* gerechnet werden. Für das Jahr 2010 wird mit einem Verlust von 2,7 Mio. CHF gerechnet. Ohne die darin enthaltene *Einmalabschreibung* eines Teils der Umbaukosten für den Landgasthof von 2,8 Mio. CHF (vgl. Kapitel X, Neutrale Erlöse und Kosten sowie Steuerfuss) würde das Planjahr 2010 ausgeglichen abschliessen. Für die Planjahre 2011 und 2012 wird jeweils mit einem *kleinen Überschuss* gerechnet.

Beim *Jahrescashflow* braucht es - im langjährigen Durchschnitt - eine Grössenordnung von mindestens 10 Mio. CHF. Dies reicht eben aus, um die nötigen *Ersatzinvestitionen* des Gemeindevermögens (Abschreibungen von rund 7 Mio. CHF und Instandsetzungsrückstellungen der Liegenschaften in der Grössenordnung von gegen 3 Mio. CHF) zu finanzieren. Dies gilt jedoch nur, wenn es sich dabei um Ersatzinvestitionen handelt. Grosse *neue* Investitionen erhöhen aufgrund ihrer *Folgekosten* (Kapitalverzinsung, Abschreibungen, ev. betriebliche Folgekosten) in der Regel für Jahre die Kostenstruktur der Gemeinde; und wenn keine bisherigen Leistungen oder Kosten verändert werden, belasten diese Neuinvestitionen den Gemeindehaushalt *zusätzlich*.

Die *geplanten Ersatz- und Neuinvestitionen* werden im Kapitel IX. aufgelistet. Der kumulierte Cash Flow II des Planungszeitraums 2009 bis 2012 beträgt rund 34,5 Mio. CHF. Damit können die *kumulierten Planinvestitionen 2009/12 (Neu- und Ersatzinvestitionen)* von 80,1 Mio. CHF bei weitem nicht finanziert werden. Aus der Planperiode 2009-2012 resultiert deshalb ein *kumulierter zusätzlicher Finanzbedarf von 45,5 Mio. CHF*. Dieser zusätzliche Plan-Finanzbedarf zeigt (sofern alle geplanten Investitionen realisiert werden), dass sich die Verschuldung der Gemeinde von zur Zeit 5 Mio. CHF bis auf 40 Mio. CHF erhöhen *könnte*, was zusätzliche Zinskosten von bis zu 1,2 Mio. CHF pro Jahr auslösen *würde* (Dieser *Zinsbedarf* wurde, auf Basis der hohen Planinvestitionen, im vorliegenden Politikplan *bereits berücksichtigt*.) Diese Investitionsfolgekosten werden sich bei Investitionsverschiebungen/-verzichten auch entsprechend verschieben bzw. reduzieren.

IV. Finanzwirtschaftliche Eckdaten

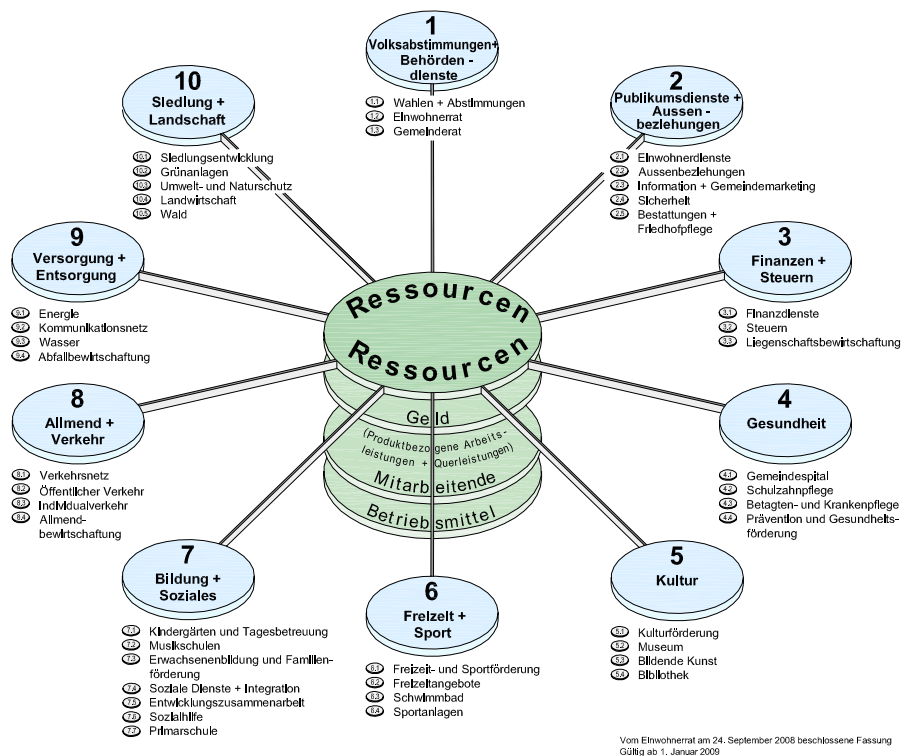
Konsum

Cash

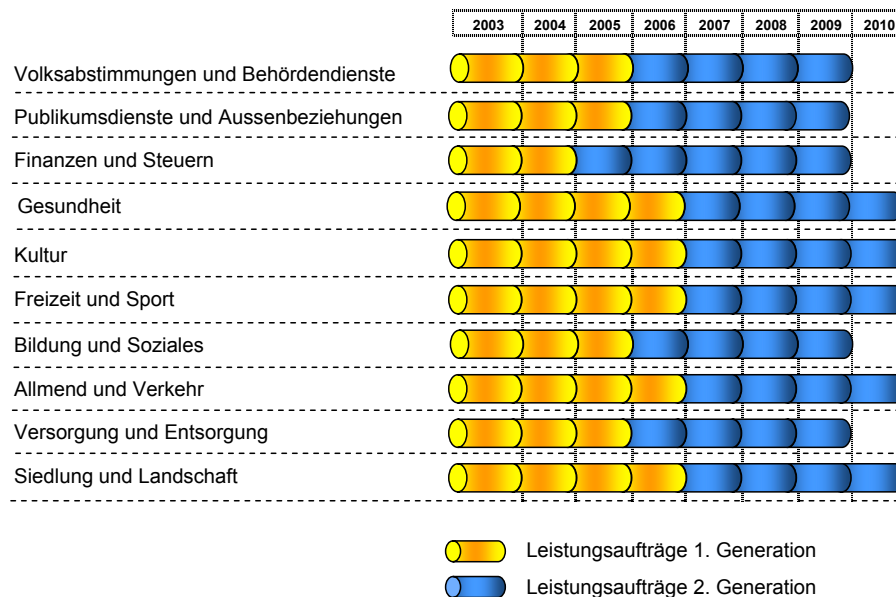
	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
Zeile	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten	minus = Kosten
A Volksabstimmungen und Behördendienste	-2'199	-2'078	-2'279	-2'318	-2'378	-2'306	-2'323
B Publikumsdienste und Aussenbeziehungen	-2'470	-2'515	-2'613	-2'928	-2'950	-3'050	-2'925
C Finanzen und Steuern	-1'262	-1'384	-1'480	-1'476	-1'480	-1'475	-1'471
D Gesundheit	-11'748	-11'494	-12'453	-12'577	-12'789	-13'033	-13'365
E Kultur	-4'145	-4'210	-4'386	-4'381	-4'333	-4'420	-4'438
F Freizeit und Sport	-5'190	-5'251	-5'054	-5'070	-5'091	-5'194	-5'531
G Bildung und Soziales	-19'848	-18'897	-20'339	-38'085	-37'830	-37'722	-37'744
H Allmend und Verkehr	-12'361	-11'441	-12'750	-12'657	-12'604	-12'597	-12'605
I Versorgung und Entsorgung	-8'423	-8'277	-8'564	-5'615	-5'377	-5'213	-5'146
J Siedlung und Landschaft	-5'915	-5'225	-6'292	-6'693	-6'285	-6'300	-6'285
K Total Nettokosten der Produktgruppen	-73'561	-70'772	-76'210	-91'800	-91'117	-91'310	-91'833
L Steuern (netto)	56'059	58'530	59'220	80'770	81'920	82'720	83'520
M Liegenschaften Finanzvermögen (netto)	3'100	2'874	2'474	2'894	2'169	2'219	2'320
N Zinskosten (netto)	-275	28	-99	-420	-870	-1'160	-1'380
O Übrige neutrale Kosten und Erlöse (netto)	-1'691	-1'680	754	-3'744	-3'752	-3'906	-3'853
P Kalkulatorischer Zinserlös	11'403	11'002	10'959	10'635	10'805	11'032	11'080
Q Übriges (Periodenfremdes, Ausbuchungen etc.)	948	-156	-23	-886	-2'566	235	235
R Korrektur gemäss FhO § 52	1'750	0	1'250	1'000	750	500	250
S Total Neutrale Erlöse (netto)	71'294	70'598	74'535	90'249	88'456	91'640	92'172
T Ergebnis Produktsummenbudget / Jahresrechnung	-2'267	-174	-1'675	-1'551	-2'661	330	339
U +/- liquiditätswirksame Kosten und Erlöse	3'133	8'843	6'022	6'583	3'456	8'611	7'474
V Cash Flow I	866	8'669	4'347	5'032	795	8'941	7'813
W + Im Ergebnis enthaltene ISR-Entnahmen	3'410	509	2'000	1'205	5'020	560	2'380
X + Im Ergebnis enthalt. Sonderabschreibungen					2'800		
Y Cash Flow II	4'276	9'178	6'347	6'237	8'615	9'501	10'193
Z Investitionen, Anlagen und IS-Investitionen	-9'510	-4'985	-15'576	-15'556	-26'908	-23'107	-14'512
AA Ergebnis der Finanzrechnung	-5'234	4'193	-9'229	-9'319	-18'293	-13'606	-4'319
AB Mittelveränderung übrige Bilanzpositionen	1'865	1'433					
AC Veränderung flüssige Mittel u. kurzfristige Geldanlagen	-3'369	5'626					

Allgemeine Erläuterungen zu den finanzwirtschaftlichen Eckdaten finden sich auf Seite 9, unten. Die Detailzahlen zu den Zeilen A - J werden im Kapitel VI (ab Seite 13) kommentiert. Im Kapitel X (ab Seite 51) wird der Bereich Neutrales (Zeilen L - R) näher beleuchtet.

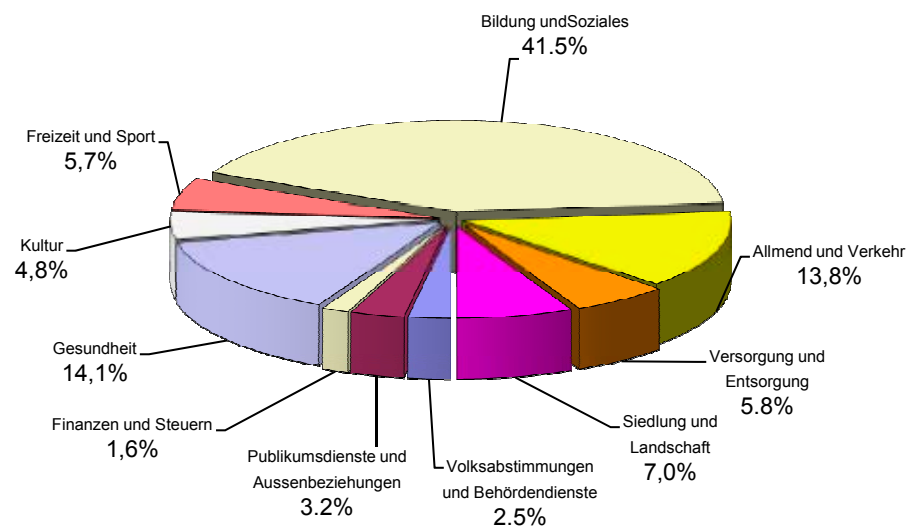
V. Übersicht über die 10 Politikbereiche



Laufdauer aller Leistungsaufträge mit Globalkrediten

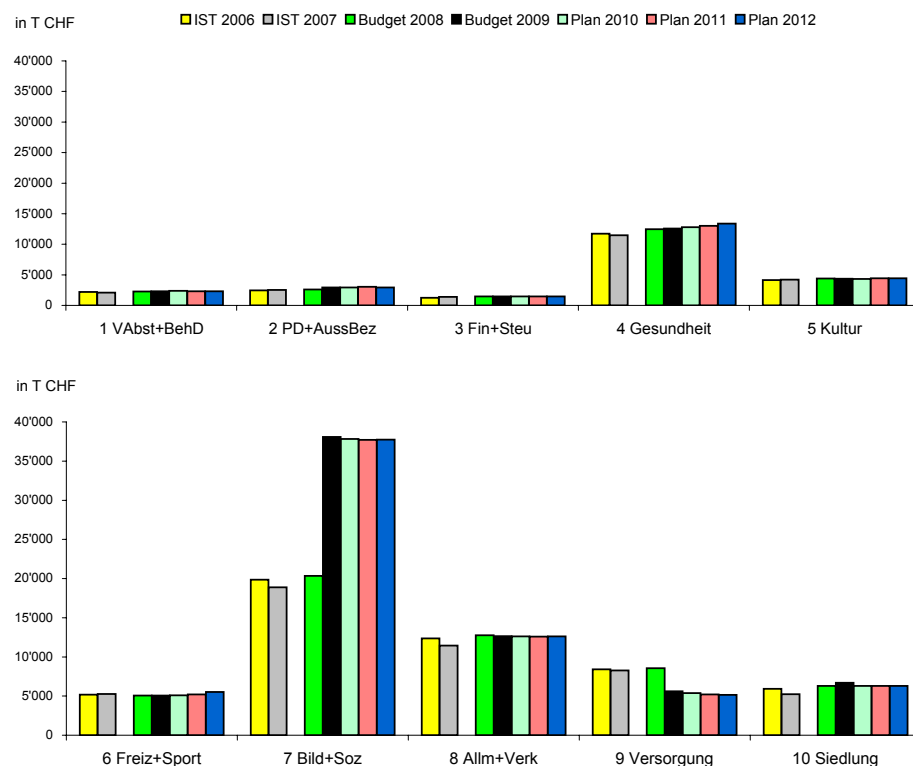


Übersicht über die Aufteilung der Kosten auf die 10 Politikbereiche



(Basis: Vergleich der Summen der Nettokosten der Produktgruppen für die Jahre 2009 bis 2012)

Entwicklung der Nettokosten der Produktgruppen 2006 bis 2012



VI. Planzahlen mit Kurzkomentaren zu den einzelnen Politikbereichen

Auf den *nachfolgenden Doppelseiten* findet sich zu jedem der 10 Politikbereiche eine *kurze Umschreibung der anvisierten Ziele und Vorhaben* sowie der erwarteten Entwicklung, ergänzt durch die *Planzahlen* der jeweiligen Produktgruppe sowie der zugehörigen Produkte.

Tabellarisch dargestellt wird auch der *aktuelle Stand des jeweiligen Globalkredits*. Ausgewiesen werden der bisherige Verbrauch, der verbleibende Restkredit und die aktuelle Vorschau auf die zu erwartende positive oder negative Abweichung vom bewilligten Globalkredit. Dabei wird berücksichtigt, dass die Globalkredite mit einer Laufdauer von mehr als zwei Jahren mit einer Indexklausel versehen sind. Massgeblich ist jeweils die von Juni zu Juni aufgelaufene Teuerung des Basler Indexes der Konsumentenpreise, berechnet nach folgender Formel: Bewilligter Globalkredit minus bisheriger Verbrauch minus Planverbrauch des laufenden Jahres ergibt den Basisbetrag für die Aufteuerung.

1 Volksabstimmungen und Behördendienste

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Wahlen und Abstimmungen

Das Produkt unterliegt stets gewissen finanziellen Schwankungen. In Jahren, in denen Wahlen durchgeführt werden und allenfalls zweite Wahlgänge anstehen, müssen mehr Mittel bereitgestellt werden. Folgerichtig ist das Jahr 2010 mit den Gesamterneuerungswahlen in Einwohnerrat und Gemeinderat das aufwändigste Jahr für das Produkt Wahlen und Abstimmungen. Eine Planungsunsicherheit ergibt sich auch aus dem Umstand, dass allfällige Referendumsabstimmungen nicht vorhergesagt werden können.

Mit Interesse wird erwartet, wie der Kanton Basel-Stadt über die Frage des Stimmrechtsalters 16 entscheidet. Für Riehen stellt sich danach die Frage eines Nachvollzugs oder eines allfälligen Alleingangs zu diesem Thema.

Einwohnerrat

Die Planung berücksichtigt die bisherigen Erfahrungen und rechnet mit durchschnittlich 13 Plenums-Sitzungen pro Jahr (einschliesslich Doppelsitzungen). 2009 stehen erneut verschiedene gewichtige Geschäfte zur Entscheidung an. So müssen fünf Leistungsaufträge für die Jahre 2010 ff. erneuert werden, verbunden mit einer Anpassung des Produktrahmens. Ferner werden wichtige Beschlüsse etwa in den Bereichen Bildung (Primarschule), Siedlungsentwicklung, Freizeit und Sport (Naturbad) oder Versorgung (Wärmeverbund Riehen plus) zu fassen sein.

Der Arbeit in den vorberatenden Kommissionen wird deshalb weiterhin Gewicht zukommen. Die hohe Sitzungskadenz wirkt sich nicht nur auf die Kosten für die Sitzungsgelder der beteiligten Parlamentsmitglieder und Gemeinderäte aus, sondern auch bei den Leistungsverrechnungen der Verwaltung (beratende Mitwirkung der Fachverantwortlichen, Protokollführung, Sekretariatsarbeiten etc.).

Abweichungen und Planänderungen: Die Planzahlen sind aus dem beschriebenen Grund gegenüber jenen des Leistungsauftrags weiterhin etwas höher.

Gemeinderat

Die Planzahlen für das Produkt Gemeinderat sind im Wesentlichen eine Fortschreibung der Ist-Zahlen der Vorjahre. Markante Änderungen werden nicht erwartet. Es wird mit einer ähnlich hohen Beanspruchung des Gemeinderats sowie einer etwa gleichbleibenden Sitzungskadenz der gemeinderätlichen Kommissionen gerechnet.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Die Produktgruppe 1, Volksabstimmungen und Behördendienste, mit ihren auf Konstanz und Verlässlichkeit ausgerichteten Produkten verzeichnet zwar keine grossen finanziellen Schwankungen, jedoch gegenüber dem ursprünglichen Leistungsauftrag eine leichte Steigerung. Die nachstehende Plankostenübersicht zeigt über die vierjährige Laufzeit des Globalkredits (2006 - 2009) eine Kostenüberschreitung von CHF 248'000 (rund 2,9 %). Die Erwartungsrechnung 2008 lässt indessen darauf schliessen, dass die voraussichtliche Überschreitung auf 1,5 % reduziert werden kann. Auf die Bewilligung eines Nachkredits, wie noch im Politikplan 2008/11 angekündigt, könnte somit verzichtet werden. So oder so wird der Gemeinderat auf eine sehr sorgfältige Ausgabenpolitik achten.

Kostenübersicht

Bewilligte Nettokosten (2006 bis 2009)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
Leistungsauftrag	28.09.05	8'386	IST	IST	Budget	Budget
1,7 % Teuerung	01.01.07	107	2006	2007	2008	2009
0,3 % Teuerung	01.01.08	13				
0,3 % Planteuerung	01.01.09	59				
bewilligter Globalkredit 2006 bis 2009		8'565				
bisher verbraucht	-4'277		2'199	2'078		
revidierte Planung	-4'597				2'279	2'318
erwartete Abweichung (Überschreitung)		-309				

Laufender Globalkredit 2006/ 2009

(in TCHF)	Erwartete Kosten 06 bis 09	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Wahlen und Abstimmungen	706	184	224	152	170	160	216	149	164
Einwohnerrat	2'041	525	530	461	523	527	526	522	520
Gemeinderat	3'750	920	926	924	944	956	956	958	959
Nettokosten der Produkte	6'497	1'629	1'680	1'537	1'637	1'643	1'698	1'629	1'643
Kosten der Stufe Produktgruppe	85	1	4	21	27	33	26	26	28
Zwischentotal	6'582	1'630	1'684	1'558	1'664	1'676	1'724	1'655	1'671
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'292	499	515	520	615	642	654	651	652
Nettokosten der Produktgruppe	8'874	2'129	2'199	2'078	2'279	2'318	2'378	2'306	2'323

2 Publikumsdienste und Aussenbeziehungen

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Einwohnerdienste

Die *Kanzlei* schaut einem Jahr mit „Normalbetrieb“ entgegen. Weder in personeller noch in betrieblicher Hinsicht sind grosse Veränderungen zu erwarten.

Die *Dokumentationsstelle*, bestehend aus Gemeindearchiv und Historischem Grundbuch, hat sich per November 2008 vom langjährigen Leiter des Historischen Grundbuchs verabschiedet (Pensionierung). Mit reduziertem Pensum geht es für den neuen Mitarbeiter des Historischen Grundbuchs darum, den kostbaren Fundus des Grundbuchs und des Archivs zu ergründen und seine Erkenntnisse für Gemeinde und Öffentlichkeit nutzbringend einzusetzen. Die gemeinsam mit dem Verkehrsverein Riehen angebotenen Publikumsaktivitäten (thematische Gästeführungen) finden Anklang und sollen weiterentwickelt werden.

Abweichungen und Planänderungen: Eine Anfrage der Universität Basel um einen finanziellen Beitrag an die Produktion eines Flurnamenbuchs für den Kanton Basel-Stadt wurde positiv beantwortet. Die dafür benötigten Mittel von CHF 90'000 hat der Gemeinderat bewilligt und sollen dem Teilprodukt Dokumentationsstelle belastet werden.

Aussenbeziehungen

Die hervorragenden Kontakte zu allen vier *deutschen Nachbargemeinden* sollen weiterhin sorgfältig gepflegt werden. Sie sind eine tragfähige Grundlage für eine unkomplizierte, direkte Zusammenarbeit bei konkreten grenzüberschreitenden Aufgaben oder Anliegen. Dies betrifft namentlich die Bereiche Nahverkehr und Raumplanung, aber auch vielfältige gemeinsame kulturelle oder gesellschaftliche Aktivitäten im Interesse der beidseits der Landesgrenze lebenden Bevölkerung.

In den *trinationalen Gremien* engagiert sich Riehen prioritär im 2007 konstituierten «Trinationalen Eurodistrict Basel». Die Bündelung der Kräfte zugunsten einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit, welche für die Bevölkerung konkreten Nutzen stiftet, ist weiterhin das zentrale Anliegen der Riehener Vertretung.

Die Beziehung zum *Kanton Basel-Stadt* wurde per 2008 mit dem Projekt NOKE auf eine neue Basis gestellt. Die neue Aufgabenteilung, der neugeschaffene Finanz- und Lastenausgleich und die mit der neuen Kantonsverfassung insgesamt gestärkte Stellung der Gemeinden werden sich in der Umsetzung nun zu bewähren haben. In Gestalt des ab 2009 neu geschaffenen Regierungspräsidiums werden die Gemeinden eine klare politische Ansprechstelle für übergeordnete Anliegen gegenüber Stadt und Kanton erhalten.

Wichtig ist dem Gemeinderat die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der *Nachbargemeinde Bettingen*. Mit der gemeinsamen Trägerschaft der Primarschulen und der Kindergärten wird 2009 ein neues Kooperationsmodell in die Realität umgesetzt.

Abweichungen und Planänderungen: Da keine grösseren Projekte zur Veränderung der Aussenbeziehungen anstehen, wie dies insbesondere bei NOKE der Fall war, können die Plankosten reduziert werden.

Information und Gemeindemarketing

Die Gemeinde steigert ihre Marketingbemühungen an verschiedenen Fronten. Die Ausgaben im Produkt Information und Gemeindemarketing steigen deshalb um gegen 10 Prozent. In besonderem Mass betrifft dies die 2008 gegründete Plattform PRO Riehen und die Fortsetzung der 2008 mit grossem Erfolg durchgeführten Wenkenhofgespräche. Die Gemeinde engagiert sich aber auch im Bereich der Wirtschaftsförderung (z.B. mit der Teilnahme an der Regio-Messe in Lörrach) und subventioniert den Verkehrsverein in seinen Aktivitäten.

Es ist vorgesehen, im Hinblick auf die Erneuerung des Leistungsauftrags ab 2010 die Vielfalt der Massnahmen zu durchleuchten und die Prioritäten neu festzulegen.

Sicherheit

Noch immer sind die vielen Brandstiftungen der letzten drei Jahre in Riehen ungeklärt. Die regelmässigen Kontakte zu den kantonalen Sicherheitsorganen in allen Belangen, welche die Gemeinde betreffen, sowie die Information bei sicherheitsrelevanten Ereignissen sind weiterhin sichergestellt.

Das Budget für das Produkt Sicherheit beträgt 2009 das dreieinhalbfache gegenüber den Vorjahren. Dies hängt aber einzig mit der 2008 erstmals vorgenommenen Verrechnung der internen Miete für die Zivilschutzräumlichkeiten und das Feuerwehrmagazin zu Lasten dieses Produkts zusammen.

Bestattungen und Friedhofspflege

Das Team auf dem Gottesacker nimmt seinen Beratungs- und Pflegeauftrag wahr. Für die Zeitspanne des Politikplans zeichnen sich keine wesentlichen Veränderungen ab, was sich auch in den gleich bleibenden Kosten dieses Produkts auswirkt.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Der Einwohnerrat hat in seiner Sitzung vom 24.9.2008 den Leistungsauftrag 2, Publikumsdienste und Aussenbeziehungen, um ein Jahr bis Ende 2009 verlängert und hat dafür einen ergänzenden Globalkredit bewilligt. Dieser Kredit ist so dimensioniert, dass der erwartete Mehraufwand der Jahre 2006 - 2008 in der Grössenordnung von CHF 90'000 aufgefangen werden kann.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2006 bis 2009)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
Leistungsauftrag	29.09.05	7'416	IST	IST	Budget	Budget
1,7 % Teuerung	01.01.07	85	2006	2007	2008	2009
0,3 % Teuerung	01.01.08	8				
Ergänzungskredit für 09	24.09.08	2'943				
bewilligter Globalkredit 2006 bis 2009		10'452				
bisher verbraucht		-4'985	2'470	2'515		
revidierte Planung		-5'541			2'613	2'928
erwartete Abweichung (Überschreitung)		-74				

Laufender Globalkredit 2006/ 2009

(in TCHF)	Erwartete Kosten 06 bis 09	IST	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Produkte:									
Einwohnerdienste	1'384	304	338	302	326	418	358	405	321
Aussenbeziehungen	433	106	158	115	89	71	71	72	72
Information und Gemeindemarketing	4'078	987	903	1'016	1'029	1'130	1'200	1'247	1'201
Sicherheit	288	44	45	46	43	154	154	154	154
Bestattungen und Friedhofspflege	1'578	340	391	401	383	403	407	409	409
Nettokosten der Produkte	7'761	1'781	1'835	1'880	1'870	2'176	2'190	2'287	2'157
Kosten der Stufe Produktgruppe	75	1		22	27	26	26	26	28
Zwischentotal	7'836	1'782	1'835	1'902	1'897	2'202	2'216	2'313	2'185
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'690	594	635	613	716	726	734	737	740
Nettokosten der Produktgruppe	10'526	2'376	2'470	2'515	2'613	2'928	2'950	3'050	2'925

3 Finanzen und Steuern

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Finanzdienste

Die Führung der *Buchhaltung* für die Bürgergemeinde und die Rapp-Stiftung werden weitergeführt.

Die gesetzten Standards bezüglich der Anzahl erhaltener *Mahnungen* dürften nach den gegenwärtigen Erfahrungen erreichbar sein. Die Einhaltung der Zahlungstermine wird weiterhin eine wichtige Zielsetzung sein.

In der Planperiode sind erhöhte Investitionen vorgesehen. Es wird deshalb davon ausgegangen, dass die derzeitige Liquidität in den kommenden Jahren reduziert wird und zusätzlich Kredite aufgenommen werden müssen. Dieser Umstand führt dazu, dass künftig beim *Cash Management* der Focus vermehrt auf die Bewirtschaftung der Schulden gelegt werden wird.

Steuern

Künftig wird die Gemeinde als Folge von NOKE nebst der Einkommensteuer auch die Vermögenssteuer fakturieren können. Die dazu erforderlichen Programmänderungen der Steuersoftware NEST sind erfolgreich umgesetzt worden.

Mit der Version 2009 wird zusätzlich das Modul „Verlustscheinbewirtschaftung“ eingeführt, welches eine zügige und konsequente Bearbeitung der abgeschriebenen Forderungen ermöglicht.

Liegenschaftsbewirtschaftung

Mit der geplanten *Bebauung an der Bahnhofstrasse* sowie der *Erstellung einer öffentlichen Einstellhalle* wird eine bessere Nutzung der verfügbaren Grundstücke angestrebt. Weitere Projekte, insbesondere die geplante Sanierung des Landgasthofs und die angestrebte Nutzungsänderungen des Areals des heutigen Landgasthofs, sollen zu einer künftigen Ertragssteigerung der entsprechenden Liegenschaft führen.

Weiter Informationen siehe *Kapitel X. Neutrale Erlöse und Kosten*

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Aufgrund steigender Strukturkostenumlagen, von denen die «kleinste» Produktgruppe besonders stark betroffen ist, wird der Globalkredit 2005/09 um voraussichtlich rund CHF 70'000 überschritten.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2005 bis 2009)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag				
			IST	IST	IST	Budget	Budget
Leistungsauftrag	27.10.04	5'486	2005	2006	2007	2008	2009
0,7 % Teuerung	01.01.06	29					
1,7 % Teuerung	01.01.07	50					
0,3 % Teuerung	01.01.08	5					
Ergänzungskredit für 09	24.09.08	1'347					
bewilligter Globalkredit 2005 bis 2009		6'917					
bisher verbraucht	-4'035		1'389	1'262	1'384		
revidierte Planung	-2'956					1'480	1'476
erwartete Abweichung (Überschreitung)		-74					

Laufender Globalkredit 2005/ 2009

(in TCHF)	Erwartete Kosten 05 bis 09	IST	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Produkte:									
Finanzdienste	37	9	8	10	1	9	10	9	10
Steuern	3'221	729	573	670	641	608	598	587	581
Liegenschaftsbewirtschaftung	0								
Nettokosten der Produkte	3'258	738	581	680	642	617	608	596	591
Kosten der Stufe Produktgruppe	222	8	9	44	78	83	85	88	90
Zwischentotal	3'480	746	590	724	720	700	693	684	681
Anteil an den Strukturkostenumlagen	3'511	643	672	660	760	776	787	791	790
Nettokosten der Produktgruppe	6'991	1'389	1'262	1'384	1'480	1'476	1'480	1'475	1'471

4 Gesundheit

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Gemeindespital

Die Abklärungen im Zusammenhang mit der zukünftigen Strategie des Spitals Riehen konnten im August 2008 erfolgreich abgeschlossen werden. Die entsprechende Vorlage wird im Einwohnerrat behandelt und die Vorbereitungen für die Umsetzung sind angelaufen. Das heutige Gemeindespital soll per 1. Januar 2010 in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft umgewandelt und unter die Aufsicht einer Stiftung gestellt werden. Die damit zusammenhängende Erneuerung der Strukturen sind neben der Gebäudesanierung und dem Ausbau von Kooperationen mit anderen Spitälern und Institutionen im Gesundheitsbereich die grossen Herausforderungen des kommenden Jahres.

Abweichungen und Planänderungen: Für die Sanierung des Spitalgebäudes ist ein Investitionsbeitrag von 11,5 Mio. Franken vorgesehen, welcher gestaffelt in den Jahren 2009 bis 2012 eingesetzt wird. Dies führt während den kommenden 20 Jahren zu jährlichen Abschreibungen von durchschnittlich CHF 575'000, begonnen mit CHF 60'000 im Jahr 2009. Ab 2012 wird die Spitalfinanzierung gesamtschweizerisch neu geregelt. Innerkantonale wird der Beitrag der öffentlichen Hand an die Spitalbehandlungen definitiv zur Sache des Kantons. Die damit zusammenhängenden Konsequenzen auf den Gemeindehaushalt können zurzeit noch nicht abgeschätzt werden. Sie sind deshalb in der Planung des Jahres 2012 nicht enthalten.

Schulzahnpflege

Das erfolgreiche Prophylaxe-Projekt für Kleinkinder soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

Abweichungen und Planänderungen: Noch im 2008 finden Verhandlungen mit dem Kanton betreffend Taxpunktverrechnung statt. Der Gemeinderat muss mit einer Erhöhung der Kosten rechnen und hat zusätzliche Mittel von rund CHF 50'000 ab 2009 eingeplant.

Betagen- und Krankenpflege

Der Pflegeplatz-Mangel im Bereich der *geschützten Pflegeplätze* hat sich durch die Eröffnung der Wohngruppen Riehen Dorf an der Bahnhofstrasse 23 entspannt. 2009 ist vor allem die konkrete Zuteilung und Nutzung noch genau zu regeln, da vermehrt auch Personen aus der Stadt dieses neue Angebot nutzen. Der Bedarf für Riehen ist mit diesem Ausbau vorüberhand gedeckt.

Die Verhandlungen mit dem Kanton betreffend Standort des *Pflegeheims Humanitas* konnten leider noch nicht abgeschlossen werden. Sie sollen in den kommenden Monaten intensiv weitergeführt werden.

Bei einem der subventionierten *Spitexbetriebe* zeichnete sich im ersten Halbjahr 2008 ein deutlicher Zuwachs an krankenkassenpflichtigen Leistungen ab. Bei dieser Entwicklung muss beobachtet werden, ob es sich um eine Verschiebung der Aufträge von einem Betrieb zum anderen oder eine generelle Nachfrage nach mehr Spitexdienstleistungen handelt. Welche Auswirkungen die Einführung von Fallpauschalen in der Spitalfinanzierung auf den ambulanten Bereich haben wird, ist noch nicht absehbar.

Beim *Tagesheim für Betagte* sind keine Veränderungen in Sicht. Auch die Plankosten für die *Beiträge an die Pflege zu Hause* sind gleichbleibend.

Prävention und Gesundheitsförderung

Innerhalb der Gemeindeverwaltung konnte mit der Abteilung Freizeit und Sport und der Personalabteilung die Zusammenarbeit intensiviert werden. Für 2009 ist ein weiteres Projekt mit „Gsünder Basel“ geplant, das aber nicht zu einer Kostensteigerung führen wird.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Die Neuregelung des Finanzausgleichs (NFA) hat einen Wegfall der direkten Bundessubventionen mit sich gebracht. Die Gesamtkosten der Produktgruppe sind deshalb bereits ab 2008 deutlich höher als noch bis 2007. Im Leistungsauftrag bzw. Globalkredit ist dies bereits entsprechend berücksichtigt. Der Gemeindehaushalt als Ganzes wird dadurch aber nicht stärker belastet, da - wie eingangs erwähnt - die Neutralen Erlöse entsprechend höher sind.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2007 bis 2010)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
Leistungsauftrag	29.11.06	48'708	IST	Budget	Budget	Plan
0,3 % Teuerung	01.01.08	112	2007	2008	2009	2010
3,0 % Planteuerung	01.01.09	747				
bewilligter Globalkredit 2007 bis 2010		49'567				
bisher verbraucht	-11'494		11'494			
revidierte Planung	-37'819		12'453		12'577	12'789
erwartete Abweichung (Unterschreitung)		254				

Laufender Globalkredit 2007/ 2010

(in TCHF)	Erwartete Kosten 07 bis 10	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Gemeindespital	34'993	8'652	8'960	8'673	8'669	8'738	8'913	9'129	9'459
Schulzahnpflege	1'810	342	467	406	434	485	485	485	485
Betagen- und Krankenpflege	9'658	1'695	1'682	1'779	2'614	2'620	2'645	2'671	2'671
Prävention und Gesundheitsförd.	152	28	40	41	37	37	37	37	37
Nettokosten der Produkte	46'613	10'717	11'149	10'899	11'754	11'880	12'080	12'322	12'652
Kosten der Stufe Produktgruppe	82	13	8	55	13	7	7	7	7
Zwischentotal	46'695	10'730	11'157	10'954	11'767	11'887	12'087	12'329	12'659
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'618	602	591	540	686	690	702	704	706
Nettokosten der Produktgruppe	49'313	11'332	11'748	11'494	12'453	12'577	12'789	13'033	13'365

5 Kultur

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Kulturförderung

Das *Kulturbüro* plant für das Jahr 2009 wieder ein neues Projekt in Zusammenarbeit mit der Fondation Beyeler im Rahmen der Giacometti-Ausstellung. Darüber hinaus wird im September im zweijährigen Rhythmus wieder das Figurentheaterfestival stattfinden. Nach dem grossen Erfolg vom Singeasy 08 wird die Veranstaltung auch im Jahr 2009 an drei Konzerttagen stattfinden. Eine grosse Gesprächsrunde mit Riehener Kulturschaffenden wird 2009 wieder durchgeführt werden. Im Sinne einer verbesserten Infrastruktur für das Publikum und die Mitarbeitenden wird die *Infothek* anfangs 2009 räumlich verändert.

Im Bund wie in diversen Kantonen und Gemeinden sind aktuell *Kulturfördergesetze* in Vernehmlassung oder bereits entstanden. Nachdem nun im Kanton Basel-Stadt ein entsprechendes Gesetz in Vorbereitung steht, wird auch die Gemeinde 2009 die schon länger beabsichtigten Arbeiten zur gesetzlichen Verankerung der Kultur aufnehmen. Die Positionierung der Kultur in Riehen und der Regio wird ein wichtiges Thema werden, das den Einbezug verschiedenster Partner vorsieht.

Museum

2009 wird das Museum sein vielfältiges Angebot konsolidieren. Museumsnacht, Familiensonntag und Afrika-Markt sind die grossen Veranstaltungen. Letztere wird im Bereich der technischen Infrastruktur verbessert werden. Im Frühjahr wird das Museum während der Schulsynode gemeinsam mit der Gemeindebibliothek und dem Freizeitzentrum Landauer ein besonderes Angebot realisieren. Die Schulen Riehens werden auch 2009 eine mit besonderer Aufmerksamkeit zu pflegende Zielgruppe sein. Im Vorsommer wird der Themenkomplex „pflanzliche und tierische Fasern, Spinnen, Weben; Leinen, Wolle, Nylon“ in einer Ausstellung präsentiert - dies in Zusammenarbeit u.a. mit den Handweberinnen der Werkstätte Neumatten. Im Sommer wird eine Zusammenarbeit mit dem Museum der Kulturen und dem dortigen Afrika-Schwerpunkt ins Auge gefasst. Für den Winter 2009/10 greift das Museum auf seine ansehnliche Sammlung an Puppenstubenmobiliar und Puppenstuben zurück und zeigt eine Ausstellung unter dem Arbeitstitel „schöner wohnen“.

Die für das Museum Verantwortlichen werden sich im Jahr 2009 konzeptionell mit der Zukunft des Museums befassen. Angebot, Zielpublikum und Infrastruktur müssen hinterfragt werden, soll das Museum in der regionalen Museumslandschaft weiterhin gut positioniert sein.

Bildende Kunst

Aktuell sind vielfältige Überlegungen zu Ausgestaltung, Inhalt und Infrastruktur des Kunst Raum Riehen im Gang, mit dem Ziel, das Haus vermehrt zu öffnen und zu bespielen. Die Kommission für Bildende Kunst plant für das kommende Jahr vier Ausstellungen.

Im 2009 werden erstmals alle Künstlerateliers neue Mieterinnen oder Mieter haben. Damit kann das seit einigen Jahren angestrebte Ziel, die subventionierten Ateliers vermehrt unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstlern zur Verfügung zu stellen, durch den Abschluss von befristeten Mietverträgen erreicht werden.

Bibliothek

Im Rahmen der Übernahme der Primarschulen durch die Gemeinde Riehen und im Sinne einer Leseförderungsaktion werden im Herbst 2009 alle Primarschulkinder eine kostenlose Jahresmitgliedschaft in der Bibliothek erhalten. Ab dem Jahr 2010 werden dann jeweils die Schülerinnen und Schüler der ersten Primarklasse in den Genuss dieses Angebots kommen.

Die Bibliothek sieht für das Jahr 2009 zudem die Einrichtung einer eigenen Homepage vor.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Das kommende Jahr wird sich weniger mit der Frage eines erweiterten Angebots als vielmehr mit der Positionierung des Erreichten befassen. Ein Meilenstein wird es zweifelsohne sein, wenn die Kultur in der Gemeinde gesetzlich verankert sein wird.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2007 bis 2010)

Art	Datum	TCHF
Leistungsauftrag	27.09.06	16'777
0,3 % Teuerung	01.01.08	38
3,0 % Planeteuerung	01.01.09	247
bewilligter Globalkredit		
2007 bis 2010		17'062
bisher verbraucht		-4'210
revidierte Planung		-13'100
erwartete Abweichung		
(Überschreitung)		-248

Laufdauer Leistungsauftrag			
IST	Budget	Budget	Plan
2007	2008	2009	2010

Laufender Globalkredit 2007/ 2010

(in TCHF)	Erwartete Kosten 07 bis 10	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Kulturförderung	6'001	1'395	1'453	1'513	1'507	1'488	1'493	1'512	1'534
Museum	4'378	1'057	1'083	1'129	1'107	1'090	1'052	1'082	1'082
Bildende Kunst	1'755	410	484	426	431	457	441	454	454
Bibliothek	2'410	459	493	525	637	626	622	633	634
Nettokosten der Produkte	14'544	3'321	3'513	3'593	3'682	3'661	3'608	3'681	3'704
Kosten der Stufe Produktgruppe	375	16	10	100	87	95	93	103	95
Zwischentotal	14'919	3'337	3'523	3'693	3'769	3'756	3'701	3'784	3'799
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'391	612	622	517	617	625	632	636	639
Nettokosten der Produktgruppe	17'310	3'949	4'145	4'210	4'386	4'381	4'333	4'420	4'438

6 Freizeit und Sport

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Freizeit- und Sportförderung

Das vielfältige Engagement der *Riehener Vereine* wird auch 2009 mit den Mitteln der Freizeit- und Sportförderung unterstützt werden.

Die Zusammenarbeit mit externen Anbietern, die im Auftrag der Gemeinde ergänzende, niederschwellige Angebote erstellen, wird weitergeführt und punktuell vertieft. Ein Beispiel dafür ist die Pilotphase und eventuelle Weiterführung des *Projekts „Midnight Sports Riehen“*.

Freizeitangebote

Die bereits begonnene Arbeit am neuen *Betriebskonzept* des Freizeitentrums Landauer wird 2009 abgeschlossen werden. Geplante räumliche Veränderungen, insbesondere im Jugendbereich, sollen projektiert werden. Die auf der Aussenanlage des Freizeitentrums vorgesehenen Investitionen werden aufgrund der noch offenen Entwicklung der Nachbarparzellen (Areal Niederholz) zurückgestellt, bis diesbezüglich Klarheit herrscht.

Die *Mobile Jugendarbeit* in Riehen wird sicher bis und mit 2010 durch den Verein Mobile Jugendarbeit Basel geführt werden. Eine entsprechende Leistungsvereinbarung wurde aufgrund der positiven Entwicklung der Zusammenarbeit abgeschlossen.

Auf den *Spiel- und Rastplätzen* stehen 2009 und in den Folgejahren grössere Investitionen an, um die geltenden Sicherheitsnormen umzusetzen. In diesem Zusammenhang sollen die Spielplätze auch möglichst den heutigen Nutzerbedürfnissen angepasst werden.

Abweichungen und Planänderungen: 2008 wurde ein Betrag von CHF 45'000 für die aus Sicherheitsgründen notwendigen Investitionen auf den Spiel- und Rastplätzen eingestellt. Aufgrund der laufenden Abklärungen werden die Investitionen erst 2009 getätigt. Eine entsprechende Vorlage wird anfangs 2009 folgen. Die Planzahlen werden sich in diesem Bereich mit grosser Wahrscheinlichkeit erhöhen, da mit neuen Abschreibungen aus grösseren Investitionen auf den Spielplätzen gerechnet werden muss.

Schwimmbad

Im Jahr 2009 wird das *Projekt „Naturbad am Schlipf“* weiter vorangetrieben. Es ist geplant, dem Einwohnerrat in der zweiten Jahreshälfte die entsprechende Kreditvorlage vorzulegen.

Die *Schwimmhalle Wasserstelzen* steht der Bevölkerung nach dem erfolgreichen Versuch 2008 während des ganzen Jahres an zwei Abenden pro Woche zur Verfügung. Zudem wird ein Pilotversuch mit einer Öffnung am Samstagvormittag gestartet.

Sportanlagen

Die gute Infrastruktur der Sportanlage *Grendelmatte* heisst es zu erhalten. 2009 werden der Grossflächenmäher und 2010 das Transportfahrzeug ersetzt. Zudem soll die von 1981 stammende Sportplatzordnung (künftig: Sportplatzreglement) revidiert werden.

Abweichungen und Planänderungen: Die in der Investitionsliste bisher eingestellte Sanierung des Hauptfelds per 2009 wurde nach einer Kosten-Nutzen-Abschätzung verschoben und wird frühestens 2012 wieder ein Thema sein.

2009 wird aufgrund der Preisentwicklung mit Energiemehrkosten von CHF 10'000 gerechnet.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

In allen vier Produkten können die erwarteten Wirkungen erzielt werden. Durch punktuelle Anpassungen wird der gesellschaftlichen Entwicklung bzw. allenfalls veränderten Wünschen der Bevölkerung Rechnung getragen.

Für die ganze Produktgruppe stehen mit Bauprojekten (Stichworte Areal Niederholz, Wettsteinanlage, Dorfkernentwicklung, Stettenfeld) und Entwicklungen in der Bildungslandschaft (Einführung von Tagesstrukturen) wichtige Veränderungen an, die grossen Einfluss auf das Freizeitverhalten der Bevölkerung haben werden. Entsprechend aktiv wird die Mitarbeit an diesen Projekten angestrebt.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2007 bis 2010)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
			IST	Budget	Budget	Plan
			2007	2008	2009	2010
Leistungsauftrag	26.10.06	20'470				
0,3 % Teuerung	01.01.08	46				
3,0 % Planteuerung	01.01.09	307				
bewilligter Globalkredit 2007 bis 2010		20'823				
bisher verbraucht		-5'251	5'251			
revidierte Planung		-15'215	5'054		5'070	5'091
erwartete Abweichung (Unterschreitung)		357				

Laufender Globalkredit 2007/ 2010

(in TCHF)	Erwartete Kosten 07 bis 10	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Freizeit- und Sportförderung	3'406	840	824	821	864	860	861	873	875
Freizeitangebote	7'705	1'713	1'822	1'892	1'926	1'975	1'912	1'981	2'001
Schwimmbad	749	341	389	448	52	92	157	135	427
Sportanlagen	5'589	1'373	1'443	1'434	1'400	1'370	1'385	1'415	1'440
Nettokosten der Produkte	17'449	4'267	4'478	4'595	4'242	4'297	4'315	4'404	4'743
Kosten der Stufe Produktgruppe	487	33	31	110	161	108	108	117	110
Zwischentotal	17'936	4'300	4'509	4'705	4'403	4'405	4'423	4'521	4'853
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'530	674	681	546	651	665	668	673	678
Nettokosten der Produktgruppe	20'466	4'974	5'190	5'251	5'054	5'070	5'091	5'194	5'531

7 Bildung und Soziales

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Kindergärten und Tagesbetreuung

Im Zusammenhang mit der Kommunalisierung der Primarschulen werden per 1. August 2009 auch die *Leistungsstrukturen* der Kindergärten angepasst.

Die *Tagesschule* Niederholz ist bereits im zweiten Betriebsjahr voll ausgebucht und vermag der Nachfrage nicht nachzukommen. Ein Ausbau der Tagesschule per August 2009 für Kindergarten- und Primarschulkinder im Dorfzentrum (Erlensträsschen) ist in Planung.

Das Angebot an *schulexternen Tagesbetreuungsplätzen* für Kinder wurde im Jahr 2008 um 8 Plätze erweitert. Auch hier kann die Nachfrage nicht befriedigt werden. Ein weiterer Ausbau um 10 bis 20 Plätze ist in Planung.

Abweichungen und Planänderungen: Namentlich der Ausbau der Tagesbetreuung verursacht deutlich höhere Kosten. Auch die Anpassung der Leistungsstrukturen ist mit Mehrkosten verbunden.

Musikschulen

Die Musikschulen sind für den Gemeinderat weiterhin ein wichtiges Bildungsangebot v.a. für Kinder und Jugendliche. Das Problem der *Wartezeiten* besteht noch immer, hat sich aber auf Grund der um 12 erhöhten Anzahl Lektionen ganz leicht reduziert.

Erwachsenenbildung und Familienförderung

Die vom Gemeinderat verabschiedeten *familienpolitischen Ziele* sollen weiterhin umgesetzt werden. In diesem Rahmen wird geprüft, ob sich die Gemeinde um das UNICEF-Qualitätslabel „*Kinderfreundliche Gemeinde*“ bewerben soll. Diese von UNICEF ergriffene Initiative fördert gezielt Prozesse und Massnahmen zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit und damit auch der Wohnortattraktivität für Familien.

Nachdem nun das kantonale Gesetz über die Harmonisierung und Koordination von bedarfsabhängigen Sozialleistungen vorliegt, will der Gemeinderat prüfen, ob gemeindeeigene Beiträge an Familien mit Kindern ausgerichtet werden sollen.

Die *Elternbildung und -beratung* wird im Rahmen der Kampagne «Stark durch Erziehung» weiterentwickelt.

Soziale Dienste und Integration

Im Bereich der *Ergänzungsleistungen und kommunalen Beihilfen* wurde bei gleichbleibendem Stellenbestand eine Teamleitung geschaffen. Dies wird es ermöglichen, das Dienstleistungsangebot vor Ort zu stärken und Synergien zu den kantonalen Behörden auszubauen.

Die Zusammenarbeit mit den *privaten und kirchlichen Beratungsstellen* wird weitergeführt.

Im Bereich der *Integrations- und Sprachkurse* ist Kontinuität vorgesehen. Die Offenheit und das Interesse der einheimischen Bevölkerung gegenüber fremdländischen Kulturen werden weiterhin gefördert. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Anstossfinanzierungen des Bundes in den kommenden Jahren zurückgehen werden.

Abweichungen und Planänderungen: Die markante Kostensteigerung gegenüber der Vorjahresplanung ist überwiegend auf das Rückgängigmachen des „Transfers“ der Mietzinsreduktionen im Betrag von rund CHF 550'000 zurückzuführen: Diese indirekten Mietzinsbeiträge waren im Jahr 2008 neu bei den Liegenschaften budgetiert worden. Für den Gemeindehaushalt insgesamt ist die Verschiebung kostenneutral.

Entwicklungszusammenarbeit

Die *bestehenden Schwerpunkte* werden weitergeführt. Berechnungsgrundlagen für die Entwicklungsbeiträge sind die kommunalen Steuereinnahmen. Aufgrund von NOKE verändern sich diese mit Wirkung ab 2010. Der Gemeinderat berücksichtigt in seiner jetzigen Planung als Basis vorerst weiterhin - entsprechend dem geltenden Leistungsauftrag - 1 % der *Einkommenssteuern*. Die Höhe der Beiträge steigt somit entsprechend der prognostizierten Entwicklung der Einkommenssteuern leicht an.

Sozialhilfe

Die Nachevaluation der Organisationsentwicklung der *Sozialhilfe* hat gezeigt, dass praktisch sämtliche Verbesserungsvorschläge umgesetzt worden sind. Mit Hilfe der günstigeren wirtschaftlichen Situation haben diese Massnahmen dazu geführt, dass die Fallzahlen und die Kosten zurzeit stagnieren.

Im Zusammenhang mit der Harmonisierung der Sozialleistungen beabsichtigt der Gemeinderat im Jahr 2009, die Alimenterbevorschussung und das -inkasso sowie die Erhebung von Elternbeiträgen bei Heimunterbringungen an die kantonalen Fachstellen zu delegieren.

Das *Reintegrationsprogramm* wird weiter optimiert. Im kommenden Jahr werden mit demselben Stellenaufwand die Organisationsstrukturen angepasst. Namentlich wird eine zweite Gruppenleitung gebildet.

Primarschule (neues Produkt)

Die Übernahme der Primarschulen per 1. August 2009 ist sicher eine der markantesten Erweiterungen der Gemeindeaufgaben. Der Einwohnerrat wird anfangs 2009 die entsprechende Vorlage mit ausführlichen Informationen und Anträgen für die Schaffung der auf kommunaler Ebene erforderlichen rechtlichen Grundlagen erhalten. Die benötigten finanziellen Mittel wurden vom Einwohnerrat am 24.9.2008 durch Erhöhung des Globalkredits bereits bewilligt.

Abweichungen und Planänderungen: Ab 2009 sind für dieses Produkt rund 17 Millionen Franken zusätzlich budgetiert. Vgl. dazu auch die entsprechend erhöhten Steuereinnahmen bei den neutralen Erlösen.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Insgesamt verändert sich die Produktgruppe durch die Übernahme der Primarschulen so stark, dass der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Frühjahr 2009 eine neue Aufteilung der Produktgruppen bzw. eine Anpassung des Produktrahmens unterbreiten wird. Mit dem (erhöhten) Globalkredit können die erwarteten Kosten der Produktgruppe als Ganzes aus heutiger Sicht gut gedeckt werden. Angesichts der heterogenen und mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Aufgabenfelder ist die Planungsgenauigkeit allerdings eingeschränkt.

Kostenübersicht

Bewilligte Nettokosten (2006 bis 2009)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
			IST	IST	Budget	Budget
			2006	2007	2008	2009
Leistungsauftrag	27.10.05	81'217				
1,7 % Teuerung	01.01.07	1'056				
0,3 % Teuerung	01.01.08	131				
3,0 % Planteuerung	01.01.09	732				
Ergänzungskredit für 09	24.09.08	15'302				
bewilligter Globalkredit						
2006 bis 2009		98'438				
bisher verbraucht		-38'745	19'848	18'897		
revidierte Planung		-58'424			20'339	38'085
erwartete Abweichung						
(Unterschreitung)		1'269				

Laufender Globalkredit 2006/ 2009

(in TCHF)	Erwartete Kosten 06 bis 09	IST	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Produkte:									
Kindergärten und Tagesbetreuung	23'407	4'869	5'163	5'283	6'118	6'843	7'484	7'413	7'430
Musikschulen	7'755	1'780	1'771	1'878	2'067	2'039	2'039	2'038	2'038
Erwachsenenbildung+Familienförderu	497	57	88	82	154	173	160	164	164
Soziale Dienste und Integration	11'045	2'922	2'825	2'829	2'398	2'993	2'445	2'448	2'451
Entwicklungszusammenarbeit	2'376	596	582	565	616	613	635	645	653
Sozialhilfe	31'195	7'873	8'618	7'377	7'982	7'218	7'073	7'091	7'079
Primarschule	17'092					17'092	17'102	17'039	17'041
Nettokosten der Produkte	93'367	18'097	19'047	18'014	19'335	36'971	36'938	36'838	36'856
Kosten der Stufe Produktgruppe	611	16	11	123	191	286	60	46	46
Zwischentotal	93'978	18'113	19'058	18'137	19'526	37'257	36'998	36'884	36'902
Anteil an den Strukturkostenumlagen	3'191	822	790	760	813	828	832	838	842
Nettokosten der Produktgruppe	97'169	18'935	19'848	18'897	20'339	38'085	37'830	37'722	37'744

8 Allmend und Verkehr

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Verkehrsnetz

Die Terminierung zahlreicher *Strassenerneuerungen und -sanierungen* wird mitbestimmt durch andere Bauprojekte der Gemeinde oder des Kantons. Der Strassenzug Aeussere Baselstrasse / Baselstrasse / Lörracherstrasse vom Eglisee bis zur Grenze Lörrach inkl. Tramtrasse und Werkleitungen muss in den nächsten 5 Jahren abschnittsweise erneuert werden. Die Grenzacherstrasse, als zweite Zufahrtsstrasse nach Riehen, wird im Abschnitt Landauerstrasse bis Hörnliallee in den Jahren 2009 / 2010 erneuert. Auch die Inzlingerstrasse und die Bettingerstrasse sollen saniert werden. Gleichzeitig bedingt der Zusammenschluss der drei Riehener Wärmeverbünde den Bau einer Verbindungsleitung vom Gemeindehaus zur Wärmezentrale am Kelteweg. Diese Leitung kommt auch in einige Strassenabschnitte zu liegen, die sanierungsbedürftig sind und deshalb gleichzeitig mit dem Leitungsbau erneuert werden. Damit keine allzu grossen Verkehrserschwerisse entstehen, müssen diese Projekte terminlich gut aufeinander abgestimmt werden, was eine enge Koordination zwischen dem Kanton, den Werken und der Gemeinde erfordert.

Abweichungen und Planänderungen: Wenn auf den 1.1.2009 die neue Ordnung betreffend Gebühren für die Ableitung von Abwasser in Kraft treten kann, wird diesem Produkt neu die *Regenwasserableitungsgebühr* für das auf dem Strassennetz anfallende Regenwasser belastet.

Gegenüber dem Leistungsauftrag verringern sich die Abschreibungen und die interne Verrechnung für den kalkulatorischen Zins.

Öffentlicher Verkehr

Auf den Fahrplanwechsel Mitte Dezember 2008 wird die neue *S-Bahn-Haltestelle Riehen Niederholz* den Betrieb aufnehmen. Dies wird zu einer weiteren Steigerung der Fahrgästekzahlen auf der S-Bahn-Linie S6 führen. Aufgrund der erfreulich vielen Fahrgäste, welche den Zug ab Riehen Dorf benutzen, ist der Bau einer (eventuell zweier) zusätzlichen *Wartehalle*, vorgesehen. Auch sollen weitere *Veloabstellplätze* im Bereich des Eisenbahnweges realisiert werden.

Ab Fahrplanwechsel Ende 2008 werden 9 Kurse der *Tramlinie 2* in der Morgenspitze im 15-Minuten-Takt bis nach Riehen Dorf verlängert. Diese Massnahme dient zur Entlastung der Linie 6 und als Komfortsteigerung (direkte Verbindung zum Bahnhof SBB). Die in Zusammenarbeit mit den BVB und den südbadischen Busbetrieben entwickelte und durch den Kanton Basel-Stadt bestellte neue grenzüberschreitende *Durchmesserbuslinie Nummer 38* von Allschwil nach Grenzach-Wyhlen nimmt ab Ende 2008 ebenfalls den Betrieb auf. Darüber hinaus werden weiterhin Möglichkeiten geprüft, den grenzüberschreitenden Busverkehr nach Riehen mit den Nachbarstädten kundennah zu optimieren.

Nachdem die Midibusse auf der Riehener Buslinie Nummer 32 erneuert wurden, wird nun ab Anfang 2009 auch die Flotte der *Kleinbusse* durch neue, leisere und abgasärmere Busse ersetzt.

Individualverkehr

Das Konzept für eine *Parkraumbewirtschaftung* ist abgeschlossen und geht in den politischen Prozess. Es ist geplant, die Parkraumbewirtschaftung gleichzeitig mit der Stadt Basel auf 1. Januar 2010 auch in Riehen einzuführen. Ebenfalls gemeinsam mit dem Kanton wird in den nächsten Jahren die Planung und Projektierung der *Umgestaltung der Lörracherstrasse* weiterbearbeitet, so dass die Realisierung ab 2011 bzw. nach Inbetriebnahme der Zollfreien Strasse erfolgen kann. Zudem wird auch die Planung für die Erneuerung der *Baselstrasse* im Abschnitt Schmiedgasse bis Bettingerstrasse gestartet. Alle diese Planungen sollen unter anderem auch den Zweck verfolgen, nach Inbetriebnahme der Zollfreien Strasse den Durchgangsverkehr durch Riehen möglichst auf diese Umfahrungsstrasse Richtung Basel zu lenken. Im Rahmen der Dorfkernentwicklung sollen die für Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrende besonders attraktiven Strassen so gestaltet werden, dass sie als *Fussgänger- oder Begegnungszone* dienen können (Teilabschnitt Bahnhofstrasse, Schmiedgasse, Wettsteinstrasse, Rössligasse).

Im Übrigen werden für den *Langsamverkehr* (Velo und zu Fuss Gehende) weiterhin die Bereiche Infrastruktur, Dienstleistungen und Kommunikation gefördert.

Allmendbewirtschaftung

Im Produkt Allmendbewirtschaftung werden die vielseitigen Nutzungen der Allmend koordiniert und die Bewilligungen für eine gesteigerte Nutzung der Allmend durch Private erteilt. Aber auch die Überwachung der verschiedenen Aufgrabungen und Bauarbeiten durch die Werkleitungseigentümer ist in diesem Produkt angesiedelt. In den kommenden Jahren wird vermehrt mit Baustellen auf den Strassen zu rechnen sein (Sanierung der Kantonsstrassen, Leitungen für den Wärmeverbund).

2009 stehen auch verschiedene Grossanlässe auf der Allmend an. Im Juni wird die Einweihung des S-Bahnhofs Niederholz mit einem Quartierfest gefeiert. Im September finden im Dorfzentrum das traditionelle Dorffest und der 3. «slowUp Basel-Dreiland statt. Auch für das Velokriterium, die traditionellen Dorfmärkte, das Uusestuehle sowie das Singeasy wird die Allmend unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Mittlerweile werden jedes Jahr für mehr als zwanzig private Strassenfeste Bewilligungen erteilt.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs zusammen mit flankierenden Massnahmen zur Zollfreien Strasse sollen den motorisierten Verkehr auf den Hauptachsen eindämmen helfen. Allerdings wird der Baubeginn des Verbindungsstücks zwischen der bereits erstellten Wiesebrücke und dem Anschluss in Weil am Rhein immer wieder hinausgezögert, sodass auch die anvisierte Entlastung des Riehener Strassennetzes auf sich warten lässt.

Die ordentlichen Kosten der Produktgruppe Allmend und Verkehr werden gegenüber den Vorjahren stabil bleiben.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2007 bis 2010)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
			IST	Budget	Budget	Plan
			2007	2008	2009	2010
Leistungsauftrag	26.10.06	51'785				
0,3 % Teuerung	01.01.08	121				
3,0 % Planteuerung	01.01.09	832				
bewilligter Globalkredit						
2007 bis 2010		52'738				
bisher verbraucht		-11'441	11'441			
revidierte Planung		-38'011	12'750		12'657	12'604
erwartete Abweichung						
(Unterschreitung)		3'286				

Laufender Globalkredit 2007/ 2010

(in TCHF)	Erwartete Kosten 07 bis 10	IST	IST	IST	Budget	Budget	Plan	Plan	Plan
		2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Produkte:									
Verkehrsnetz	32'955	8'411	8'291	7'453	8'631	8'480	8'391	8'378	8'389
Öffentlicher Verkehr	11'067	2'609	2'632	2'667	2'786	2'792	2'822	2'823	2'823
Individualverkehr	2'147	533	652	520	515	555	557	557	553
Allmendbewirtschaftung	-214	-42	-36	-29	-67	-60	-58	-63	-62
Nettokosten der Produkte	45'955	11'511	11'539	10'611	11'865	11'767	11'712	11'695	11'703
Kosten der Stufe Produktgruppe	650	22	15	154	173	160	163	166	161
Zwischentotal	46'605	11'533	11'554	10'765	12'038	11'927	11'875	11'861	11'864
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'847	848	807	676	712	730	729	736	741
Nettokosten der Produktgruppe	49'452	12'381	12'361	11'441	12'750	12'657	12'604	12'597	12'605

9 Versorgung und Entsorgung

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Energie

Die Planungen für das *Projekt Riehen Plus* sind Ende 2008 abgeschlossen. Stimmt der Einwohnerrat dem Projekt zu, könnte ab Mitte 2009 mit dem Bau begonnen werden. Gemäss Terminprogramm sind die Hauptarbeiten Ende 2010 abgeschlossen. Die verschiedenen Erweiterungsetappen dauern bis 2014. Beim Projekt geht es um den Zusammenschluss der drei Wärmeverbunde von Riehen mittels einer neuen Verbindungsleitung. Dadurch wird ermöglicht, dass wesentlich mehr geothermische Energie genutzt werden kann und damit die Umwelt im Bereich der Gemeinde Riehen markant vom CO₂ Ausstoss entlastet wird. Zudem kann der Grosswärmeverbund wirtschaftlicher betrieben werden als die Einzelverbünde.

Die *Energiestadt Riehen* mit dem European Energy Award in Gold wird auch in den kommenden Jahren die im Energiekonzept der Gemeinde festgehaltene Strategie weiterverfolgen und die Massnahmen, welche mit geringem Aufwand die grössten Ergebnisse im Bereich Umwelt erzielen, weiter ausbauen. Darüber hinaus soll aber auch auf ganz verschiedenen Ebenen der schonende Umgang mit den Ressourcen gefördert werden. Dies geschieht einerseits durch Vorbildfunktion der Gemeinde und andererseits durch Kommunikationsmassnahmen.

Abweichungen und Planänderungen: Abweichungen können sich vor allem bei den Einnahmen durch den Wärmeverkauf ergeben, weil die Menge des Wärmeverkaufs stark von der Witterung im Winterhalbjahr abhängig ist und der Tarif gemäss geltenden Grundlagen mit dem Heizölpreis schwankt.

Kommunikationsnetz

Im Kerngeschäft des K-Netzes, der Verbreitung von Radio- und Fernsehprogrammen, steht die Frage der *Grundverschlüsselung von digitalen Programmen*, wie sie von unserem Partner, der Cablecom GmbH, vorgenommen wird, im Fokus der Politik. Der Nationalrat hat eine Motion, welche ein Verbot der Grundverschlüsselung fordert, an die vorberatende Kommission zurückgewiesen. Auch in diesem Zusammenhang werden die von der Cablecom erbrachten Dienstleistungen für das K-Netz Riehen nach Vertragsablauf neu ausgeschrieben.

Die Swisscom und verschiedene Elektrizitätswerke, unter anderen die IWB, haben angekündigt und teilweise bereits begonnen, ihre *Glasfasernetze* auszubauen. In diesem Infrastrukturwettbewerb gilt es, *Strategien* über einen möglichen Weiterausbau des K-Netzes zu erarbeiten.

Wasser

Der Zusammenschluss der drei Riehener Wärmeverbunde bedingt den Bau einer Verbindungsleitung vom Gemeindehaus zur Wärmezentrale am Keltenweg. In Koordination mit diesen Arbeiten werden grössere *Sanierungsarbeiten an den Kanalisationsleitungen* vorgenommen.

Hydraulische Engpässe erfordern eine Erneuerung der Kanalisation im Wasserstellenweg und eine Entlastungsleitung zwischen Gerstenweg und Meierweg. Der Kanton wird in den nächsten Jahren die *Aeusserer Baselstrasse* erneuern. In Zusammenarbeit mit den anderen Werken muss die Gemeinde dort auch grössere Arbeiten an den *fast 90 Jahre alten Kanalisationsleitungen* vornehmen.

Auf den 1. Januar 2009 soll auch in Riehen eine verursachergerechte *Gebühr zur Ableitung von Schmutzwasser und Niederschlagswasser* eingeführt werden. Die Gebühren dienen der Finanzierung des Kanalisationsnetzes. Der Gemeinderat hat die neuen Einnahmen bei der Festlegung des provisorischen Steuerfusses berücksichtigt.

Abweichungen und Planänderungen: Ab 2009 werden bei Einführung der *Abwasserabgabengebühren* die Nettokosten des Produkts markant sinken.

Abfallbewirtschaftung

Im Zusammenhang mit dem neuen Abfallbewirtschaftungskonzept werden auf den 1. Juli 2009 die *Sackgebühren* angepasst. Durch die Erhöhung der Sackgebühr entstehen jedoch keine Mehreinnahmen, weil in etwa gleichem Umfang eine Verlagerung der Küchenabfälle vom Schwarzkehricht zum Grünabfall, welcher gratis abgeführt wird, stattfindet.

Abweichungen und Planänderungen: Die Umsetzung der Massnahmen im Zusammenhang mit der neuen Abfallbewirtschaftung führen zu Einsparungen, welche in etwa im Jahre 2011 abgeschlossen sein werden.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Wenn alle in dieser Produktgruppe vorgesehenen Massnahmen wie geplant greifen, werden sich die Nettokosten in der Planperiode 2009 - 2012 im Vergleich zu den Vorjahren erheblich senken.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2006 bis 2009)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
			Plan	IST	Budget	Budget
			2006	2007	2008	2009
Leistungsauftrag	27.10.05	38'277				
1,7 % Teuerung	01.01.07	514				
0,3 % Teuerung	01.01.08	67				
3,0 % Planteuerung	01.01.09	408				
bewilligter Globalkredit						
2006 bis 2009		39'266				
bisher verbraucht		-16'700	8'423	8'277		
revidierte Planung		-14'179			8'564	5'615
erwartete Abweichung						
(Unterschreitung)		8'387				

Laufender Globalkredit 2006/ 2009

(in TCHF)	Erwartete Kosten 06 bis 09	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Energie	4'704	1'422	966	1'293	1'388	1'057	1'031	1'093	965
Kommunikationsnetz	-747	-258	-251	-246	-88	-162	-160	-143	-165
Wasser	18'735	5'659	5'701	5'410	5'028	2'596	2'503	2'420	2'499
Abfallbewirtschaftung	4'991	1'139	1'231	1'054	1'418	1'288	1'165	995	999
Nettokosten der Produkte	27'683	7'962	7'647	7'511	7'746	4'779	4'539	4'365	4'298
Kosten der Stufe Produktgruppe	401	23	13	127	129	132	133	138	132
Zwischentotal	28'084	7'985	7'660	7'638	7'875	4'911	4'672	4'503	4'430
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'795	793	763	639	689	704	705	710	716
Nettokosten der Produktgruppe	30'879	8'778	8'423	8'277	8'564	5'615	5'377	5'213	5'146

10 Siedlung und Landschaft

Die anvisierten Ziele und Vorhaben in Kürze

Siedlungsentwicklung

Als Grundlage für die *Zonenplanrevision* wird 2008 und 2009 der Schwerpunkt auf die Erarbeitung der Entwicklungspläne für das *Stettenfeld*, das *Dorfzentrum*, das *Niederholz*, das *Gebiet „Lörracherstrasse“* sowie die *Zonenänderung für das Moostal* gelegt. Weiter werden mittels Bebauungsplänen für einzelne Areale massgeschneiderte Lösungen festgesetzt. Zurzeit steht ein Bebauungsplan für ein Pflegeheim und Wohnungen auf dem *Areal Niederholz am Rüchligweg / Kohlistieg* im Vordergrund. Weiter werden durch Zonenänderungen die rechtlichen Voraussetzungen für das *Naturbad* sowie für die *Zentrumsbebauung bei der S-Bahn-Haltestelle Niederholz* geschaffen.

Abweichungen und Planänderungen: Gegenüber dem Produktbudget im Globalkredit 2007-2010 sind die Nettokosten im Jahr 2009 um den beim Einwohnerrat beantragten Planungskredit für das Stettenfeld erhöht.

Grünanlagen

In den kommenden Jahren sind im teilweise überalterten Baumbestand - im Sinne eines nachhaltigen, ausgewogenen Baumbestands - vermehrte *Baumerneuerungsarbeiten* notwendig. Ebenso sind die *Baumpflegearbeiten* (Gesundheitszustand, Sicherheit) vor allem bei den Bäumen im Strassenraum zu intensivieren.

Im Rahmen der zielgerichteten Umsetzung gemäss den bestehenden Pflegekonzepten für den *Wenken-*, *Wettstein-* und *Sarasinpark* werden Erneuerungsarbeiten in verschiedenen Pflanzrabatten ausgeführt.

Abweichungen und Planänderungen: Gegenüber dem Produktbudget im Globalkredit 2007-2010 sind die Nettokosten seit 2008 als Folge der mit NOKE übernommenen *Zusatzaufgaben* entsprechend höher budgetiert.

Umwelt- und Naturschutz

Im Bereich *Umweltschutz* steht die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu praktisch allen Umweltbelangen im Vordergrund. Dazu kommt die Unterstützung kantonaler Aufgaben mit den Schwerpunkten Radon, Mobiltelefonie und Lärmschutz.

Im Bereich *Naturschutz* werden entsprechend den Konzepten von 1998 und 2006 sowie dem aktualisierten Naturinventar Riehen von 2008 deren Ziele und Massnahmen in Einzelprojekten, bei Planungsaufgaben und im Unterhaltswesen laufend umgesetzt. Das Aufgabengebiet des *Gewässerschutzes* verbindet die Hochwassersicherheit an den Fliessgewässern mit der Sicherung und Verbesserung der natürlichen Lebensräume im und am Wasser. Dies geschieht in der Wiesezebene in enger Zusammenarbeit mit kantonalen Fachstellen, beim Bettinger-, Immen- und Aubach in eigener Regie zusammen mit privaten Anstössern. An allen drei Dorfbächen werden weitere, räumlich begrenzte Projekte zur Hochwassersicherung verfolgt.

Abweichungen und Planänderungen: Gegenüber dem Produktbudget im Globalkredit 2007-2010 sind die Nettokosten seit 2007 erhöht, weil verschiedene Arbeitsleistungen der Gärtnerei korrekt dem Produkt Umwelt- und Naturschutz belastet werden.

Landwirtschaft

Die Nettokosten für den *Rebberg* konnten auf dem vom Gemeinderat geforderten Niveau gehalten werden, wobei beim Weinverkauf immer wieder marktbedingte Schwankungen auftreten. In der *Mosterei* wird geprüft, wie die Dienstleistungen mit dem Ziel der Förderung der Obstbäume und der gesunden Fruchteverwertung kostenneutral noch kundenorientierter angeboten werden können.

Während die Beitragsgesuche für die *ökologischen Leistungen in der Landwirtschaft* abnehmen, werden vermehrt Aufwendungen für neue umweltrelevante Aufgaben wie die Erosionsbekämpfung, z.B. mit der Förderung neuer Anbaumethoden, nötig.

Abweichungen und Planänderungen: Gegenüber dem Produktbudget im Globalkredit 2007-2010 sind die Nettokosten aufgrund des festgestellten Rückgangs an Beitragsgesuchen für die kommenden Jahre etwas tiefer budgetiert.

Wald

Die Stammholzerträge haben sich in den letzten Jahren erfreulich entwickelt. Die zunehmende *Nachfrage nach Hackschnitzel* als Folge der Inbetriebnahme des Holzheizkraftwerks Basel wird auch in Zukunft dafür sorgen, dass gleichzeitig mit der Nutzung anfallendes minderwertiges Holz („Koppelprodukt“ in Verbindung mit der Stammholznutzung) optimal verwertet werden kann. Ob diese erfreuliche Situation anhalten wird, ist zurzeit aber fraglich. Die Nachfrage nach Buchenholz ist u.a. durch die Betriebsaufgabe des wichtigen Abnehmers Borregaard in Attisholz in Frage gestellt. Die Ungewissheit der wirtschaftlichen Entwicklung könnte Auswirkungen auf die *Holzpreise* und damit die Erträge des Produkts haben.

Mit der Genehmigung eines neuen Reviervertrags mit der Gemeinde Bettingen kann die Kostendeckung im Zusammenhang mit der hoheitlichen Forstaufsicht im Gebiet Bettingen in Zukunft zu den effektiven Vollkosten verrechnet werden.

Abweichungen und Planänderungen: Gegenüber dem Produktbudget im Globalkredit 2007-2010 sind die Nettokosten vor allem wegen den aktuell besseren Erträgen auch für die kommenden Jahre tiefer budgetiert. Ob dies aufgrund der jüngsten Entwicklung auf dem Holzmarkt so bleibt, ist jedoch unsicher.

Die erwartete Entwicklung (bezogen auf die Produktgruppe als Ganzes)

Im bewilligten Globalkredit für die Jahre 2007-2010 waren die Auswirkungen im Zusammenhang mit NOKE auf das Produktbudget Grünanlagen nicht enthalten. Für die jährlichen Mehrkosten der Zusatzaufgaben in Höhe von rund CHF 400'000 wird dem Einwohnerrat spätestens im Herbst 2009 ein Nachkredit beantragt, soweit die Mehrkosten nicht innerhalb der Produktgruppe aufgefangen werden können.

Kostenübersicht

Übersicht laufender Leistungsauftrag (LA) mit Globalkredit

Bewilligte Nettokosten (2007 bis 2010)

Art	Datum	TCHF	Laufdauer Leistungsauftrag			
Leistungsauftrag	20.12.06	22'879	IST	Budget	Budget	Plan
0,3 % Teuerung	01.01.08	53	2007	2008	2009	2010
3,0 % Planteuerung	01.01.09	343				
bewilligter Globalkredit 2007 bis 2010		23'275				
bisher verbraucht	-5'225			5'225		
revidierte Planung	-19'270			6'292	6'693	6'285
erwartete Abweichung (Überschreitung)	-1'220					

Laufender Globalkredit 2007/ 2010

(in TCHF)	Erwartete Kosten 07 bis 10	IST 2005	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Produkte:									
Siedlungsentwicklung	3'238	964	681	622	784	1'106	726	736	741
Grünanlagen	11'256	2'177	2'634	2'370	2'838	3'011	3'037	3'048	3'076
Umweltschutz *1)		53	31						
Naturschutz und Landwirtschaft *1)		1'045	1'474						
Umwelt- und Naturschutz *2)	1'933			441	561	473	458	492	475
Landwirtschaft *2)	3'248			781	821	837	809	741	738
Wald	1'207	288	302	187	364	322	334	357	347
Nettokosten der Produkte	20'882	4'527	5'122	4'401	5'368	5'749	5'364	5'374	5'377
Kosten der Stufe Produktgruppe	867	1		172	238	240	217	217	193
Zwischentotal	21'749	4'528	5'122	4'573	5'606	5'989	5'581	5'591	5'570
Anteil an den Strukturkostenumlagen	2'746	843	793	652	686	704	704	709	715
Nettokosten der Produktgruppe	24'495	5'371	5'915	5'225	6'292	6'693	6'285	6'300	6'285

*1) Produkte LA 2003 bis 2006. Im neuen Leistungsauftrag wurde die Produktzusammensetzung geändert!

*2) Neue Produkte des Leistungsauftrags 2007 bis 2010

VII Nachweis der relevanten Veränderungen zwischen dem letzten IST-Jahr 2007 und dem Budget 2009

Nachstehend werden die wichtigsten Veränderungen vom *IST-Jahr 2007 zum Planjahr 2009* erläutert (weitere Erläuterungen zu den Produkten finden sich bei den Doppelseiten der Produktgruppen, vgl. vorne Kap. VI).

Für den Veränderungsnachweis vom IST-Jahr 2007 zum Budgetjahr 2009 ist zu bedenken, dass die Kostenentwicklung über zwei Jahre (07 zu 08 zu 09) berücksichtigt werden muss. Bei den Personalkosten beträgt dieser Teuerungsunterschied 3,3 % (vgl. auch Kapitel VIII, Ressourcen und interne Querleistungen).

- Die Mehrkosten von 240 TCHF in der *Produktgruppe Volksabstimmungen und Behördendienste* werden mehrheitlich verursacht von höheren Plan-Strukturkostenumlagen (122 TCHF). Im Produkt *Einwohnerat* zeigen sich um TCHF 66 höhere Plankosten, da im Vergleichsjahr Jahr 2007 - im langjährigen Durchschnitt - aussergewöhnlich tiefe Produktkosten zu verzeichnen waren. Ausserdem werden im Produkt *Gemeinderat* mehr Stundenleistungen der Verwaltung geplant, als im IST 2007 zu verzeichnen waren.
- In der *Produktgruppe Publikumsdienste und Aussenbeziehungen* werden im Vergleich zum IST 2007 413 TCHF Mehrkosten erwartet. Im Produkt *Einwohnerdienste* sind die höheren Kosten mehrheitlich auf den geplanten Beitrag an das Flurnamenbuch zurückzuführen. Das Produkt *Information und Marketing* wird durch eine Vielzahl von Projekten belastet. Dem Produkt *Sicherheit* werden aus Gründen der korrekten Zuordnung der Kostenverantwortlichkeit neu interne Mietkosten (108 TCHF) für Feuerwehr- und Zivilschutzräumlichkeiten belastet. Der Rest ist einerseits auf höhere Plan-Strukturkostenumlagen (113 TCHF) und andererseits auf die Tatsache zurückzuführen, dass die erwartete Überschreitung des Globalkredits 2006-2008 (90 TCHF) mit dem um 1 Jahr verlängerten Leistungsauftrag 2 - mit dem entsprechenden Ergänzungskredit - bereits in der Planung für 2009 aufgefangen worden ist.
- In der *Produktgruppe Finanzen und Steuern* ergeben sich die geplanten Mehrkosten von 92 TCHF hauptsächlich aus höheren Plan-Strukturkostenumlagen (116 TCHF) und einer veränderten Zuweisung der Produktgruppenkosten (39 TCHF) sowie aus Einsparungen im Produkt *Steuern*. Diese Einsparungen konnten aufgrund der Pensionierung des Leiters Steuern und der damit ausgelösten Änderung in der Arbeitsorganisation und in der Aufteilung der Aufgaben realisiert werden.
- Bei der *Produktgruppe Gesundheit* ist der Kostenzuwachs im Produkt *Gemeindespital* auf die Folgekosten des Investitionsbeitrags (Abschreibungen und kalkulatorischer Zins) zurückzuführen. Im Produkt *Schulzahnpflege* führt die erwartete Erhöhung des Taxpunktswerts zu den höheren Kosten und im Produkt *Betagten- und Krankenpflege* erklärt sich der Kostensprung mit den zusätzlichen NFA-Kosten von 700 TCHF für die Spitex sowie 140 TCHF für die Tagesheime für Betagte (vgl. Erläuterungen auf Seite 8). Die Mehrkosten aufgrund von höheren Plan-Strukturkostenumlagen betragen hier 150 TCHF.
- Die im Vergleich zum Jahr 2007 erhöhten Kosten (171 TCHF) in der *Produktgruppe Kultur* sind im Produkt *Bibliothek* auf geänderte interne Mieten (40 TCHF) und gestiegene Sachkosten sowie auf Gehaltsveränderungen zurückzuführen. Die restlichen Mehrkosten sind zum grössten Teil auf höhere Plan-Strukturkostenumlagen zurückzuführen.
- In der *Produktgruppe Freizeit und Sport* wird eine Gesamtverbesserung von 181 TCHF erwartet. Dies vor allem, weil im Produkt *Schwimmbad* aufgrund der Schliessung des Freibads ein Betrag von 356 TCHF eingespart wird. Andererseits sind im Produkt *Freizeitangebote* auf den Spiel- und Rastplätzen im 2009 und in den Folgejahren grössere Investitionen - mit entsprechenden Investitionsfolgekosten - zu erwarten, da sie an die geltenden Sicherheitsnormen angepasst werden müssen. Und letztlich erhöht sich auch bei dieser Produktgruppe der Anteil an den Plan-Strukturkostenumlagen (119 TCHF).

- Bei der Produktgruppe *Bildung und Soziales* (Mehrkosten von 19'188 TCHF) sind hauptsächlich die Zusatzkosten für die Übernahme der Primarschulen (17'092 TCHF) für diese Kostenentwicklung verantwortlich. Auch im Produkt *Kindergärten und Tagesbetreuung* sind hauptsächlich neue Aufgaben, die u.a. im Zusammenhang mit NOKE (vgl. Erläuterungen auf Seite 8) übernommen wurden, die Ursache. Insbesondere sind dies 200 TCHF für Heilpädagogik/Sonderschulung in Kindergärten (NOKE) und 849 TCHF für den Ausbau der Tagesstrukturen (davon 350 TCHF NOKE). Im Produkt *Musikschulen* sind die Mehrkosten die Folge des Ausbaus um 12 Lektionen; zusätzliche Beiträge für den Unterhalt und den Ersatz der Musikinstrumente und des Mobiliars sowie die gestiegene interne Miete. Im Produkt *Erwachsenenbildung und Familienförderung* ist die Kostensteigerung von TCHF 91 auf höhere Sachkosten und höhere Beiträge an Dritte zurückzuführen. Mehrkosten (164 TCHF) wegen der Umsetzung von gesetzlichen Integrationsmassnahmen müssen im *Produkt Soziale Dienste und Integration* berücksichtigt werden.

- In der *Produktgruppe Allmend und Verkehr* ist mit zusätzlichen Nettokosten von 1'216 TCHF zu rechnen. Die Mehrkosten werden mehrheitlich im Produkt *Verkehrsnetz* verursacht (1'027 TCHF), im Besonderen durch die Regenwasserableitgebühr (TCHF 350) sowie NOKE-Kosten (vgl. Erläuterungen auf Seite 8) für Reinigung und Winterdienst von Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet (TCHF 628). Im Produkt *Öffentlicher Verkehr* sind es die Investitionsfolgekosten für die beiden S-Bahnhöfe, die zu Mehrkosten von 125 TCHF führen.

- Eine Gesamtverbesserung von 2'662 TCHF wird in der *Produktgruppe Versorgung und Entsorgung* erwartet. Im Produkt *Energie* werden Kostenreduktionen hauptsächlich beim Wärmeverbund erwartet (236 TCHF). Im Produkt *Wasser* kann, sofern die neue Abwasserableitgebühr per 1.1.2009 eingeführt werden kann, mit Nettomehreinnahmen von TCHF 2'814 gerechnet werden. Im Produkt *Abfallbewirtschaftung* wird für 2009 mit einem Minderertrag aus der Kompostieranlage Maienbühl gerechnet und mit Einnahmenausfällen im 1. Halbjahr, weil Grünabfälle von Kehricht teilweise schon getrennt werden, die Gebührenerhöhung für Schwarzkehricht aber erst auf 1.7.2009 in Kraft tritt; ferner erfolgt ein Mehraufwand beim Unterhalt von Sammelstellen.

- Die Verschlechterung von 1'468 TCHF in der *Produktgruppe Siedlung und Landschaft* hat verschiedene Gründe: Die Personalaufstockung im Produkt *Siedlungsentwicklung* und somit mehr intern verrechnete Stunden, der Projektierungskredit Stettenfeld sowie Zusatzkosten für das kantonale Geoinformationssystem ergeben Mehrkosten von 484 TCHF. Der Mehraufwand im Produkt *Grünanlagen* ist auf zusätzliche NOKE-Kosten (vgl. Erläuterungen auf Seite 8) von rund TCHF 400, höhere Wasserkosten sowie mehr Nachpflanzungen von Bäumen zurückzuführen. Im Produkt *Wald* ergeben sich um TCHF 135 höhere Nettoplankosten, da im Vergleichsjahr 2007 - im langjährigen Durchschnitt - aussergewöhnlich tiefe Produktkosten zu verzeichnen waren.

Im *Bereich Neutrales* (vgl. weitere Erläuterungen im Kapitel X, ab Seite 51) erhöhen sich die *Steuererlöse* aufgrund der Aufgabenübernahmen im Zusammenhang mit NOKE/NFA um 22'240 TCHF (vgl. Erläuterungen auf Seite 8). Die *Zinskosten* werden aufgrund einer bedeutsamen Zunahme der *Plan-Verschuldung* (vgl. Kommentar auf Seite 9) um 448 TCHF zunehmen. Bei den „*Übrigen neutralen Kosten und Erlösen*“ werden Mehrkosten von 2'064 TCHF aufgrund der höheren Zahlung an den Kanton Basel-Stadt für den Lasten- und Ressourcenausgleich erwartet. Die Ertragsposition *Kalkulatorischer Zinserlös* ist auf Stufe Gesamtgemeinde erfolgsneutral, da diese Position aus dem kalkulatorischen Zins besteht, der den Kostenstellen und den Produkten auf Grund des investierten Kapitals belastet wird. Die Position „*Übriges (Periodenfremdes, Ausbuchungen etc.)*“ enthält 260 TCHF für einen Projektierungskredit für den Landgasthof und eine Plan-Rückzahlung an den Kanton im Zusammenhang mit der Primarschulübernahme von rund 600 TCHF sowie verschiedene Differenzpositionen im Vergleich zu den ausserordentlichen Buchungen des Jahres 2007.

Die *Korrekturmöglichkeit* gemäss § 52 der *Finanzhaushaltordnung* kann während einer Übergangszeit von 10 Jahren eingesetzt werden. Sie reduziert sich jährlich und endet im Jahr 2012 (vgl. Seite 8).

VIII Ressourcen und interne Querleistungen

Verwaltungsleitung

Übersicht Personalkosten

In der tabellarischen Übersicht sind der eigentliche Lohnaufwand, die Sozialleistungen und die Personalnebenkosten, gegliedert nach Abteilungen, aufgeführt. Die ergänzenden *allgemeinen Personalkosten* im zentralen Bereich *Personelles* sind als separate Zeile ausgewiesen.

<u>Übersicht nach Abteilungen</u> in T CHF	IST 2007 CHF	Budget 2008 CHF	Budget 2009 CHF	Plan 2010 CHF	Plan 2011 CHF	Plan 2012 CHF
Verwaltungsleitung	-705	-704	-823	-821	-828	-829
Publikumsdienste und Administration	-1'824	-1'750	-1'768	-1'786	-1'812	-1'831
Finanzen	-2'019	-1'908	-1'839	-1'864	-1'871	-1'871
Hochbau und Planung	-973	-1'002	-1'078	-1'049	-1'068	-1'060
Tiefbau und Verkehr	-1'486	-1'497	-1'572	-1'591	-1'599	-1'588
Werkdienste	-6'609	-7'475	-7'887	-7'864	-7'820	-7'854
Kultur, Freizeit und Sport	-2'876	-2'905	-2'889	-2'884	-2'926	-3'085
Bildung, Gesundheit und Soziales (bis 31.03.08)	-5'629	-6'245				
Bildung u Familie (ab 1.4.08)			-9'556	-17'492	-17'408	-17'427
Gesundheit und Soziales (ab 1.4.08)			-2'640	-2'599	-2'622	-2'614
Rückvergütungen Versicherungsleistungen 1*)		260	330	400	400	400
Total Verwaltung	-22'121	-23'226	-29'722	-37'550	-37'554	-37'759
Mitarbeitende Reintegration						
Direkt auf Produkte belastete Stundenlöhne/Aushilfen	-32	-25	-24	-24	-25	-25
Allgemeine Personalkosten 2*)	-1'518	-1'743	-1'950	-2'126	-2'126	-2'126
Total Personalkosten	-23'671	-24'994	-31'696	-39'700	-39'705	-39'910

1*) Im Budget pauschal eingestellt; im Ist jeweils den Abteilungen/Kostenstellen individuell gutgeschrieben.

2*) Zusatzkosten Pensionskasse, Personalgewinnung, Weiterbildung, Anlässe, Coaching, Vergünstigungen etc.

Übersicht Abteilungen 7 und 8

alte Abt. 7: Bildung, Gesundheit und Soziales (bis 31.03.08)	-5'629	-6'245				
neue Abt. 7: Bildung u Familie (ab 1.4.08)			-3'939	-4'097	-4'013	-4'086
zusätzlich in der Abt. 7: Primarschule (ab 1.8.09)			-5'617	-13'395	-13'395	-13'341
neue Abt. 8: Gesundheit und Soziales (ab 1.4.08)			-2'640	-2'599	-2'622	-2'614
Total I Abt 7 + Abt 8	-5'629	-6'245	-12'196	-20'091	-20'030	-20'041
.J. Primarschule			5'617	13'395	13'395	13'341
Total II Abt 7 + Abt 8	-5'629	-6'245	-6'579	-6'696	-6'635	-6'700

Lohnkosten

Im Vergleich zum IST 2007 ist per 2009 eine Erhöhung des Totals aller Personalkosten um 8,02 Mio. CHF zu verzeichnen. Davon sind für die *Übernahme der Primarschulen* 5,6 Mio CHF, die *Teuerung* seit 2007 781 TCHF, die Personalvorsorge des *pensionierten Personals* 765 TCHF und für allfällige Sanierungsmassnahmen der *Pensionskasse* 500 TCHF vorgesehen. Die *Überführungskosten aus der neuen Lohnordnung* wurden in der Vorlage an den Einwohnerrat für Juli - Dezember 2009 auf grob 176 TCHF geschätzt, für ein ganzes Jahr ab 2010 353 TCHF. Diese Beträge wurden in die Planung aufgenommen.

Die *übrigen Mehrkosten* im Umfang von 198 TCHF sind Lohnkosten, welche auf *organisatorische Veränderungen* zurückzuführen sind. Diese resultieren hauptsächlich in den Werkdiensten aus dem Projekt NOKE, in den Stabsstellen aufgrund der Übernahme der Primarschulen und im Bereich Bildung und Familie aus der Ausweitung des Angebots in der Tagesbetreuung.

Für das Planjahr 2009 wird mit einer geschätzten *Teuerung von 1,5 %* gerechnet, die Folgejahre wurden auf diesem Wert eingefroren. Die zukünftigen *personellen Veränderungen sowie Lohnveränderungen* aus Stufenanstiegen, Dienstjubiläen und even-

tuellen Beförderungen per 1.1.2009 - also noch nach bisherigem Besoldungsrecht - sind in den Zahlen auf dem aktuellen Kenntnisstand berücksichtigt.

Allgemeine Personalkosten

In den zentral anfallenden allgemeinen Personalkosten sind *Personalschulung*, *Personalgewinnung*, *Aus- und Weiterbildung*, *Coaching* etc. enthalten. Die entsprechenden Kosten im Zusammenhang mit der Übernahme der *Primarschulen* werden in diesem Politikplan noch nicht hier aufgeführt, sondern sind im Produkt Primarschule berücksichtigt. Die externen und internen Aus- und Weiterbildungsangebote werden weiterhin gezielt eingesetzt. Auch künftig gilt der Schulung der Führungsbeauftragten ein besonderes Augenmerk.

Am 1.1.2008 trat das *neue Pensionskassengesetz* in Kraft, das auch auf die Gemeinde Riehen als angeschlossene Institution Auswirkungen hat. Als Neuerung wird die Pensionskasse Basel Stadt (PKBS) zukünftig in einer sogenannten Planbibliothek vom „Plan Staat“ abweichende Vorsorgepläne zur Auswahl anbieten. Der Gemeinderat hat beschlossen, das Gemeindepersonal in einer *Übergangszeit von drei Jahren* weiterhin im „Plan Staat“ versichert zu lassen. In dieser Zeit werden unter Miteinbezug der Versicherten alternative Angebote sowohl der PKBS als auch von Drittanbietenden geprüft und evaluiert. Spätestens im Laufe des Jahres 2010 wird dem Einwohnerrat dazu berichtet werden können. Bis dahin können auch die finanziellen Auswirkungen des neuen Vorsorgeplans in der Praxis überprüft werden.

Nach wie vor hat die angeschlossene Institution die vollen versicherungstechnischen Kosten ihres Vorsorgewerks jährlich zu finanzieren. Durch höhere Beteiligung der Arbeitnehmenden auf der Beitragsseite einerseits und durch Leistungseinschränkungen andererseits *reduzieren sich die verbleibenden Kosten für den Arbeitgeber*. Allerdings zeichnet sich ein neuer Kostenblock ab: Als Folge der weltweiten *Finanzkrise* liegen die Vermögenserträge der Pensionskasse gegenwärtig weit unter den Planwerten. Somit besteht zurzeit eine erhebliche Unterdeckung und es muss ab 2009 mit entsprechenden *Sanierungsmassnahmen* gerechnet werden.

In den allgemeinen Personalkosten enthaltene Kosten für die Pensionskasse	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010 ff
in T CHF					
Massgebende Teuerung (Plan/Ist)	1,2%	0.40%	B=0,5% I=1,8%	1,5%	
Kosten versicherungstechnisches Defizit aktiv versichertes Personal bzw. erhöhter AG-Beitrag ¹⁾	970	437	540	150	150
Einkauf Pensionierte (Teuerung auf lfd. Renten) 2008 Ist: 870'060	557	183	400	765	765
Äufnung Reserven für Wechsel Rechnungsgrundlagen ²⁾	360	265	0	0	0
einmalige Umstellungskost. neues PK-Gesetz ³⁾ 2008 IST: 347'577			440	0	0
Total I	1'887	885	1'380	915	915
Allfällige PK-Sanierungsmassnahmen (Der Betrag ist eine Schätzung)				500	500
Total (inkl. allfälliger Sanierungsmassnahmen)	1'887	885	1'380	1'415	1'415

¹⁾ Durch die höhere Beteiligung der Arbeitnehmenden und durch gleichzeitigen Abbau von Vorsorgeleistungen ist insgesamt eine spürbare Entlastung des Arbeitgebers zu verzeichnen (siehe Planjahre 2009 und 2010 im Vergleich zu Ist-Zahlen 2006 und 2007). Allerdings könnten vor allem in den ersten Jahren wegen der vergünstigten frühzeitigen Pensionierung für die „Übergangsgeneration“ überdurchschnittliche Kosten anfallen, was zu noch nicht berücksichtigten Nachbelastungen führen könnte.

²⁾ Mit Inkrafttreten des neuen PK-Gesetzes ab 1.1.2008 wird dieser Betrag dem individuellen Vermögenskonto des Vorsorgewerks „Gemeinde Riehen“ belastet; somit entfällt die Fakturierung dieser Kosten ab 2008.

³⁾ Gemäss neuem PK-Gesetz fallen für die Überführung aus dem alten ins neue PK-Gesetz per 1.1.2008 einmalige Überführungskosten für Besitzstand, Übertritts- und Einkaufskosten an, die der angeschlossenen Institution in Rechnung gestellt werden.

Laufende Projekte im Personalbereich

Im 2009 stehen die Umsetzungsarbeiten zur *neuen Lohnordnung* und zur *Übernahme der Primarschulen* im Vordergrund.

Der Integration von Jugendlichen in die Arbeitswelt kommt nach wie vor eine hohe Bedeutung zu. Die Möglichkeiten zur *Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen* (Lehrstellen, Praktika etc.) in verschiedenen Bereichen der Verwaltung werden weiterhin laufend geprüft. Dabei wird darauf geachtet, den Jugendlichen einerseits eine qualitativ hoch stehende Ausbildung zu ermöglichen. Andererseits will die Gemeindeverwaltung bewusst auch Attestausbildungen für schwächere Schülerinnen und Schüler anbieten.

Im Rahmen der Bestrebungen im Bereich *Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz* werden auf Basis des Leitbilds für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in der Gemeindeverwaltung Riehn strukturiert und gezielt weitere Massnahmen realisiert werden.

Controllerdienst

Während des Planungshorizonts 2009 - 2012 gilt es, die in den letzten Jahren realisierten Optimierungen, welche bei den Planungs- und Jahresabschlussprozessen sowie im Bereich der Leistungs- und Kostenrechnung vorgenommen wurden, zu festigen und weitere Verbesserungen zu realisieren. Dabei wird das bereits erprobte *Auswertungs- und Informationstool* (MIS) sehr nützlich sein.

Ab 2009 wird der Controllerdienst um 30 Stellenprozente aufgestockt. Diese Erhöhung ist kostenneutral, da die zusätzliche Person von der Finanzabteilung in den Controllerdienst wechselt; in der Finanzabteilung werden die Stellenprozente entsprechend reduziert.

Rechtsdienst

Die Übernahme der Primarschulen und die neue Lohnordnung werden auch noch im 2009 den Rechtsdienst in hohem Mass beanspruchen. Gemäss Leistungsauftrag der Produktgruppe 1 sollen zudem Gemeindeordnung, Finanzhaushaltordnung und Geschäftsordnung des Einwohnerrats systematisch auf Revisionsbedarf überprüft werden; 2008 konnte diese Aufgabe noch nicht in Angriff genommen werden. Im gleichen Arbeitsgang sollen in der Gemeindeordnung jene Anpassungen vorgenommen werden, die sich aus den per 1. Januar 2008 mit NOKE rechtswirksam gewordenen Änderungen des Kantonalen Gemeindegesetzes ergeben. Weiterer Anpassungsbedarf an übergeordnetes Recht (EU-Recht und kantonales Recht) besteht im Bereich des Datenschutzes und des Öffentlichkeitsprinzips; diese Arbeiten haben sich auf kantonaler Ebene verzögert.

Publikumsdienste und Administration

Es stehen keine personellen Wechsel an. Genau wird zu beobachten sein, wie es den Weibeldiensten gelingen wird, ihre stetig wachsende Aufgabenfülle bei gleichzeitiger Anpassung ihrer Jahresarbeitszeit auf ein normales Pensum gemäss neuer Lohnordnung zu bewältigen.

Finanzen

Die personellen und organisatorischen Veränderungen in der Abteilung Finanzen nehmen ihren Fortgang. Mit der Umstrukturierung von Arbeitsabläufen im Bereich EDV und Rechnungswesen können 80 Stellenprozente eingespart werden.

Hochbau und Planung

Per 1. Februar 2009 wird der langjährige Abteilungsleiter Hochbau und Planung pensioniert. Zum Nachfolger wurde der bisherige Ortsplaner bestimmt; er tritt die neue Funktion per 1. Januar 2009 an. Mit der Anstellung einer neuen Ortsplanerin per 1. September 2008 wird der Fachbereich Ortsplanung um 40 auf 240 Stellenprozente verstärkt. Die Leitung des Fachbereichs Hochbau wird künftig durch eine Teilzeitstelle von 60 % abgedeckt.

Tiefbau und Verkehr

Für das Jahr 2009 stehen keine grösseren organisatorischen oder personellen Veränderungen an.

Werkdienste

Die im Rahmen des *Projekts NOKE* (Reinigung und Winterdienst der Kantonsstrassen sowie gärtnerische Pflege der kantonalen Grünanlagen) erforderlichen personellen und organisatorischen Dispositionen haben sich soweit bewährt. Nach

fast einjähriger Erfahrung kann mit Befriedigung festgestellt werden, dass mit dem bewusst knapp bemessenen Ressourcenausbau die zusätzlichen Aufgaben bewältigt werden können. Für das Budgetjahr 2009 und auch für die folgenden Planjahre sind *keine Erweiterungen im Stellenplan der Werkdienste* vorgesehen.

Für den Fahrzeug- und Maschinenpark der Werkdienste sind in den Planjahren keine Neuinvestitionen notwendig. Dagegen sind zeitlich gestaffelte *Ersatzanschaffungen* vorgesehen (vgl. dazu im Einzelnen die Investitionsliste im Kap. IX, Seite 40ff). Für eine wirtschaftliche, fach- und fristgerechte Leistungserbringung ist es unumgänglich, dem Personal effiziente, funktionstüchtige Fahrzeuge, Maschinen und Geräte zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Ersatzanschaffung zum richtigen Zeitpunkt zu tätigen. Nebst der praktischen Eignung wird bei der Evaluation neuer Fahrzeuge aber auch der Umweltverträglichkeit die nötige Beachtung beigemessen.

Kultur, Freizeit und Sport

Die grosse Abteilung erwartet im nächsten Jahr nur wenige personelle Veränderungen. Lediglich im Freizeitzentrum Landauer wird eine Stelle neu zu besetzen sein. Da auch kein Ausbau von Stellen geplant ist, bleiben die Personalkosten somit stabil.

Bildung und Familie

Im Zusammenhang mit der Projektbearbeitung für die Übernahme der Primarschulen wurde die *bisherige Abteilung Gesundheit, Bildung und Soziales* bereits im Jahr 2008 aufgeteilt in die Abteilungen Bildung und Familie sowie Gesundheit und Soziales.

In Vorbereitung steht zudem eine Anpassung der Produktgruppen an die veränderten Aufgaben (Änderung des Produktrahmens per 2010). Es wird zu prüfen sein, ob diese Veränderung auch Auswirkungen auf die Abteilungsstrukturen haben wird.

2009 wird das Teilzeitpensum der Vermittlungsstelle für Tagesbetreuung angesichts der hohen Nachfrage etwas aufgestockt.

Gesundheit und Soziales

Nach personellen Veränderungen im Zusammenhang mit der Abteilungsteilung wurde die Organisation der *Ergänzungsleistungen und Beihilfen* optimiert, indem per September 2008 eine Teamleitungsstelle geschaffen wurde. Diese Veränderung erfolgte ohne Personalaufstockung und führt nur aufgrund der höheren Einstufung der Teamleitungsstelle zu etwas höheren Personalkosten.

Im *Reintegrationsprogramm* wird 2009 im Zusammenhang mit der Pensionierung des Leiters eine andere Verteilung der vorhandenen Stellenprozente vorgenommen.

Ergänzende Informationen

Die seit mehreren Jahren verfolgte Strategie, den Personalbestand der festen Arbeitsplätze auf die „Grundlast“ auszurichten und Arbeitsspitzen durch Arbeitsvergaben an Dritte oder nach Möglichkeit mit Mitarbeitenden aus dem Reintegrationsprogramm abzudecken, soll auch in den nächsten Jahren weitergeführt werden. Bei Personalabgängen wird unter diesem Aspekt jeweils geprüft, ob durch strukturelle oder organisatorische Massnahmen auf eine Wiederbesetzung der betreffenden Stelle ganz oder teilweise verzichtet werden kann.

Strukturkosten-Umlagen der Gemeinde

Die *Plan-Strukturkostenumlagen* erhöhen sich im Planjahr 2009 im Vergleich zum IST-Jahr 2007 um 960 TCHF. Diese Erhöhung wird hauptsächlich verursacht durch höhere Plankosten in den allgemeinen Personalkosten (zusätzliche Kosten für allfällige Sanierungsmassnahmen der *Pensionskasse* von TCHF 500 sowie zusätzliche *Überführungskosten der neuen Lohnordnung* von TCHF 180). Da die Strukturkosten zu einem erheblichen Anteil aus Personalkosten bestehen, wirkt sich auch die *Teuerung* von zwei Jahren (07 zu 08 zu 09) mit gesamt 3,3 % (zirka 140 TCHF) aus. Ebenso mussten in allen Verwaltungsteilen höhere *Energiepreise* geplant werden.

IX. Planinvestitionsrechnung und Liste der Verpflichtungskredite und Anlagen

a) Planinvestitionsrechnung

in T CHF	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Geplante Investitionen (Verwaltungsvermögen)					
Plan-Einnahmen					
<u>Abgang von Sachgütern (Verkauf)</u>					
Total Plan-Einnahmen	0	0	0	0	0
Plan-Ausgaben					
<u>Zugang von Sachgütern</u>					
Tiefbauten	10'487	8'252	8'970	10'480	6'880
Hochbauten	1'855	1'696	3'200	3'490	1'160
Mobilien, Masch., Fahrz., Einricht., EDV	1'602	2'273	818	834	145
<u>Investitionsbeiträge/-Darlehen</u>					
Invest-Beiträge (Spital Riehen)	0	1'200	2'500	3'100	4'700
Invest-Darlehen (Wärmeverbund Plus)	1'000	2'000	6'000	7'000	1'000
Total Plan-Ausgaben	14'944	15'421	21'488	24'904	13'885
Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	14'944	15'421	21'488	24'904	13'885
Geplante Anlagen (Finanzvermögen)					
Plan-Ausgaben					
<u>Zugang von Sachgütern</u>					
Hochbauten	2'140	1'864	8'410	770	2'240
Nettoanlagen Finanzvermögen	2'140	1'864	8'410	770	2'240
Gesamtübersicht Investitionen und Anlagen					
Total Nettoinvestitionen	14'944	15'421	21'488	24'904	13'885
Total Nettoanlagen	2'140	1'864	8'410	770	2'240
Total Investitionen und Anlagen	17'084	17'285	29'898	25'674	16'125
10% Pauschalkorrektur Politikplan	-1'508	-1'729	-2'990	-2'567	-1'613
Total (*1)	15'576	15'556	26'908	23'107	14'512
Investitionen und Anlagen	15'576	15'556	26'908	23'107	14'512

*1 Übertrag auf Seite 10; Finanzwirtschaftliche Eckdaten

b) Liste der Verpflichtungskredite und Anlagen

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt		Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnergerrat	Bewilligt J/N	Instanzstellungs- rückstellung (ISR) zu Lasten	Art	Aufteilung Vorlage	Gesamtbetrag		Investition Vorperioden		PoIP 2009/12			
Produkt od. Revs. + Abt.	Je Objekt netto TCHF						getätigte bis Ende 2007 T CHF	Budget 2008 T CHF	P 2009 T CHF	P 2010 T CHF	P 2011 T CHF	P 2012 T CHF		
1	2		3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Verwaltungsvermögen														
2.3	Gemeindekunde, Gemeindemarketing		J		Neu	Publ.dienste	8	450		80	250	120		
4.1	Investitionsbeitrag Spital Riehen				Neu	Invest.-Beitrag		11'500			1'200	2'500	3'100	4'700
5.4	Bibliothek Teilersatz Informatik				Ersatz	Informatik		50					50	
6.2	Anpassung Spielplätze an Sicherheitsnormen				Ersatz	Anlagen		1'000			333	333	334	
6.2	Freizeitzentrum, Ersatz Holzrindenplatz (Fussball)				Ersatz	Tiefbau		100		135			100	
6.2	Freizeitzentrum Landauer, Totalsanierung Bach				Ersatz	Tiefbau		150					150	
6.2	Freizeitzentrum Umnutzung Bezirksmagazin zu Jugendtreff, Umn. bish. Jtr.				Neu	Hochbau		400				300	100	
6.2	Freizeitzentrum Landauer, Ersatz Eisenbahnschwellen				Ersatz	Anlagen		60		60				
6.3	Schwimmbad Abbruch				Neu	Hochbau		270		270				
6.3	Naturbad, Bruttobetrag OHNE Reduktion um 2.5 Mio				Neu	Hochbau		6'420		400	500	1'500	3'100	920
9.3	Aeusserer Basistrasse, Erneuerung Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		5'700				1'900	1'900	1'900
8.1	Bahnhofstrasse, Erneuerung Strasse				Ersatz	Tiefbau		3'300		500	1'000	1'500	800	
9.3	Bahnhofstrasse, Erneuerung Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		440			220	220		
J	8.1 Bäumlihofstrasse Erneuerung Strasse Vorlage 06-10.038		J		Ersatz	Tiefbau	4	1'100	117	1'100	0			
8.1	Burgstrasse, Erneuerung Strasse				Ersatz	Tiefbau		2'200		600	1'500	700		
9.3	Burgstrasse, Erneuerung Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		850			400	450		
8.1	Essigstrasse Erneuerung Strasse				Ersatz	Tiefbau		100			100			
8.1	Fürfelderstrasse, Erneuerung Strasse				Ersatz	Tiefbau		650		450		650		
9.3	Fürfelderstrasse, Erneuerung Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		575		111		575		
9.3	Grenzacherstrasse, Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		100			100			
8.1	Gstaltenrainweg, Erneuerung Strasse				Ersatz	Tiefbau		450			225	225		
9.3	Gstaltenrainweg, Erneuerung Kanalisation				Ersatz	Tiefbau		75				75		

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt	Produkt-Gr./ Reiss. + Abt. Produkt od.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	PoIP 2009/12			
												P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat															
bewilligt J/N															
zu Lasten Instandsetzungs- rückstellung (ISR)															
Art															
Aufteilung Vorlage															
Gesamtbetrag															
je Objekt															
netto															
TCHF															
Investition Vorperioden															
getätigte bis Ende 2007												T CHF			
Budget 2008												T CHF			

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt		Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat	1		2		3		4		5		6		7		8		9		10		PoIP 2009/12						
Produkt-Gr./ Reess. + bbl.	Produkt od. Reess. + bbl.		bewilligt J/N	zu Lasten Instandsetzungs- rückstellung (ISR)	Art	Aufteilung Vorlage	Gesamtbetrag Je Objekt netto TCHF	Investition Vorperioden		P 2009 T CHF	P 2010 T CHF	P 2011 T CHF	P 2012 T CHF																
								getätigte bis Ende 2007 T CHF	Budget 2008 T CHF																				
8.2	Regio-S-Bahn, Station Niederholz Vorlage 848		J		Neu	Tiefbau	5	2'050	285	1'550	700																		
8.2	Regio-S-Bahn, Bahnhof Dorf (Umbau) Vorlage 848		J		Neu	Tiefbau	5	1'756	1'456	300	150																		
8.2	Regio-S-Bahn, Bahnhof Dorf (Wartekabinen)				Neu	Tiefbau		150			50																		
8.3	Velounterstände				Neu	Tiefbau		100			50																		
8.3	Parkraumbewirtschaftung				Neu	Tiefbau		270		85	270																		
9.1	WVR Hausanschlüsse / Einzelprojekte				Ersatz	Tiefbau		Einzelprojekte			150																		
9.1	WVR Leitungsnetz/Neuanschlüsse		J		Neu	Tiefbau	6	990	1'095	250	150	0																	
9.2	K-Netz Burgstrasse Erneuerung				Ersatz	Tiefbau		50			25	25																	
9.2	K-Netz Hausanschlüsse				Neu	Tiefbau		Einzelprojekte		50	30	30																	
9.2	K-Netz Ersatzinvestitionen				Ersatz	Tiefbau		Einzelprojekte																					
9.3	Neue WC-Anlage im Sarasinpark				Neu	Hochbau		195		195																			
10.5	Fahrzeug, Forstfahrzeug		J		Ersatz	Fahrzeug	9	390		390	390																		
R1	Einrichtung, Techn. Ausstattung ER-Saal				Neu	Einrichtung		30			30																		
R1	Einrichtung, Techn. Ausstattung Gemeindehaus, Eingangshalle				Neu	Einrichtung		20			20																		
R2	Informatik, Dokumentenmanagementsystem/EA 00				Neu	Informatik		150		100	100	50																	
R2	Informatik, Geoinformationssystem Basel-Stadt, Anteil Hochbau				Neu	Hochbau		50		50																			
R2	Informatik, Geoinformationssystem Basel-Stadt, Anteil Tiefbau				Neu	Tiefbau		50		50																			
R2	Informatik, LAN-Verkabelung				Ersatz	Informatik		120																					
R2	Informatik, Server Abacus				Ersatz	Informatik		200			100	100																	
R2	Informatik, Server Netzwerk				Ersatz	Informatik		150		150																			
R2	Liegensch. VV, Baselstr. 30, Lüscherhaus			ISR	Ersatz	Hochbau		60			20	10	20																
R2	Liegensch. VV, Baselstr. 34, Dorfmuseum			ISR	Ersatz	Hochbau		60			15	15	20																

a) Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt		bewilligt J/N		Art		Aufteilung Vorlage		Gesamtbetrag		Investition		PoIP 2009/12				
Produkt-Gr./ Ress.+Abt.	Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat	3	4	zu Lasten Instandsetzungs- rückstellung (ISR)	5	6	7	8	je Objekt netto TCHF	Vorperioden		P 2009	P 2010	P 2011	P 2012	
										getätigte bis Ende 2007 T CHF	Budget 2008 T CHF					T CHF
1	2										9	10	11	12	13	14

R2	Liegensch. VV, Baselstr. 43, alte Kanzlei			ISR	Ersatz	Hochbau		20					10			10
R2	Liegensch. VV, Baselstr. 71, Ökonomie Berower			ISR	Ersatz	Hochbau		40					30		10	
R2	Liegensch. VV, Baselstr. 77, Berower			ISR	Ersatz	Hochbau		20							20	
R2	Liegensch. VV, Blutrainweg 10, Sanierung Küche/Bad			ISR	Ersatz	Hochbau		80						80		
R2	Liegensch. VV, Blutrainweg 10/12, Landauer, Wohnhaus			ISR	Ersatz	Hochbau		195		50			60	105	20	10
R2	Liegensch. VV, Blutrainweg 20, Magazin/WC			ISR	Ersatz	Hochbau		10							10	
R2	Liegensch. VV, Gemeindehaus, Einbau Café	J			Neu	Hochbau		366	166	200						
R2	Liegensch. VV, Gemeindehaus, wärmetechnische Sanierung			ISR	Ersatz	Hochbau		1'150					150	1'000		
R2	Liegensch. VV, Grendelgasse 19/21, Sportplatz, Wohnhaus			ISR	Ersatz	Hochbau		90					30	20	20	20
R2	Liegensch. VV, Grendelgasse 21, Sanierung Bäder			ISR	Ersatz	Hochbau		180		180						
R2	Liegensch. VV, Haselrain 65, Werkhof, Sanierung Personen- Warenlift			ISR	Ersatz	Hochbau		195					195			
R2	Liegensch. VV, Haselrain 65, Werkhof			ISR	Ersatz	Hochbau		80					20	30	10	20
R2	Liegensch. VV, Haselrain 65, Werkhof, Sanierung Erdanker u.a			ISR	Ersatz	Hochbau		300					300			
R2	Liegensch. VV, Helfring, Reithalle			ISR	Ersatz	Hochbau		60					10	20	20	10
R2	Liegensch. VV, in den Neumatten 36, Tagesheim			ISR	Ersatz	Hochbau		50					10	10	20	10
R2	Liegensch. VV, Kindergärten			ISR	Ersatz	Hochbau		66					16	10	30	10
R2	Liegensch. VV, Kirchstrasse 21, Wohnhaus, Atelier			ISR	Ersatz	Hochbau		10							10	
R2	Liegensch. VV, Malenbühlsträsschen 31, Bauernhof			ISR	Ersatz	Hochbau		10						10		
R2	Liegensch. VV, Rössligasse 51, Musikschule			ISR	Ersatz	Hochbau		60					10	20	10	20
R2	Liegensch. VV, Rössligasse 51, Orangerie			ISR	Ersatz	Hochbau		40					20			20
R2	Liegensch. VV, Rössligasse 55-59-63, Oekonomiegebäude			ISR	Ersatz	Hochbau		40					20			20
R2	Liegensch. VV, Wettsteinstr. 1, Gemeindehaus; div. Umbauten			ISR	Ersatz	Hochbau		310					100	70	70	70

a) Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt	Produkt-Gr./ Produkt od. Ress. +Abl.	Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat	bewilligt J/N	Instandsetzungs- rückstellung (ISR) zu Lasten	Art	Aufteilung Vorlage	Gesamtbetrag je Objekt netto TCHF	Investition Vorperioden		PoIP 2009/12			
								geläufige bis Ende 2007	Budget 2008	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
								T CHF	T CHF	T CHF	T CHF	T CHF	T CHF
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
a) Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)													
R2				Neu	Hochbau		180		180	180			
R2			ISR	Ersatz	Hochbau		Einzelprojekte		260				
R5				Ersatz	Fahrzeug		140				140		
R6				Ersatz	Fahrzeug		100			100			
R6				Ersatz	Fahrzeug		90		90				
R5				Ersatz	Fahrzeug		120			120			
R5				Ersatz	Fahrzeug		50		50				
R5				Ersatz	Fahrzeug		100					100	
R5				Ersatz	Fahrzeug		100					100	
R5				Ersatz	Fahrzeug		170					170	
R5				Neu	Fahrzeug		32		32				
R5				Neu	Fahrzeug		25		25				
R5				Ersatz	Fahrzeug		140						
R5				Ersatz	Fahrzeug		380		380	380			
R5				Ersatz	Fahrzeug		40				40		
R5				Ersatz	Fahrzeug		70			70			
R5				Ersatz	Fahrzeug		65		65				
R1				Ersatz	Fahrzeug		45						45
R8				Ersatz	Fahrzeug		50			50			
R5				Ersatz	Fahrzeug		180		180				
R5				Ersatz	Fahrzeug		190			190			
R6				Ersatz	Fahrzeug		35				35		

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt		1	2	3	4	5	6	7	8	Investition Vorperioden		PoIP 2009/12			
Produkt od. Ress. + Abt.	Produkt-Gr./									getätigte	Budget	P 2009	P 2010	P 2011	P 2012
										bis Ende 2007 T CHF	2008 T CHF	T CHF	T CHF	T CHF	T CHF
Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat															
bewilligt J/N															
Instandsetzungs- rückstellung (ISR)															
Art															
Aufteilung Vorlage															
Gesamtbetrag je Objekt netto TCHF															

a) Verwaltungsvermögen (Fortsetzung)

Verwaltungsvermögen, im Politikplan noch nicht berücksichtigte Projekte

8.1	Auhaldenweg, Erstellung Strasse	(hängiges Rekursverfahren vor Bundesgericht)		60										
9.3	Auhaldenweg, Neuerstellung Kanalisation	(hängiges Rekursverfahren vor Bundesgericht)												
8.1	Meierweg, Erneuerung Strasse	Überprüfung nach Rückweisung der Vorlage durch Einwohnerrat		8										
9.3	Meierweg, Neuerstellung Kanalisation	Überprüfung nach Rückweisung der Vorlage durch Einwohnerrat		344										
Total geplante Ersatzinvestitionen Verwaltungsvermögen (ohne ISR)														
					ISR						8'915	9'268	11'284	6'995
Ersatzinvestitionen Instandsetzungsarbeiten in Liegensch. VV														
Total geplante Neuinvestitionen und Investitionsdarlehen Verwaltungsvermögen														
Total Investitionen Verwaltungsvermögen														
											15'421	21'488	24'904	13'885

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt	Produkt-Gr./ Ress. + Abt.	Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat	bewilligt J/N	zu Lasten Instandsetzungs- rückstellung (ISR)	Art	Aufteilung Vorlage	Gesamtbetrag je Objekt netto TCHF	Investition Vorperioden		PoIP 2009/12			
								getätigte bis Ende 2007 T CHF	Budget 2008 T CHF	P 2009 T CHF	P 2010 T CHF	P 2011 T CHF	P 2012 T CHF
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
3.3	Liegensch. FV, Bahnhofstrasse 28, Rest. Zum Schlipf		ISR	Ersatz	Hochbau		110			30	20	40	20
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 38/44, Landgasthof+Residenz		ISR	Ersatz	Hochbau		50			10	10	20	10
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 38, Landgasthof Umb. Rest. (wertvermehrend)			Neu	Hochbau	1	1'500			300	1'200		
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 38, Landgasthof Umb. Rest. (wertvermehrend)		ISR	Ersatz	Hochbau	1	2'000				2'000		
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 38, Landgasthof Umb. Rest. (Einmalabschreibung)			Neu	Hochbau	1	2'800				2'800		
3.3	Liegensch. FV, Baselstrasse 38, Erneuerung Dorfsaal		ISR	Ersatz	Hochbau		700				100	100	500
3.3	Liegensch. FV, Baselstrasse 38, Erneuerung Dorfsaal				Hochbau		200		200				
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 44, Bürogebäude		ISR	Ersatz	Hochbau		25			15			10
3.3	Liegensch. FV, Baselstr. 45, Wohnhaus Ochsen		ISR	Ersatz	Hochbau		20						20
3.3	Liegensch. FV, Brunnenrain 4/Lörr.86/88, Wohnhaus		ISR	Ersatz	Hochbau		8			8			
3.3	Liegensch. FV, Entnahmen aus der ISR - diverse kleinere Projekte		ISR	Ersatz	Hochbau		Einzelprojekte		70				
3.3	Liegensch. FV, Hirtenweg 16-28		ISR	Ersatz	Hochbau		55			55			
3.3	Liegensch. FV, Oberdorfstr. 21/25		ISR	Ersatz	Hochbau		60			20	10	20	10
3.3	Liegensch. FV, Oberdorfstr. 21: je zwei 3-Zwo (Umbau)		ISR	Ersatz	Hochbau		280		70	70	70	70	70
3.3	Liegensch. FV, Oberdorfstr. 21: Etappe 1 Küchen/Bäder (Umbau)		ISR	Ersatz	Hochbau		1'100						1'100
3.3	Liegensch. FV, Oberdorfstr. 25: Küchen/Bäder (Umbau)		ISR	Ersatz	Hochbau		1'300		1'300				
3.3	Liegensch. FV, Rainallee 43/45, Wohnhaus		ISR	Ersatz	Hochbau		11			11			
3.3	Liegensch. FV, Rainallee 43/45, Flachdach Autoeinstellhalle (Sanlierung)			Ersatz	Hochbau		820			820			
3.3	Liegensch. FV, Rainallee 43/45: Küchen/Bäder (wertvermehrend)			Neu	Hochbau	2	400				400		
3.3	Liegensch. FV, Rainallee 43/45: Küchen/Bäder (Fenstererhalt.)		ISR	Ersatz	Hochbau	2	1'000				1'000		
3.3	Liegensch. FV, Rössligasse 32, Fensterersatz		ISR	Ersatz	Hochbau		250				250		
3.3	Liegensch. FV, Rössligasse 32, Wohnhaus		ISR	Ersatz	Hochbau		5			5			

b) Finanzvermögen

48

Verpflichtungskredite (Verwaltungsvermögen) und Anlagen (Finanzvermögen)

Objekt		Zuständigkeit: bis TCHF 200 = Gemeinderat / über TCHF 200 = Einwohnerrat	bewilligt J/N	Instandsetzungs- rückstellung (ISR)	Art	Aufteilung Vorlage	Gesamtbetrag je Objekt netto TCHF	Investition Vorperioden		PoIP 2009/12				
								getätigte bis Ende 2007 T CHF	Budget 2008 T CHF	P 2009 T CHF	P 2010 T CHF	P 2011 T CHF	P 2012 T CHF	
1	2		3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Total Verwaltungsvermögen														
a. Total geplante Ersatz-Investitionen Verwaltungsvermögen (ohne ISR)														
b. Ersatz-Investitionen Instandsetzungsarbeiten in Liegensch. VV														
c. Total geplante Neu-Investitionen Verwaltungsvermögen														
D. Total Investitionen Verwaltungsvermögen														
Total Finanzvermögen														
e. Total geplante Ersatz-Anlagen Finanzvermögen (ohne ISR)														
f. Ersatz von Anlagen (Instandsetzungsarbeiten in Liegensch. des FV)														
g. Total geplante Neu-Anlagen Finanzvermögen														
H. Total geplante Anlagen Finanzvermögen														
Gesamtübersicht Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen														
I. Total geplante ERSATZ-Investitionen und Ersatz von Anlagen (a+b+e+f)														
J. Total geplante NEU-Investitionen / Neu-Anlagen (c+g)														
K. GESAMT-Total Investitionen und Anlagen vor Pauschalkorrektur (I+J)														
L. 10% Pauschalkorrektur für nicht realisierte Projekte														
M. Gesamt-Total der Planinvestitionen und Plananlagen für die Planperiode 2009 bis 2012 (K-L)														

c) Liste der genehmigten Investitionen und Anlagen

Objekt		Art	vgl. Verpfl.- Kredite Spalte 7	Genehmigung			Projektstand		
				Wer	Datum	Vorlage-Nr.	Gesamt betrag netto CHF	Total getätigt bis Ende 2007 T CHF	Restkredit T CHF
Produkt-Gr./Produkt od. Ress		Neu/Ersatz							
2.2	Gemeindekunde, Neukonzeption	Neu	8	ER	28.11.07	06-10.069	442'000	0	0
8.1	Sandreutenweg	Ersatz	4	ER	02.10.07	06-10.038	1'324'000	32'059.95	1'291'940
8.1	Kornfeldstrasse (Tiefweg-Lachenweg)	Ersatz	4	ER	02.10.07	06-10.038	1'303'000	39'699.95	1'263'300
8.1	Bäumlihofstrasse, Str./OeB/Kanalisation	Ersatz	4	ER	04.09.07	06-10.038	1'737'000	116'630.85	1'620'369
8.1	Wasserstelzenweg Erneuerung Strasse	Ersatz	7	ER	24.09.08	06-10.111	845'000	0	845'000
9.1	Wasserstelzenweg Neuerstellung/Erneuerung Kanalisation	Neu/Ersatz	7	ER	24.09.08	06-10.111	1'513'000	0	1'513'000
8.2	S-Bahn-Haltestelle Niederholz	Neu	5	ER	04.04.06	848	4'927'000	285'024.95	4'641'975
8.2	S-Bahn Bahnhof Riehen Dorf	Neu	5	ER	29.03.06	848	1'663'000	1'456'485.70	206'514
9.1	WVR, Leitungsnetz/Neuanschlüsse	Neu	6	ER	24.03.04	818	1'475'000	1'095'011.05	379'989
10.5	Ersatz eines Rückefahrzeugs für den Forstbetrieb	Ersatz	9	ER	27.08.08	06-10.101.1	390'000	0	0

X Neutrale Erlöse und Kosten sowie Steuerfuss

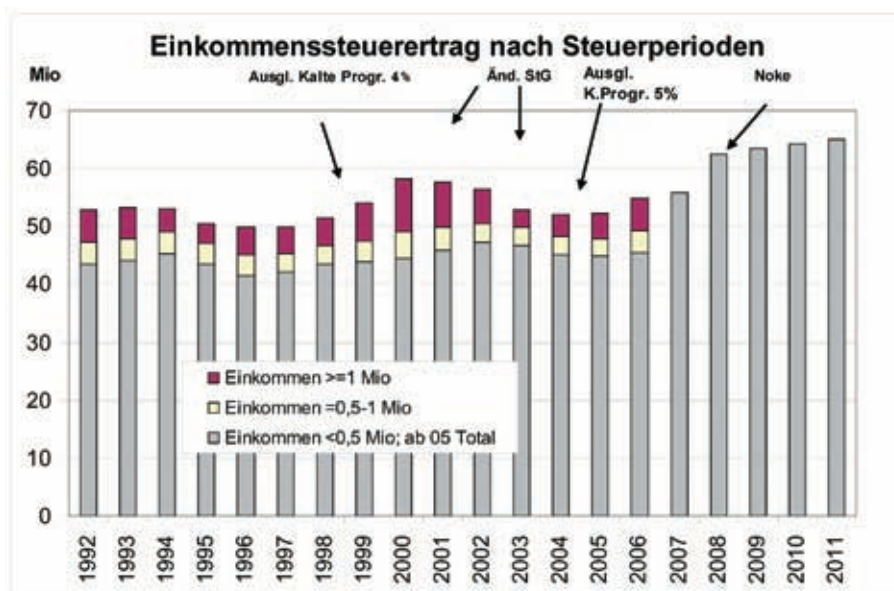
Steuerfuss, Steuern

Gestützt auf eine Ermächtigung des Einwohnerrats hat der Gemeinderat den Steuerfuss für die Einkommenssteuer der Steuerperiode 2008 provisorisch auf 38.4% der vollen Kantonssteuer festgelegt. Bei der mit NOKE neu der Gemeinde zukommenden Vermögenssteuer hat der Gemeinderat für die Steuerperiode 2008 einen provisorischen Steuerfuss von 45% festgelegt. Für die weiteren Planperioden 2009 ff. werden diese Steuerfüsse fortgeschrieben. Bei der Festlegung des provisorischen Steuerfusses wurden die Neuerungen, welche durch NOKE und durch das Steuersenkungspakets des Kantons erfolgten, berücksichtigt. Ebenfalls eingerechnet wurde die per 2009 geplant Einführung einer Abwasserableitungsgebühr.

Der neue Steuerfuss führt für die Einwohnerinnen und Einwohner Riehens zu einer Gesamtbelastung von 93.4% der (reduzierten) Kantonssteuer, gegenüber einer Gesamtbelastung von 92.4% vor dem Steuersenkungspaket. Trotz einer Erhöhung des Steuerfusses um 1% profitieren auch die Riehener Steuerpflichtigen von der Steuersenkung. Gleichzeitig kann die Finanzierung der vielfältigen Dienstleistungen der Gemeinde für die Bevölkerung Riehens gewährleistet werden.

Den definitiven Steuerfuss 2008 hat nun der Einwohnerrat im Rahmen der Genehmigung des Politikplans festzulegen. Gleichzeitig hat er dieses Jahr aufgrund der am 27. August 2008 beschlossenen Änderung der Steuerordnung auch den Steuerfuss für die nächste Steuerperiode, also für das Jahr 2009 zu bestimmen.

Die neuesten Hochrechnungen der Einkommenssteuern für die Steuerperiode 2006 sind erfreulich und lassen darauf schliessen, dass sich die gute Konjunkturlage der vergangenen Jahren nun auch auf die Einkommenssteuern der Gemeinde Riehen auswirkt. Die gute Konjunkturlage im 2007 und 2008 dürfte sich auch noch auf die Einkommensentwicklung für die Steuerperioden 2007 und 2008 auswirken. Für die weiteren Planjahre wird mit einem defensiven Wachstum gerechnet, jedoch wird beim aktuellen Kenntnisstand nicht von einer anhaltenden Rezession durch die gegenwärtige Finanzkrise ausgegangen.



Wie erwähnt, partizipiert die Gemeinde Riehen ab der Steuerperiode 2008 neu auch an den Vermögenssteuern. Da die Gemeinde bislang noch keine Erfahrungen über die Entwicklung der Vermögenssteuern der Riehener Steuerpflichtigen machen konnte, sind der Planung die Daten hinterlegt worden, welche vom Kanton im Rahmen der NOKE-Berechnungen übermittelt wurden. Gemäss Information des Kantons unterliegen die Vermögenssteuern nur geringen Schwankungen. Da jedoch anzunehmen ist, dass sich die gegenwärtige Finanzkrise stärker auf den Ertrag bei den Vermögenssteuern als bei den Einkommenssteuern auswirken wird, ist für die Planperioden der Ertrag bei den Vermögenssteuern vorsichtshalber auf dem Niveau der Steuerperiode 2005 budgetiert worden. Dies bedeutet, dass für die Planperioden bei den Vermögenssteuern von einem Betrag von rund CHF 15 Mio. ausgegangen wird.

Sowohl die Steuern auf Kapitaleinkünfte, wie auch die Grundstückgewinnsteuern werden gemäss Fakturierung verbucht. Bei beiden Steuern wird von einer stagnierenden Entwicklung ausgegangen.

Bei den Debitorenverlusten auf Steuern wird einerseits aufgrund des neuen Steuerschlüssels und der daraus resultierenden höheren Steuererträge, andererseits auch aufgrund der gegenwärtigen Finanzkrise vorsichtshalber mit höheren Debitorenverlusten gerechnet.

Liegenschaften im Finanzvermögen

Die aus sozialpolitischen Erwägungen gewährten *Zinsreduktionen* und die daraus resultierende *Gutschrift über 550 TCHF* p.a. wird auch im 2009 den *Liegenschaftserträgen gutgeschrieben* und dem Produkt *Soziale Dienste und Integration* belastet. Ob diese Transferzahlung aufgehoben werden soll, wird erst per 2010 im Rahmen der Erneuerung der Leistungsaufträge wieder ein Thema sein.

In Folge der geplanten Sanierung des Landgasthofs ist im 2010 ein Mietzinsausfall zu erwarten, da mit einem Leerstand gerechnet werden muss. Durch die Verzögerung der geplanten Sanierung musste der Pachtvertrag mit dem derzeitigen Pächter bis Ende Januar 2010 verlängert werden.

Zinsen

Es ist anzunehmen, dass die Netto-Zinskosten in den kommenden Jahren steigen werden. Durch die erhöhten Investitionen in der Planperiode muss davon ausgegangen werden, dass die derzeitige Liquidität in den kommenden Jahren reduziert werden wird und zusätzliche Festkredite aufgenommen werden müssen.

Das in der Planperiode budgetierte Investitionsdarlehen, zu Gunsten der Trägerschaft des Wärmeverbunds Riehen Plus, führt zu einem erhöhten Zinsaufwand. Da das Investitionsdarlehen jedoch marktüblich verzinst werden soll, wird dieses durch den resultierenden Zinsertrag wieder neutralisiert.

Übrige neutrale Erträge, neuer Finanzausgleich

In den Planperioden wird beim Lastenausgleich weiterhin mit jährlichen Ausgleichszahlungen um die 4 Mio. CHF gerechnet. Der Lastenausgleich dient gemäss NOKE der Abgeltung der zentralörtlichen Leistungen der Stadt und beläuft sich auf 2,5% des gesamten Einkommenssteuerpotentials.

Beim Ressourcenausgleich, welcher ebenfalls gemäss NOKE die unterschiedliche Steuerkraft der Gemeinden bzw. des Kantons ausgleicht, wird aufgrund der weiterhin hohen Steuerkraft des Kantons, insbesondere bedingt durch die juristischen Personen, in den Planperioden mit Ausgleichszahlungen in der Höhe von 200 TCHF gerechnet.

Total Übriges

Die Liegenschaften im Finanzvermögen müssen nach dem Ertragswertprinzip bilanziert werden. Die *geplante Sanierung des Landgasthofs* in der Planperiode 2010, mit *Investitionskosten in der Höhe von ca. CHF 6 Mio.*, kann deshalb nicht vollständig als Wertsteigerung in die Bilanz übernommen werden, da sonst der Bilanzwert der Liegenschaft über dem zulässigen Ertragswert liegen würde. Von der Gesamtinvestitionssumme können schätzungsweise lediglich 1,5 Mio. CHF als wertvermehrend aktiviert werden. Weitere 2 Mio. CHF können über die Instandsetzungsrückstellung abgewickelt werden (vgl. Liste der Investitionen und Anlagen im Kapitel IX, Seite 40ff). Die restlichen Sanierungskosten von rund 2,8 Mio. CHF müssen als *Sonderabschreibung der Jahresrechnung 2010* belastet werden.

Übersicht Neutrale Erlöse und Kosten

in T CHF	PoIP 2009_12						
	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	IST 2010	IST 2011	IST 2012
Einkommensteuer	52.463	54.465	56.470	63.520	64.520	65.320	66.120
Vermögenssteuer				14.850	15.000	15.000	15.000
Steuer auf Kapitalleistungen	874	807	700	700	700	700	700
Steuern juristischer Personen	1.250	1.358	1.300	1.300	1.400	1.400	1.400
Grundstückgewinnsteuern	2.154	2.594	1.400	1.500	1.500	1.500	1.500
Debitorenverluste Steuern	-682	-694	-650	-1.100	-1.200	-1.200	-1.200
a) Total Steuern (netto)	56.059	58.530	59.220	80.770	81.920	82.720	83.520
b) Total Liegenschaftserlös Finanzverm. (netto)	3.100	2.874	2.474	2.894	2.169	2.219	2.320
Kapitalerträge Finanzvermögen	169	341	200	100	50	50	50
Kapitalerträge Verwaltungsvermögen	111	111	110	200	380	590	620
Zinsen auf Schulden	-278	-221	-205	-355	-805	-1.305	-1.555
Verzugszinsen Steuern	394	430	625	625	625	625	625
Vergütungszinsen auf Steuern	-625	-587	-780	-910	-1.040	-1.040	-1.040
Verzinsung der Gemeindefonds	-46	-46	-49	-80	-80	-80	-80
c) Total Zinskosten (netto)	-275	28	-99	-420	-870	-1.160	-1.380
Übrige Erlöse (Stromsparbonus)	89	86	85	85	85	85	85
Hundesteuer	90	107	90	90	90	90	90
Wirtschaftspatentgebühren							
Ressourcenausgleich				214	200	200	200
Lastenausgleich				-4.133	-4.127	-4.281	-4.228
NFA/NOKE-kompensation Kanton			2.479				
Finanzausgleich an den Kanton Basel-Stadt	-1.870	-1.873	-1.900				
d) Total Übrige neutrale Kosten+Erlöse (netto)	-1.691	-1.680	754	-3.744	-3.752	-3.906	-3.853
e) Total Kalkulatorischer Zinsertrag (netto)	11.403	11.002	10.959	10.635	10.805	11.032	11.080
Periodenfremde Kosten/Erlöse	-515	-134					
Nicht realisierbarer Restbetrag Baselstr. 38					-2.800		
Projektierungskredit Landgasthof				-260			
Aufwertung Bilanzwert des Gemeindepitals	800						
Entnahme aus Rückstellungen (Energiekosten)	700						
Interne Arbeiten für Vorabklärungen Deponien	-37	-22	-23	-2	-1		
Übrige periodenfremde Kosten/Erlöse				-624	235	235	235
f) Total Übriges	948	-156	-23	-886	-2.566	235	235
g) Total Korrektur gemäss FHO §52	1.750		1.250	1.000	750	500	250
h) Total neutrale Erlöse (netto)	71.294	70.598	74.535	90.249	88.456	91.640	92.172

XI. Produktsummenbudget

in T CHF	IST 2006	IST 2007	Budget 2008	Budget 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012
Nettokosten der Produktgruppen							
1 Volksabstimmungen und Behördendienste	2.199 -	2.078 -	2.279 -	2.318 -	2.378 -	2.306 -	2.323 -
2 Publikumsdienste und Aussenbeziehungen	2.470 -	2.515 -	2.613 -	2.928 -	2.950 -	3.050 -	2.925 -
3 Finanzen und Steuern	1.262 -	1.384 -	1.480 -	1.476 -	1.480 -	1.475 -	1.471 -
4 Gesundheit	11.748 -	11.494 -	12.453 -	12.577 -	12.789 -	13.033 -	13.365 -
5 Kultur	4.145 -	4.210 -	4.386 -	4.381 -	4.333 -	4.420 -	4.438 -
6 Freizeit und Sport	5.190 -	5.251 -	5.054 -	5.070 -	5.091 -	5.194 -	5.531 -
7 Bildung und Soziales	19.848 -	18.897 -	20.339 -	38.085 -	37.830 -	37.722 -	37.744 -
8 Allmend und Verkehr	12.361 -	11.441 -	12.750 -	12.657 -	12.604 -	12.597 -	12.605 -
9 Versorgung und Entsorgung	8.423 -	8.277 -	8.564 -	5.615 -	5.377 -	5.213 -	5.146 -
10 Siedlung und Landschaft	5.915 -	5.225 -	6.292 -	6.693 -	6.285 -	6.300 -	6.285 -
Total Nettokosten der Produktgruppen	73.561 -	70.772 -	76.210 -	91.800 -	91.117 -	91.310 -	91.833 -
Total Neutrale Erlöse (netto)	71.294 +	70.598 +	74.535 +	90.249 +	88.456 +	91.640 +	92.172 +
Ergebnis Produktsummenbudget / Jahresrechnung	2.267 -	174 -	1.675 -	1.551 -	2.661 -	330 +	339 +

XII. Antrag und Beschlussesentwürfe

Das Produktsummenbudget, wie es im vorangehenden Kapitel präsentiert wird, unterliegt gemäss §§ 21 Abs. 3 lit. h und 38 Abs. 1 der Gemeindeordnung in Verbindung mit § 8 Abs. 1 der Finanzhaushaltordnung der *Genehmigung* durch den Einwohnerrat.

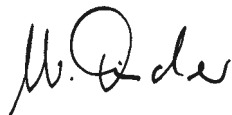
Ferner hat der Einwohnerrat, gestützt auf das Produktsummenbudget, den *Steuerfuss* festzulegen (§§ 21 Abs. 3 lit. f und 38 Abs. 2 in Verbindung mit § 8 Abs. 2 der Finanzhaushaltordnung und § 9 der Steuerordnung). Gestützt auf die Änderung der Steuerordnung vom 27. August 2008 hat der Einwohnerrat dieses Jahr sowohl den *Steuerfuss für die Steuerperiode 2009* als auch den *definitiven Steuerfuss für die periodischen Steuern der Steuerperiode 2008* festzulegen. Der Gemeinderat beantragt für beide Steuerperioden für die *Einkommenssteuern* einen Steuerfuss von *38,4 % der vollen Kantonssteuer* und für die *Vermögenssteuern* einen solchen von *45 %*. Dies entspricht den Steuerfüssen, die der Gemeinderat im Januar 2008 bereits provisorisch für das Jahr 2008 festgelegt hat.

Zusammenfassend beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat, vom Politikplan 2009 bis 2012 Kenntnis zu nehmen und die nachstehenden drei Beschlüsse zu fassen.

Riehen, den 28. Oktober 2008

Gemeinderat Riehen

Der Gemeindepräsident:



Willi Fischer

Der Gemeindeverwalter:



Andreas Schuppli

Beschluss des Einwohnerrats betreffend Genehmigung des Produktsummenbudgets 2009

„Der Einwohnerrat genehmigt auf Antrag des Gemeinderats das Produktsummenbudget der Einwohnergemeinde Riehen für das Jahr 2009 wie folgt:

Nettoerlöse der neutralen Positionen	CHF	90'248'712
Nettokosten der Produktgruppen	CHF	-91'800'103
Planverlust	CHF	<u>-1'551'391</u>

Massgebend für die Ermächtigung des Gemeinderats zur Tätigkeit der geplanten Ausgaben sind die rechtskräftig beschlossenen Global- und Verpflichtungskredite.

Dieser Beschluss wird publiziert.“

Riehen, den

Im Namen des Einwohnerrats

Der Präsident:

Der Sekretär:

Thomas Meyer

Andreas Schuppli

Beschluss des Einwohnerrats betreffend Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2008

„Der Einwohnerrat legt für die Steuerperiode 2008 auf Antrag des Gemeinderats [sowie der Finanzkoordinationskommission], gestützt auf § 38 Abs. 2 der Gemeindeordnung und § 9 der Steuerordnung sowie auf die Übergangsbestimmung des Änderungsbeschlusses zur Steuerordnung vom 27. August 2008, den gemäss § 2 Abs. 2 des kantonalen Steuergesetzes definierten Steuerfuss für die Einkommenssteuer auf 38.4 % und für die Vermögenssteuer auf 45 % der vollen Kantonssteuer fest.

Dieser Beschluss wird publiziert; er unterliegt dem Referendum.“

Riehen, den

Im Namen des Einwohnerrats

Der Präsident:

Der Sekretär:

Thomas Meyer

Andreas Schuppli

Beschluss des Einwohnerrats betreffend Festlegung des Steuerfusses für die Steuerperiode 2009

„Der Einwohnerrat legt für die Steuerperiode 2009 auf Antrag des Gemeinderats [sowie der Finanzkoordinationskommission], gestützt auf § 38 Abs. 2 der Gemeindeordnung und § 9 der Steuerordnung, den gemäss § 2 Abs. 2 des kantonalen Steuergesetzes definierten Steuerfuss für die Einkommenssteuer auf 38.4 % und für die Vermögenssteuer auf 45 % der vollen Kantonssteuer fest.

Dieser Beschluss wird publiziert; er unterliegt dem Referendum.“
Riehen, den

Im Namen des Einwohnerrats

Der Präsident:

Der Sekretär:

Thomas Meyer

Andreas Schuppli

Glossar der verwendeten Begriffe und Abkürzungen

Abschreibungen	Das →Verwaltungsvermögen wird durch Alterung und Nutzung verzehrt (→Ressourcenverzehr). Abschreibungen sind die periodengerechten Kosten für die (Ab-)Nutzung der Investitionsgüter. Als Basis für die Abschreibung der →Investitionen dient aus Gründen der Substanzerhaltung der →Wiederbeschaffungswert (abzüglich eines allfälligen →Restwerts nach Ende der Nutzungsdauer). Das →Finanzvermögen wird nur im Falle eines eingetretenen Verlusts oder einer eingetretenen Wertminderung abgeschrieben.
Aktivierbare Ausgaben	→Ausgaben werden nicht der Jahresrechnung belastet, sondern in der Bilanz (in den Aktiven erfassen = aktivieren) als Vermögenswert aufgeführt, wenn diese Vermögenswerte während mehreren Jahren genutzt werden.
Anlagen	→Aktivierbare Ausgaben ins →Finanzvermögen.
Anschaffungskosten	Nettokaufpreis plus Kosten der Lieferung und Montage, plus Kosten der Standortvorbereitung, plus Rückbau- und Entsorgungskosten.
Aufwand	In der Finanzbuchhaltung entspricht der Aufwand dem Wert der in der Betrachtungsperiode verzehrten Güter und Dienstleistungen. Begrifflich ist dem Aufwand der Ertrag zugeordnet. Der Aufwand wird zusammen mit dem →Ertrag in der →Erfolgsrechnung dargestellt. Aufwand unterscheidet sich von →Ausgaben und →Kosten.
Ausgaben	Eine Ausgabe ist ein Abfluss von Geldmitteln. Die Ausgaben werden zusammen mit den Einnahmen in der Mittelflussrechnung und der →Investitionsrechnung dargestellt. Ausgaben unterscheiden sich von →Aufwand und →Kosten.
Ausgabenermächtigung	1. →Globalkredite zu den →Leistungsaufträgen, 2. Verpflichtungskredite zu →Investitionen, 3. →Nachkredite zu →Globalkrediten oder →Verpflichtungskrediten.
Benchmarking	Systematischer Struktur-, Verfahrens-, Leistungs- und Kostenvergleich zwischen ausgewählten gleichartigen Organisationen. Die „Benchmarking-Partner“ legen ihre Organisation (oder bestimmte Bereiche ihrer Organisation) und Verfahren offen, mit dem Ziel, voneinander zu lernen.
Buchwert	Buchwert ist der Betrag, mit dem ein Vermögenswert in der Bilanz nach Abzug aller kumulierten Abschreibungen und kumulierten Wertminderungen aufgeführt wird.
Budget	Begriff aus der → Gemeindeordnung. Das Budget entspricht dem Zusammenzug (Jahrestranche) der im nächsten Jahr geplanten Nettokosten zur Erfüllung der Leistungsaufträge. Der Gemeinderat präsentiert das Budget mit dem Politikplan. Das Budget entspricht dem ersten Planjahr des→Produktsummenbudgets im → Politikplan. Die Ausgabeermächtigung zur Freigabe der Mittel erfolgt gemäss → Gemeindeordnung mit Bewilligung des → Leistungsauftrags und nicht mit dem Budget.

Cash Flow	Die selbst erarbeiteten Mittel, die zur Finanzierung von → Investitionen zur Verfügung stehen. Der Cash Flow zeigt die → Selbstfinanzierung einer Organisation und damit auch ihren Finanzierungsspielraum.
Cash Flow I	Der Cash Flow I (CF I) zeigt den effektiven Geldmittelzufluss des entsprechenden Jahres (bzw. im Planjahr den geplanten Mittelzufluss). Der CF I wird im Geschäftsbericht in der Mittelflussrechnung als Mittelherkunft aus dem Jahresergebnis ausgewiesen. Der CF I wird aus dem Jahresergebnis eines Jahres (Plan- und IST-Jahre) hergeleitet, indem dieses von den darin enthaltenen nicht geldwirksamen Positionen bereinigt wird. Das heisst, um den effektiven Geldmittelzufluss (oder den Mittelabfluss) des entsprechenden Jahresergebnisses zu erhalten, müssen alle im Jahresüberschuss-/verlust enthaltenen nicht geldwirksamen Positionen rechnerisch „rückgängig“ gemacht werden. Die wesentlichsten nicht unmittelbar geldwirksam Positionen sind Abschreibungen (ca. 7 Mio. CHF p.a.) und Rückstellungen (z.B. Instandsetzungsrückstellungen von Liegenschaften ca. 2,7 Mio. CHF p.a.) sowie Veränderungen der Gemeindefonds.
Cash Flow II	Der Cash Flow II (CF II) wird zusätzlich zum effektiven Cash Flow I in der Tabelle → „Finanzwirtschaftliche Eckdaten“ dargestellt. Der CF II wird aus dem CF I hergeleitet, in dem die Arbeiten für den Liegenschaftsunterhalt, welcher zulasten der Instandsetzungsrückstellungen ausgeführt wurde und allfälliger Sonder-/Einmalabschreibungen auf Investitionen und Anlagen die bereits im Jahresergebnis belastet wurden, „herausgerechnet/rückgängig“ gemacht werden. Dieser CF II zeigt nun den Betrag aus der entsprechenden Periode, welcher für → Investitionen und → Anlagen zur Verfügung stand. Jetzt können von diesem CF II die gesamten getätigten (bzw. im Planjahr die geplanten) Investitionen und Anlagen in Abzug gebracht werden. Der daraus entstandene Differenzbetrag heisst „Ergebnis der Finanzrechnung“ und zeigt den Mittel-/Finanzierungsbedarf bzw. die Mittelherkunft aus dem entsprechenden Jahr.
Controlling	Steuernde Tätigkeit der Führungsverantwortlichen. In einem periodisch zu wiederholenden Prozess wird eine Kontrolle, Analyse, Bewertung und Korrektur der Leistungserbringung im Betrieb durchgeführt.
Controllerdienst	Stabsfunktion, welche die Zahlen und Daten des Gemeindehaushalts und insbesondere jene aus der → Leistungs- und Kostenrechnung zu Handen der Führungsverantwortlichen aller Ebenen (Einwohnerratskommissionen, Gemeinderat, Verwaltung) aufbereitet und erläutert. Der Controllerdienst berät die Führungsverantwortlichen über mögliche Massnahmen zur Leistungs- und Kostensteuerung.
Eigenkapital	Eigenkapital ist der nach Abzug aller Schulden verbleibende Restbetrag der Vermögenswerte der Gemeinde. Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus den Fonds, Neubewertungsreserven, Freien Reserven und dem Gewinn- und Verlustvortrag.

Einnahmen	Eine Einnahme ist ein Zugang von Geldmitteln. Die Einnahmen werden zusammen mit den →Ausgaben in der →Mittelflussrechnung und der →Investitionsrechnung dargestellt. Einnahmen unterscheiden sich von →Ertrag und →Erlös.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung ist ein Instrument der Finanzbuchhaltung. In dieser Rechnung werden der Aufwand und der Ertrag (unterteilt nicht nach Produkten, sondern lediglich nach →Kostenarten) einer Betrachtungsperiode gegenübergestellt. Der Saldo der Erfolgsrechnung zeigt das Jahresergebnis der →Jahresrechnung und ist identisch mit dem Saldo der Leistungs- und Kostenrechnung.
Erlös	In der →Leistungs- und Kostenrechnung verstehen wir unter Erlös den Gegenwert (Geldwert), den Kunden für eine Leistung entrichten. Unter dem Begriff Nettoerlös werden die Bruttoerlöse abzüglich aller Erlösschmälerungen subsummiert. Begrifflich sind den Erlösen die Kosten zugeordnet. Erlös unterscheidet sich von →Ertrag und →Einnahmen.
Ergebnis der Finanzrechnung	Die Zeile „Ergebnis der Finanzrechnung“ ist Teil der Tabelle →„Finanzwirtschaftliche Eckdaten“. Diese Zeile ergibt sich, wenn vom →Cash Flow II die getätigten Investitionen und Anlagen in Abzug gebracht werden. Das „Ergebnis der Finanzrechnung“ zeigt den Geldzufluss/-abfluss (ohne die „reinen“ Bilanzveränderungen) eines Betrachtungsjahres (Plan- oder IST-Jahr). Ist der Betrag grösser als Null, sind der Gemeinde (aus der entsprechenden Betrachtungsperiode) zusätzliche Geldmittel zugeflossen. Ist der Betrag kleiner als Null, so heisst dies, dass (in der entsprechenden Periode) der Geldmittelabfluss grösser war als der Geldmittelzufluss. Damit der Gemeindehaushalt - langfristig betrachtet - nicht in Schieflage gerät, muss das „Ergebnis der Finanzrechnung“ -ebenfalls über einen längeren Zeitraum betrachtet - ausgeglichen sein.
Ertrag	In der Finanzbuchhaltung entspricht der Ertrag dem Wert der in der Betrachtungsperiode erbrachten Güter und Dienstleistungen. Begrifflich ist dem Ertrag der Aufwand zugeordnet. Der Ertrag wird zusammen mit dem → Aufwand in der →Erfolgsrechnung dargestellt. Ertrag unterscheidet sich von →Einnahmen und →Erlös.
Eventualverpflichtung/-schuld oder -forderung	Eine Eventualverpflichtung/-schuld bzw. eine Eventualforderung ist eine mögliche Verpflichtung/Forderung, die aus vergangenen Ereignissen resultiert und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten eines oder mehrerer unsicherer künftiger Ereignisse (die nicht unter vollständiger Kontrolle der Gemeinde stehen) erst noch bestätigt wird. Oder eine gegenwärtige Verpflichtung, die auf vergangenen Ereignissen beruht, jedoch nicht erfasst wird, weil die Verpflichtung/Forderung nicht zuverlässig geschätzt werden kann.
Finanzvermögen (FV)	Teil des Vermögens, das nicht zur Erfüllung der Gemeindeaufgaben benötigt wird und daher jederzeit frei veräussert werden kann. Wird Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben verwendet, ist es ins →Verwaltungsvermögen zu überführen (Umwidmung), da es nicht mehr «frei veräussert» werden kann.

Finanzwirtschaftliche Eckdaten	Die Tabelle „Finanzwirtschaftliche Eckdaten“ zeigt im →Geschäftsbericht und im → Politikplan die Gesamtübersicht über die wesentlichen Finanzpositionen des Gemeindehaushalts.
Folgekosten	Jährliche Konsumausgaben als Folge einer neuen, erhöhten oder geänderten Aufgabe oder →Investition.
Fonds der Gemeinde	Die Gemeindefonds sind Teil des Eigenkapitals. Die Gründung dieser Fonds stammt noch aus der Zeit, als die öffentlichen Gemeinwesen noch kein ausgebautes Sozialnetz hatten. Heute ist die Bedeutung dieser Fonds minimal und es werden nur noch wenige Beiträge aus diesen Fonds geleistet.
Freie Reserven	Die freien Reserven sind Teil des →Eigenkapitals der Gemeinde. Sie wurden gebildet aus Überschüssen früherer Jahresrechnungen.
gebundene Ausgabe	Zwingend notwendige Ausgabe, die durch einen früheren rechtsgültigen Beschluss oder einen Rechtserlass ausgelöst, durch diesen aber nicht geldmässig bestimmt wurde.
Gemeinkosten	Gemeinkosten sind Kosten (z.B. Kleinmaterial wie Schrauben, Leim, Arbeitskleider), die auf Kostenstellen anfallen. Wenn diese Kostenstellen bestellte Leistungen für die Produkte erbringen, fliessen diese Kosten mittels →Gemeinkostenzuschlägen ins Produkt.
Gemeinkostenzuschläge	Wenn produzierende/herstellende Kostenstellen bestellte Leistungen (i.d.R. Stundenleistungen) an die Produkte erbringen, wird für die benötigten Kleinmaterialien und/oder die Infrastruktur der leistungserbringenden Stelle ein Gemeinkostenzuschlag mitverrechnet.
Geschäftsbericht	Jährlicher Bericht des GR an ER, beinhaltend →Produktsammenrechnung, →Investitionsrechnung, →Erfolgsrechnung, →Bilanz sowie Tätigkeits- und →Leistungsberichte zu den einzelnen Leistungsaufträgen und zusammenfassende →Rechenschaftsberichte nach Ablauf einer mehrjährigen Leistungsauftrags-Periode.
Gewinn- und Verlustvortrag	Der Gewinn- und Verlustvortrag ist Teil des →Eigenkapitals der Gemeinde. Hier werden die Ergebnisse der →Jahresrechnungen der Gemeinde verbucht: Jahresgewinne erhöhen das Eigenkapital, Defizite verringern das Eigenkapital.
Globalkredit	Nettokredit zur Finanzierung der im Leistungsauftrag für eine →Produktgruppe festgelegten →Leistungs- und →Wirkungsziele.
Instandsetzungsrückstellung der Liegenschaften	Um den Ressourcenverzehr der Liegenschaften periodengerecht zu erfassen, werden auf allen Gemeindeliegenschaften jährlich Instandsetzungsrückstellungen der Jahresrechnung belastet und in der Bilanz als Rückstellung gebucht. Wenn dann nach 5 - 50 Jahren grössere Instandsetzungsarbeiten (z.B. Dach- oder Fassadenrenovationen, Küchen- und Bädererneuerungen) anfallen, können die entsprechenden Beträge aus der Rückstellung entnommen werden.
interne Verrechnung	Verrechnung von internen Leistungen zwischen verschiedenen Verwaltungsbereichen mit dem Ziel einer sachgerechten Zuordnung auf die verschiedenen →Produkte.
Investition	Investitionen sind →aktivierbare Ausgaben für Vermögenswerte des Verwaltungsvermögens.

Investitionsbudget	Jahresplanung der Investitionsausgaben und -einnahmen. Das Investitionsbudget dient als Planungsinstrument des GR zur Festsetzung des Mittelbedarfs für Investitionen.
Investitionsfolgekosten	Neue oder zusätzliche Kosten zu Lasten der Jahresrechnung, die von → Investitionen verursacht wurden. Dazu gehören → Abschreibungen, → kalkulatorische Mieten, Zinsen etc., besonders aber auch Unterhalt und Betriebskosten.
Investitionsrechnung	Jährliche Darstellung aller → Ausgaben und → Einnahmen für → Investitionen.
Jahresrechnung	Die Jahresrechnung (Vorlage an den Einwohnerrat in der Juni-Sitzung) der Gemeinde heisst → Produktsummenrechnung.
kalkulatorische Elemente	Sammelbegriff für alle kalkulatorischen (= nicht unmittelbar geldwirksamen) Grössen wie → kalkulatorische Mieten und Zinsen.
kalkulatorische Mieten	→ Interne Verrechnung eines Mietzinses für die Nutzung eigener Bauten und Räumlichkeiten.
kalkulatorische Zinsen	→ Interne Verrechnung eines Zinses für die Nutzung von → Investitionen und Anlagen (Verzinsung des gebundenen Kapitals).
Kosten	In der → Leistungs- und Kostenrechnung verstehen wir unter Kosten den in Geld ausgedrückten Verbrauch von Mitteln, welche für die Leistungserbringung notwendig sind. Begrifflich sind den Kosten die → Erlöse zugeordnet. Kosten unterscheidet sich von → Aufwand und → Ausgaben. In der Kostenrechnung werden die Kosten und → Erlöse möglichst direkt den Verursachern (Produkte bzw. Produktgruppen) zugeordnet. Dies gilt für externe und interne Leistungen. Diese direkten (primären) Kosten und → Erlöse enthalten ausschliesslich die für die Leistungserbringung unmittelbar notwendigen Elemente, ohne die das Produkt nicht entstehen könnte. In der Regel haben diese primären Kosten Bezugs-/Messgrössen. Als Zuordnungskriterien dienen z.B. Zählgrössen (Kilogramm, Liter etc.), Zeitgrössen (effektiv geleistete Personenstunden) oder Raumgrössen (m², m³). Nach dieser verursachergerechten Kosten- und Erlöszuordnung bleiben jedoch Beträge (z.B. Zentralsekretariat, Dokumentationsstelle, Rechnungswesen, Informatik, Verwaltungsleitung mit Controllingdienst, Rechtsdienst und Personalwesen) übrig, die in einem zweiten, sekundären Schritt verteilt werden müssen. Solche nicht direkt den Produkten zuordenbaren Strukturmettokosten werden den 10 Leistungsaufträgen als → Umlage der Strukturkosten belastet.
Konsumkosten	Jährliche (i.d.R. wiederkehrende) Nettokosten, die der Jahresrechnung belastet werden.
Kostenart (KoA)	Die Kosten werden nach verschiedenen KoA gegliedert. (z.B.: Personal-, Sach-, Zinskosten, → Abschreibungen, Beiträge an Dritte)

Kostenstelle (KST)	In den Kostenstellen werden →Kosten gesammelt, die (noch) nicht direkt den Kostenträgern zugeordnet werden können. Hauptsächlich handelt es sich um Personalkosten. Die von den Personen einer Kostenstelle geleisteten Stunden werden mittels Stundenrapporten auf die →Kostenträger weiterverrechnet. Kostenstellen sind eines der drei Hauptelemente (neben →Kostenarten und Kostenträgern) der →Leistungs- und Kostenrechnung.
Kostenträger (KTR)	Die Herstellung von →Produkten bzw. Produktgruppen lösen Kosten aus. Alle Kosten werden deshalb den Produkten oder den Produktgruppen zugeordnet. Diese „tragen“ die Kosten.
Leistungsauftrag (LA)	Gegenstand eines Leistungsauftrags ist die →Produktgruppe (= Politikbereich). Der LA enthält Wirkungs- und Leistungsziele sowie andere Vorgaben und den für die Realisierung nötigen →Globalkredit für in der Regel mehrere Jahre.
Leistungsbericht	Jährlicher Bericht zu Händen des ER über die erstellten Leistungen der →Produktgruppen und die aufgelaufenen Nettokosten/-Erlöse der Leistungsaufträge. Teil des →Geschäftsberichts des GR.
Leistungs- und Kostenrechnung (LKR)	Die LKR bezweckt die sachgerechte Zuordnung der →Kosten und →Erlöse zu den →Produkten. Elemente der LKR sind die →Kostenarten, die →Kostenstellen (Leistungserbringer) und die →Kostenträger. Sie enthält auch →Kosten und →Erlöse, die nicht unmittelbar zu →Einnahmen bzw. →Ausgaben führen, namentlich →Abschreibungen, →Rückstellungen und →interne Verrechnungen. Der Saldo der →Leistungs- und Kostenrechnung zeigt das Jahresergebnis und ist identisch mit dem Saldo der →Erfolgsrechnung.
Leistungsvereinbarung (LV)	Auftrag des GRs an die Leistungserbringer, in dem, ergänzend zu den →Leistungsaufträgen, Verantwortlichkeiten, Leistungsmengen, -qualitäten, -termine und -kosten festgelegt werden. LV mit der Verwaltung (= „contracting in“) werden jeweils für ein Jahr abgeschlossen. LV mit Externen (= „contracting out“) können in begründeten Fällen mehrjährig abgeschlossen werden.
Leistungsziel	Operative Zielsetzung im →Leistungsauftrag: Festlegung, welche Leistungen in welchen Quantitäten, Qualitäten und Kosten in welchem Zeitraum zu erbringen sind. Das Leistungsziel trägt zur Erfüllung der →Wirkungsziele bei.
Leistungs- und Kostenrechnungsstundensatz der Mitarbeitenden (LKR-Stundensatz)	Stundensatz der Mitarbeitenden in der Leistungs- und Kostenrechnung. Für Mitarbeitende wird ein LKR-Stundensatz (Bruttolohn und Arbeitgebersozialleistungen) ermittelt. Wo sinnvoll wird für Gruppen von Mitarbeitenden ein Durchschnittsstundensatz errechnet.
Mittelflussrechnung	Die Mittelflussrechnung zeigt die Mittelherkunft und die Mittelverwendung eines Betrachtungsjahres sowie den sich daraus ergebenden Finanzierungsbedarf.
Nachkredit	Zusätzlicher Kredit zu einem →Globalkredit oder zu einem →Verpflichtungskredit, wenn der gesprochene Kredit nicht ausreicht.
Nettokosten	Total aller/einer →Produktgruppe(n), einem →Produkt o.ä. zurechenbaren →Kosten und →Strukturkostenumlagen abzüglich der zurechenbaren →Erlöse (z.B. Gebühren).

Neubewertungsreserven	Separater Teil des →Eigenkapitals, das infolge der Wiederaufwertung bereits abgeschriebener Aktiven gebildet wurde.
Neutrale (Netto-) Erlöse	Nettoerlöse, die keiner →Produktgruppe zugeordnet werden können (z.B. Steuern, Kosten und Erlöse aus dem Finanzvermögen, ausserordentliche nicht produktbezogene Kosten und Erlöse).
Nutzungsdauer von Anlagen und Investitionen	Die Nutzungsdauer und damit die Abschreibungsdauer ist nicht abhängig von der physischen Lebensdauer eines Sachguts, sondern von dessen wirtschaftlich sinnvoller Nutzungsdauer.
Outsourcing	Ausgliederung bestimmter Bereiche aus der Verwaltung (Verkauf, Verselbständigung), deren Dienste in der Folge meist über →Leistungsvereinbarungen (contracting out) wieder beansprucht werden.
Politikbereich	Synonym für →Produktgruppe.
Politikplan	Oberste (strategische) Planungsebene der Gemeinde. Führungsinstrument des GR. Der Politikplan beinhaltet Aufgaben- und Finanzplanung. Er deckt einen vierjährigen Planungshorizont ab und wird jährlich (für jeweils vier weitere Jahre) aktualisiert. Der Politikplan wird dem ER zur Kenntnis gebracht. Jeweils das erste Planjahr des im Politikplan enthaltene →Produktsammenbudgets unterliegt der Genehmigung des ER.
Produkt	Produkte sind vom Publikum klar wahrnehmbare Leistungsangebote, gebildet aus der Bündelung verschiedener Gemeindeleistungen. Jedes Produkt ist einer → Produktgruppe zugeordnet und wird strategisch von einem GR-Mitglied und operativ von einem/einer Produktmanager/in der Verwaltung gemeinsam geführt.
Produktgruppe	Zusammenfassung mehrerer →Produkte; Synonym für →Politikbereich.
Produktgruppenbudget	Geplante Jahrestanche des →Globalkredits für eine Produktgruppe.
Produktsammenbudget	Vgl. § 8 Abs. 1 Finanzhaushaltordnung: „Das Produktsammenbudget ist der Zusammenschluss aller im nächsten Jahr anfallenden Nettokredite (d.h. aktualisierte Jahrestanchen der →Globalkredite) zur Erfüllung der Leistungsaufträge.“ Das Produktsammenbudget wird dem ER im Rahmen des →Politikplans jährlich zur Genehmigung unterbreitet.
Produktsammenrechnung	Die Produktsammenrechnung ist die Jahresrechnung der Gemeinde. Die Produktsammenrechnung ist eine nach →Produktgruppen und →neutralen Nettoerlösen gegliederte Zusammenfassung der →Leistungs- und Kostenrechnung. Die Produktsammenrechnung wird dem ER im Rahmen des →Geschäftsberichts zur Genehmigung unterbreitet.
Rechenschaftsbericht	Zusammenfassender Bericht des GR an ER nach Ablauf einer mehrjährigen Leistungsauftrags-Periode; Teil des jährlichen →Geschäftsberichts.
Rechnung	In der Gemeindeordnung verwendeter Begriff für die →Produktsammenrechnung.
Reserven	Reserven sind Teil des →Eigenkapitals.
Ressourcen	Personal und andere Produktionsmittel der Verwaltung (Mitarbeitende, Kapital, Bauten, Einrichtungen).

Ressourcenverzehr der Investitionen und Anlagen	Als Ressourcenverzehr wird der Wertverlust von Investitionsgütern bezeichnet. →Abzuschreiben sind alle Güter, die einen Werteverlust erleiden, (i.d.R. durch Abnutzung und Verschleiss. Das sind z.B. Maschinen, Anlagen, Rohrleitungen, Fahrzeuge). Für den Ressourcenverzehr der Gebäude werden jährlich Instandsetzungsrückstellungen der Jahresrechnung belastet Grundstücke sind i.d.R. keinem Werteverlust unterworfen.
Restwert einer Anlage oder Investition	Der Restwert ist der Nettobetrag, den die Gemeinde am Ende der Nutzungsdauer - nach Abzug der beim Abgang voraussichtlich anfallenden Rückbau-/Entsorgungskosten – für den Vermögenswert erwartungsgemäss erzielt.
Rückstellung	Eine Rückstellung ist eine Schuld, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss ist.
Selbstfinanzierungsspielraum	Der Selbstfinanzierungsspielraum kann aus der Tabelle → „Finanzwirtschaftliche Eckdaten“ entnommen werden. Die Zeile → Cash Flow II zeigt den Selbstfinanzierungsspielraum einer Betrachtungsperiode (i.d.R. eines Jahres). In der selben Tabelle wird auf der Zeile → „Ergebnis der Finanzrechnung“ die Differenz zwischen dem Selbstfinanzierungsspielraum und den getätigten → Investitionen und → Anlagen dargestellt.
Spezialfinanzierung	Budgetierte Reservebildung zur Vorfinanzierung eines Produkts, das aus eigenen Erlösen finanziert wird (Beispiel K-Netz). Die Vorfinanzierung aus Steuermitteln ist ausnahmsweise ebenfalls möglich. Sie setzt aber den Erlass einer Ordnung durch den ER voraus.
Steuerfuss	Der Steuerfuss dient als Berechnungsgrundlage der kommunalen Steuern, auf der Basis der gemäss Steuergesetz zu entrichtenden Steuern. Der Steuerfuss ist der Prozentsatz der Gemeindesteuer, bezogen auf 100% der Kantonssteuer. Die Gemeinde ist bei der Bestimmung ihrer Steuerfüsse frei. Die Gemeinde legt den Steuerfuss für jede kommunale Steuerart periodisch nach ihren eigenen Bedürfnissen fest. Die Steuerfüsse der einzelnen Steuerarten brauchen nicht gleich hoch zu sein, die Gemeinde ist frei, unterschiedlich hohe Steuerfüsse für die verschiedenen Steuerarten vorzusehen.
Strukturkosten	Vgl. Umlage der Strukturkosten
Substanzerhaltung	Vor allem langlebige → Investitionen (z.B. Kanalisation und Strassen) kosteten bei der Erstellung vor rund 80 - 100 Jahren einen Bruchteil des heutigen Werts. Da aber die Investitionen zum heutigen Tageswert wiederbeschafft werden müssen, ist es wesentlich, dass die → Abschreibungen auf Basis des Wiederbeschaffungswerts berechnet werden. Dies bewirkt, dass der heutige Ressourcenverzehr der Anlagen zum heutigen Wert der Jahresrechnung belastet wird und damit die nötigen Geldmittel für die Wiederbeschaffung bereitgestellt werden können.
Tageswert der Anlagen und Investitionen	Tageswert ist der Betrag, der heute für ein bestimmtes Gut auf dem Beschaffungsmarkt zu bezahlen ist. Der Tageswert einer Investition solle zirka alle 5 Jahre ermittelt und – sofern sich eine relevante Veränderung ergibt - angepasst werden.
Trimesterbericht	Trimesterweise erstellter Zwischenbericht zu Händen des Gemeinderats über die erbrachten Leistungen und aufgelaufenen Kosten der → Produktgruppen, verbunden mit einer Vorschau.

Umlage der Strukturkosten	Verteilung der den Produkten nicht direkt zuweisbaren → Strukturkosten auf die Leistungsaufträge. Weil diese Kosten und Erlöse keine sinnvollen Bezugsgrößen für die Verteilung auf die Produkte haben, erfolgt die Belastung dieser Querleistungen ausschliesslich auf Stufe der Produktgruppen. Wenn keine differenziertere Aufschlüsselung sinnvoll ist, werden alle Produktgruppen zu gleichen Teilen belastet.
Verpflichtungskredit	Separater Kredit für eine → Investition, welcher bis zu CHF 200'000 vom GR und darüber vom ER zu beschliessen ist.
Verwaltungsvermögen (VV)	Teil des Gemeindevermögens, das für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben notwendig ist (wie betriebsnotwendige Grundstücke, Bauten, Maschinen, Fahrzeuge etc.).
Vollkosten	Mit Hilfe der → LKR ermittelte → Kosten eines → Produkts oder eines Teilprodukts unter Einschluss der dem Produkt nicht direkt zurechenbaren → Strukturkosten der Gemeinde.
Wiederbeschaffungswert	Aus Gründen der → Substanzerhaltung werden die Investitionen auf Basis von Wiederbeschaffungswerten nach Ende der Nutzungsdauer bewertet. Da man bei lange genutzten Investitionsgütern den Wiederbeschaffungspreis nicht voraussehen kann, behilft man sich in der Praxis mit dem → Tageswert.
Wirkungsziel	Strategische Zielsetzung im → Leistungsauftrag: Festlegung, welche messbare politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder kulturelle Wirkung in welchem Zeitraum erzielt werden soll. Das Wirkungsziel kann auch darin bestehen, eine unerwünschte Wirkung zu verhindern oder den heutigen Zustand zu erhalten. Die Wirkungsziele sind in der Regel meist nur über grössere Zeiträume zu messen.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
FV	Finanzvermögen
ISR	Instandsetzungsrückstellung für Liegenschaften
LKR	Leistungs- und Kostenrechnung
P	Produkt/e
PG	Produktgruppe/n
PolP	Politikplan
Ress.	Ressourcen
VV	Verwaltungsvermögen